

Stenographischer Bericht

24. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode — 25. November 1947.

Inhalt:

Personalien:

Wegen Krankheit sind entschuldigt Landeshauptmann Pirchegger und Abg. Möstl; ferner ist entschuldigt Abg. Laufenstein (373).

Anträge:

Antrag der Abg. Pfeiler und Genossen, betreffend Notenumtausch für Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft (374).

Antrag der Abg. Witrisal und Genossen, betreffend Sondermaßnahmen für den Einzelhandel und das Gewerbe im Zusammenhang mit dem Währungsschutzgesetz (374).

Antrag der Abg. Ponsold und Genossen, betreffend Übernahme des Güterweges Fladnitz auf der Teichalpe—Teichalpe in das Landesstraßenverzeichnis (374).

Auflagen:

Antrag der Abg. Amon und Genossen, Einl.-Zl. 108 (374).

Antrag der Abg. Wabnegg und Genossen, Einl.-Zl. 109 (374).

Zuweisungen:

Antrag der Abg. Amon und Genossen, Einl.-Zl. 108 und Antrag der Abg. Wabnegg und Genossen, Einl.-Zl. 109 (374).

Verhandlungen:

Beantwortung der Anfrage Nr. 11 der Abg. Stockbauer, Wurm, Hofmann, Operschall und Genossen an den Herrn Landeshauptmann als Referenten der Landesregierung in Ernährungsangelegenheiten durch den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Machold (374).

Redner: Abg. Stockbauer (379), Landesrat Dr. Illig (382), Abg. Praßl (388), Abg. Pölzl (389), Abg. Landesrat Krainer (392), Abg. Ponsold (395), Abg. Fischer (397), Abg. Resch (399), Abg. Lackner (401), Landesrat Dr. Illig (406), Abg. Landesrat Krainer (498), Abg. Fischer (408).

Annahme des Beschlusses des Abg. Mrazek (409).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 1. April 1947, LGBl. Nr. 17, über die Fischerkartengebühren und fischereipolizeilichen Maßnahmen abgeändert wird.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (409).

Annahme des Antrages (409).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 48, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 13, betreffend die Einhebung einer Abgabe für die Ausübung des Jagdrecht in der Fassung des Gesetzes vom 1. April 1947, LGBl. Nr. 15, geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Egger (409).

Annahme des Antrages (409).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 49, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 11, über die Festsetzung der Jagdkartengebühren abgeändert wird.

Berichterstatter: Abg. Egger (410).

Annahme des Antrages (410).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 50, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 22. Dezember 1925, LGBl.

Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz) in der Fassung des Gesetzes vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 10, abgeändert wird.

Berichterstatter: Abg. Operschall (410).

Annahme des Antrages (410).

Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abg. Holik und Genossen, Einl.-Zl. 49, betreffend die Errichtung einer mit erweiterten Befugnissen und Vollmachten ausgestatteten Dienststelle der Österreichischen Staatseisenbahnen für das Land Steiermark in Graz.

Berichterstatter: Abg. Witrisal (410).

Annahme des Antrages (411).

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 10 Minuten.

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die 24. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße die Erschienenen sowie insbesondere den Vertreter des Hauptquartiers der britischen Zivilverwaltung.

Beurlaubt ist Abg. Josef Möstl.

Entschuldigt wird die Abwesenheit der Abgeordneten Landeshauptmann Anton Pirchegger und Laufenstein.

Mit Zustimmung des Hauses stelle ich die von den Ausschüssen bisher erledigten Regierungsvorlagen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Das sind:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 1. April 1947, LGBl. Nr. 17, über die Fischerkartengebühren und fischereipolizeilichen Maßnahmen abgeändert wird.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 48, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 13, betreffend die Einhebung einer Abgabe für die Ausübung des Jagdrecht, in der Fassung des Gesetzes vom 1. April 1947, LGBl. Nr. 15, abgeändert wird.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 49, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 11, über die Festsetzung der Jagdkartengebühren abgeändert wird.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 50, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 22. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landes-Verwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 10, abgeändert wird.

5. Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der

Abgeordneten **Holik, Kaplan, Wabnegg** und **Wolf**, Einl.-Zl. Nr. 49, betreffend die Errichtung einer mit erweiterten Befugnissen und Vollmachten ausgestatteten Dienststelle der österreichischen Staatseisenbahnen für das Land Steiermark in Graz.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

Antrag der Abgeordneten **Pfeiler, Smolana, Duß, Kaplan, Witrisal, Wabnegg, Wolf** und **Vollmann**, betreffend Notenumtausch für die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.

Antrag der Abgeordneten **Witrisal, Pregetter, Smolana, Gangl** und **Mrazek**, betreffend Sondermaßnahmen für den Einzelhandel und das Gewerbe im Zusammenhang mit dem Währungsschutzgesetz.

Antrag der Abgeordneten **Ponsold, Hollersbacher, Pregetter, Esterl, Stockbauer** und **Hofmann**, auf Übernahme des Güterweges Fladnitz a. d. Teichalpe in das Landesstraßenverzeichnis.

Aufgelegt wurden ferner

Einl.-Zl. 108, Antrag der Abgeordneten **Amon, Schupfer, Wlasto, Lackner, Komatz** und **Genossen**, betreffend Aufnahme des Interessenteweges Öblarn zum Bergbau Walchen (Bezirk Liezen) in das Landesstraßenverzeichnis auf Grund des Landesstraßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 20/1938,

Einl.-Zl. 109, Antrag der Abgeordneten **Wabnegg, Kaplan, Pfeiler, Smolana** und **Mrazek**, betreffend Sicherung der ärztlichen Betreuung der Bevölkerung.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist die Einlaufzahlen 108 und 109 der Landesregierung zuweisen.

Die eingebrachten Anträge werde ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Zur Beantwortung der in der 22. Sitzung am 4. November 1947 eingebrachten Anfrage Nr. 11 der Abgeordneten **Stockbauer, Wurm, Hofmann, Opershall** und **Genossen** an den Herrn Landeshauptmann als Referenten der Landesregierung in Ernährungsangelegenheiten hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter **Reinhard Machold** zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter **Machold**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Da sich Landeshauptmann **Pirchegger** leider noch immer im Krankenstand befindet, habe ich es übernommen, die notwendigen Aufklärungen über die Ernährungslage in Steiermark zu geben, damit die von allen drei Parteien des Landtages gewünschte Aussprache über diese wichtigste Gegenwartsfrage und Gegenwartsfrage nicht länger hinausgeschoben werden muß, sondern erfolgen kann.

Meinem Berichte schicke ich folgendes voraus: In Steiermark führt der Landeshauptmann selbst das Ernährungsreferat. Es wäre dies nicht notwendig und könnte ebenso gut ein anderes Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung dieses Ressort betreiben. Dies hätte den Vorteil, daß sich der Landes-

hauptmann selbst nicht mit all den vielen Organisations- und vielfältigen Detailfragen des Ernährungsdienstes beschäftigen müßte, die eine Unmenge an Zeit und Arbeit erfordern. Die großen Fragen und Probleme der Wirtschaft und Ernährung würden noch immer vom Landeshauptmann entscheidend beeinflußt werden, weil er ja nach der Verfassung die Verantwortung für die Durchführung der Gesetze und Verordnungen zu tragen hat. In allen anderen Bundesländern ist für das Ernährungswesen ein eigenes Referat geschaffen, dem ein Landesrat vorsteht und das von ihm geführt und verwaltet wird.

Ich habe nach der Erkrankung des Landeshauptmannes **Pirchegger** diese Referatsfrage im Schoße der Landesregierung zur Erörterung gestellt, jedoch wurde die Entscheidung vorderhand vertagt. So habe ich zu meinen sonstigen vielseitigen Aufgaben und zu meinen eigenen umfangreichen Referaten in der Landesregierung auch die vom Landeshauptmann **Pirchegger** geführten, inklusive des Ernährungsreferates, in einer gewiß schwierigen Situation übernommen und jedermann wird es mir nachfühlen und mir glauben, wenn ich sage, daß ich bei dieser Überbürdung den Tag herbeiwünsche, an dem der erkrankte Landeshauptmann wieder gesund und aktionsfähig ist.

Worüber nun die Mitglieder des Hohen Hauses vor allem anderen Aufklärung haben wollen und worüber sie eine klare Antwort auf aufgeworfene Fragen zu erwarten berechtigt sind, ist zunächst wohl die Frage, warum die Konsumenten in Steiermark nahezu in keiner Versorgungsperiode die von den Zentralstellen in Wien und vom Alliierten Rat festgesetzten Kalorien erhalten und inwieweit überhaupt die Ernährung der steirischen Bevölkerung für jetzt und für die nächste Zukunft gesichert erscheint.

Um diese Frage beantworten zu können — und ich will sie ohne Beschönigung und ohne diplomatische Verklausulierungen in aller Offenheit erörtern — muß ich vorerst kurz darlegen, in welcher Art und Weise die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung erfolgt.

In allen Bundesländern unserer Republik, in denen Landwirtschaft betrieben, in denen angebaut und geerntet oder Vieh gehalten wird, wird vor Erstellung des Jahres-Ernährungsplanes durch das zuständige Ministerium für Landwirtschaft geschätzt und errechnet, was für Ernteerträge zu erwarten sind, mit welchen Ablieferungsmengen an Rindern und Schweinen zu rechnen ist, welches Quantum an Milch zur allgemeinen Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann usw. Die für die Selbstversorgung der Erzeuger, ihrer Familienangehörigen und ihres Arbeitspersonales notwendigen Mengen und das notwendige Saatgut für den Wiederaufbau werden hiebei selbstverständlich in Rechnung gestellt.

Bei Festsetzung der Ablieferungskontingente für das laufende Ernährungsjahr 1947 haben sich nun ernste Meinungsdivergenzen zwischen den Landesvertretern und den Wiener Zentralstellen ergeben. Die endgültige Fixierung der Ablieferungsmengen erfolgte unter dem Drucke der Bundesregierung, die mit größter Eindringlichkeit und Schärfe darauf ver-

wies, daß der Alliierte Rat unbedingt auf voller Erfüllung der Pflichten der österreichischen Landwirtschaft bestehe und die für uns unerläßliche auswärtige Hilfe von dem Grad unserer Selbsthilfe abhängig mache.

Die Lebensmittelmengen, die außer den im Lande selbst aufzubringenden Kontingenten notwendig sind, um die vom Alliierten Rat bestimmten Tageskalorien auszugeben, werden vom Auslande geliefert. Es ist bekannt, daß nahezu in allen Ländern in Europa — als Folge der schweren Schäden des totalen Krieges — die Lebensmittelproduktion sehr stark zurückgegangen ist, und daß nur Amerika, das unter den Kriegsereignissen am wenigstens gelitten hat, diese Auslandshilfe an Lebensmitteln leisten kann und auch wirklich leistet. Tatsache ist, daß wir ohne die großzügige Hilfe Amerikas hungern müßten und Tatsache ist, daß wir von allen anderen Seiten wohl mit väterlichen Ermahnungen, scharfen Kritiken und mehr oder minder wohlgemeinten Ratschlägen reich bedacht werden — aber von der Kritik und von guten Ratschlägen allein hat noch niemand leben können — und wir auch nicht.

Die Sicherung unserer Ernährung und die Höhe der auszugebenden Kalorien hängt also von zwei Faktoren ab:

Erstens davon, daß wir die uns vorgeschriebenen Lebensmittelmengen im eigenen Lande im vollen Ausmaße und zeitgerecht aufbringen und

zweitens, daß wir die uns zur Ausgabe der vorgesehenen Rationen fehlenden Lebensmittelmengen von auswärts erhalten und daß diese zeitgerecht eintreffen.

Was nun die Auslandshilfe anlangt, so muß man sagen, daß sie in der Regel rechtzeitig und im vollen Ausmaße gewährleistet erscheint. Werden aber in unsere jeweilige Versorgungsperiode auch Zuschübe von anderen Bundesländern eingebaut, so ändert sich das Bild und es ergeben sich regelmäßige Störungen und Verzögerungen, weil wir ja die Schwierigkeiten mit den Demarkationslinien in unserem „befreiten“ Österreich zu überwinden haben. Die größten Schwierigkeiten und Sorgen aber haben wir mit der Lebensmittelaufbringung im eigenen Land, und darin liegt die eigentliche Ursache und die Begründung dafür, daß die vorgesehenen Kalorien nicht aufgerufen und nicht ausgegeben werden können. Nebenbei bemerkt, sind wir nicht das einzige Bundesland, das in dieser Lage ist. In der Nummer der „Österreichischen Volksstimme“ vom 18. November habe ich gelesen, daß die tägliche Kalorienhöhe in Kärnten 1335 und in Tirol kaum 1200 beträgt — in Kärnten werden in der kommenden Periode gar nur 903 Tageskalorien aufgerufen. In der „Österreichischen Volksstimme“ wird die uns in Steiermark fehlende Kartoffelmenge mit eintausend Tonnen angegeben, wozu zu sagen wäre, daß wir in Steiermark nur eine Gesamtvorschreibung von rund sechzigtausend Tonnen haben, wovon ungefähr die Hälfte aufgebracht ist. Das einzige Bundesland, dem die eigene Aufbringung keine Sorgen und Schwierigkeiten bereitet, ist das Land Wien, dem alles angeliefert werden muß, weil es nur ein zum Teil ausgebombtes Häusermeer, aber keine landwirtschaftlichen Anbauflächen besitzt. Diese Erleichterung und Be-

günstigung bleibt aber aus bei den Lebensmitteln, die aus den Bundesländern nach Wien geliefert werden sollen und die Klagen der Wiener gegen die Länder wegen Nichterfüllung der Lieferungsverpflichtungen an Milch, Fleisch, Obst u. dgl. sind an der Tagesordnung.

Die allergrößten unserer Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung bestehen in der Aufbringung und Zuteilung von Fettprodukten. Seit Monaten erhalten die Verbraucher bei uns in Steiermark kaum die Hälfte der vorgesehenen Fettmenge und gerade dieser Umstand ist es ja, der den allergrößten Unmut der Konsumenten auslöst, und mit Recht, denn eine Fettration von nur 7 Deka pro Kopf und Woche ist geradezu unerträglich.

Was sind nun die Ursachen dieser völlig unzureichenden Zuteilung an Fettprodukten?

Aufbringung und Ausgabe sollen nach den Ernährungsplänen erfolgen in Butter, Schweineschmalz oder Öl. Die Erzeugung der Butter hängt nun bekanntlich zusammen mit der Aufbringung der Milch und die Milchlieferung ist bei uns in Steiermark sehr stark zurückgegangen und ist weiter rückläufig.

In diesem Jahre wurde bis 31. Oktober 1947 eine Marktleistung erzielt von 70.368 Tonnen Milch, vorgeschrieben war für die gleiche Zeit eine Aufbringung von 93.710 Tonnen Milch, die Minderleistung beträgt demnach 23.342 Tonnen, das sind rund 25%. Also ein Viertel der zur Aufbringung vorgeschriebenen Milchmenge wurde nicht geliefert.

Wenn sich dieser Zustand bis Ende des Jahres trotz der bereits ergriffenen Maßnahmen nicht ändern und bessern sollte, wäre bei dem Gesamtjahreskontingent, das mit 108.500 Tonnen Milch bemessen wurde, eine Fehlmengende von ungefähr 27.000 Tonnen zu verzeichnen. Bei dieser Sachlage könnte an eine Besserung in der Fettversorgung nicht gedacht werden.

Eine solche Besserung ist aber möglich und darauf hinauslaufende Anordnungen müssen ergriffen werden und sind schon ergriffen worden.

Der Rückgang der Milchlieferung ist allerdings — aber nur zum Teil — in naturgegebenen Ursachen begründet:

Seit dem Herbst 1944 haben wir infolge der Dürre abnormale Futterproduktionsverhältnisse;

Der Kuhbestand ist vermindert und überaltert;

Sterilität, seuchenhaftes Verwerfen, Mangel an Medikamenten und auch an Tierärzten — von diesen waren nämlich 90% Nationalsozialisten und mußten vorerst außer Dienst gestellt werden — haben sich höchst ungünstig ausgewirkt.

Aber dies alles begründet nicht einen Rückgang der Milchleistungen von beispielsweise 2.21 kg pro Kuh und Tag im Jahre 1944 auf eine Durchschnittsmilchleistung pro Kuh und Tag von 1.15 kg im Jahre 1947.

Ich bekenne mich zu der Auffassung, daß sich die an Stelle der früheren totalen Ablieferungspflicht ab 1947 festgesetzte Kontingentierung zumindestens bei der Milch nicht nur ungerecht, sondern für die Allgemeinversorgung schwer schädlich auswirkt. Aus den von mir abverlangten Berichten ist zu ersehen, daß die reinen Milchwirtschaftsbetriebe bei der Kontingentierung ebenso behandelt werden, wie

die gemischten bäuerlichen Betriebe, welche Nivelierung insbesondere den Bauern gegenüber, bei denen die Kühe auch als Zugtiere verwendet werden müssen, als schwere Ungerechtigkeit bezeichnet werden muß. Es gibt reine Milchwirtschaftsbetriebe, wo die tatsächliche Stalleistung 2000 bis 3500 Liter beträgt und die Kontingente kaum die Hälfte dieser Lieferungsmöglichkeit erreichen. Daß hier der Hebel angesetzt werden muß, ist einleuchtend.

Ich kann die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, nicht im einzelnen behandeln, aber ich bin überzeugt, daß ich bei ihrer Durchführung die volle Unterstützung der bäuerlichen Vertreter sowohl in diesem Hause als auch außerhalb desselben finden werde.

Ich darf Sie, verehrte Abgeordnete, bei Behandlung dieses Themas aber nicht in Zweifel darüber lassen, daß die Frage der Fettversorgung nur zum Teil gelöst erscheinen würde, wenn die Milchablieferung steigt. Einen wesentlichen Teil in unserer Fettversorgung bildet die Lieferung von Schweineschmalz bzw. Speck. Hier bestehen so schwerwiegende Differenzen zwischen den Auffassungen und Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums einerseits und unseren Fachleuten im Lande andererseits betreffend der Aufbringungsmöglichkeit, daß derzeit die Klärung dieser Frage gar nicht möglich erscheint. Ich werde in meinen Schlußbemerkungen im allgemeinen auf die Fragen Lieferungsvorschreibung und Ablieferungsmöglichkeit noch zurückkommen.

Nach den mir heute früh noch gewordenen Mitteilungen dürfte es möglich sein, in der nächsten Woche auch bei uns in Steiermark Fett auszugeben. Die amerikanische Hilfe hat sich bereit erklärt, dieses Fett zu liefern, und zwar zur Einlösung der bewilligten Erhöhung der normalen Kalorienhöhe um 100. Es wurde mir heute über meine Anfrage weiters mitgeteilt, daß aus Bremerhaven Fettwaggons anrollen und daß ein Teil dieser Waggons sich bereits in Österreich befindet. Dadurch wird eine kleine Entspannung eintreten, eine Lösung der Frage ist damit aber nicht verbunden.

Nun zu einem anderen wichtigen Kapitel des so schwierigen Ernährungsproblems, nämlich zur **Kartoffelversorgung**.

Die im Lande selbst aufzubringende Kartoffelmenge wurde mit 56.000 Tonnen festgesetzt. Mit dieser Menge erscheint der Bedarf bis 25. April 1948 voll gedeckt. Diese ziffermäßige Berechnung ist richtig, aber es haben sich in der laufenden Kartoffelausgabe Schwierigkeiten herausgestellt durch den Beschluß des Landesaufbringungsausschusses vom 9. September 1947, der allen Verbrauchern in Steiermark die Möglichkeit gegeben hat, sich mit einer Einkellerungsquote von 50 kg pro Kopf zu bevorraten.

Von dieser Möglichkeit des direkten Bezuges beim Landwirt haben im ganzen Lande viele Haushalte Gebrauch gemacht und wir haben Versorgungsgebiete, die sich auf diese Weise nahezu voll versorgt haben. Knapp vor Ablauf des von uns festgesetzten Endtermines für diese gestattete Einkellerung hat der Alliierte Rat in Wien beschlossen, diese Einkellerung nur für fünf Perioden zu je 5-6 kg, das

sind insgesamt 28 kg je Versorgungsberechtigten, zuzulassen. Diese reichlich verspätete Anordnung konnte bei uns in Steiermark nicht mehr berücksichtigt und die Einkellerungsaktion mit 50 kg pro Kopf auch nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Zur Komplettierung der von Steiermark selbst aufzubringenden Kartoffelmenge sind aber auch Sendungen aus anderen Bundesländern in den Versorgungsplan eingebaut, und es konnte auch mit der rechtzeitigen Anlieferung dieser Kartoffelmengen gerechnet werden. Infolge Beschlusses des Alliierten Rates auf Reduzierung der Einkellerungsquote von 50 kg auf 28 kg sind nunmehr diese Zusendungen eingestellt worden, weil sie erst im April 1948 fällig sind. Wir haben von Burgenland rund 12.000 Tonnen Kartoffeln zu bekommen, mit denen die laufende Versorgung derjenigen Verbraucher, die von der Einkellerungsmöglichkeit keinen Gebrauch machen konnten, hätte erfolgen sollen und auch hätte erfolgen können. Der Landesversorgungsausschuß konnte natürlich im September, als er die Einkellerungsquote mit 50 kg pro Kopf festsetzte, nicht wissen, daß diese Quote vom Alliierten Rat auf 28 kg herabgesetzt werden wird. Wir sind hier also unverschuldet in große Schwierigkeiten mit der laufenden Kartoffelversorgung hineingeraten. Um sie zu überwinden, würde über meine Anordnung vom Leiter des Aufbringungsamtes die Gesamtkartoffelernte im Lande Steiermark, außer der Selbstversorgerquote, zur Ablieferung vorgeschrieben, also auch das Quantum, das über die festgesetzten Ablieferungskontingente hinaus geerntet wurde. Die Landwirte werden für diese über das ursprünglich festgesetzte Kontingent hinausgehende Lieferung Prämien erhalten und es ist zu hoffen, daß dadurch die sich in Durchführung befindliche Aktion von Erfolg begleitet sein wird. Das Währungsschutzgesetz und die damit entstandene Unruhe wird die getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung jedenfalls vorerst ungünstig beeinflussen, insbesondere dann, wenn es nicht gelingen sollte, die Zustimmung aller Alliierten zur sofortigen Inkraftsetzung dieses im Nationalrat und Bundesrat beschlossenen Gesetzes zu erlangen. Erforderlichenfalls wird die Liquidierung der vorgesehenen Ablieferungsprämien, insoweit diese in Geld vorgesehen sind, hinausgeschoben werden und in neuen Schillingen erfolgen müssen.

Ein schwer lösbares Ernährungsproblem bildet auch die Aufbringung des dem Lande Steiermark vorgeschriebenen **Brotgetreide-Ablieferungskontingentes**.

Dieses Kontingent wurde für das Jahr 1947 mit 13.000 Tonnen festgesetzt und der Alliierte Rat besteht auf der restlosen Aufbringung dieses Quantums. Bei den seinerzeitigen Schätzungen und Festsetzungen des Getreidekontingentes für Steiermark haben die steirischen Fachleute die Möglichkeit der Aufbringung in dieser Höhe entschieden bestritten. Erst als von Seite des Landwirtschaftsministeriums zugestanden wurde, daß eine eventuelle Fehlmenge an Brotgetreide, das ist also Weizen und Roggen, auch in Mais, Gerste oder Hafer geliefert werden kann, hat der Landeshauptmann im Hinblick auf die gespannte Situation dieses Quantum akzeptiert.

Nun haben sich aber nachträglich Umstände ergeben, die bei den ursprünglichen Schätzungen nicht in Betracht gezogen werden konnten. So sind anstatt der zu Beginn des Jahres mit 51.000 ha angenommenen Anbaufläche nach den Zahlen des Statistischen Zentralamt in Wien nur 45.944 ha Wintergetreide angebaut worden. Nach einem weiteren Bericht des Statistischen Zentralamtes mußten davon aber wieder 5415 ha wegen Auswinterung umgepflügt werden.

Die von mir, von den Aufbringungsausschüssen, den Bezirksversorgungsinspektoren, den Bezirkskammern und den amtlichen Getreideaufkäufern abverlangten Schätzungen stimmen darin überein, daß bei genauester Kontrolle bestenfalls 6000 bis 7000 tonnen an Brotgetreide zur Ablieferung gebracht werden können, also rund 50% der festgesetzten Umlage. Bei Hinzunahme der Ersatzlieferungen an Mais, Gerste und Hafer, die mit höchstens 1000 Tonnen geschätzt werden, können wir also bestenfalls mit einer Höchstziffer von 7000 bis 8000 Tonnen rechnen. Diese Prognose ist geradezu niederdrückend und rückt eine Brotkürzung und Brotkrise in abzusehender Zeit in den Bereich der Wahrscheinlichkeit.

Von den dem Lande auferlegten Jahreskontingenten wird nach den Weisungen des Alliierten Rates für die jeweilige Versorgungsperiode immer ein Dreizehntel eingerechnet, das heißt, um dieses Quantum wird dem Lande weniger von auswärts geliefert. Dieses eine Dreizehntel des Jahreskontingentes haben wir bis jetzt jeweilig aufgebracht und dadurch konnte die Brotration in der vorgeschriebenen Weise gehalten werden. Wenn aber das Gesamtquantum an Brotgetreide, das wir selbst zur Ernährung des Landes beisteuern können, völlig aufgebraucht sein wird, und wenn es tatsächlich nur die von den steirischen Fachleuten geschätzte Höhe erreichen sollte, dann wird eine Ernährungslücke entstehen, die nur durch Zuschübe von auswärts oder durch eine Kürzung der Brotration überbrückt werden könnte. Der Gesamtbedarf an Brotmehl pro Versorgungsperiode, das ist also für einen Monat, schwankt zwischen 7400 bis 7800 Tonnen. Die von uns aufzubringende Menge beträgt ungefähr 1000 Tonnen pro Versorgungsperiode. Fallen also dann diese 1000 Tonnen aus, weil wir sie nicht mehr aufbringen können, so müßte die Brotration um ungefähr ein Achtel gekürzt werden und diese Kürzung würde keine vorübergehende, sondern eine monatelang andauernde sein.

Ich muß heute schon mit aller Deutlichkeit feststellen, daß ich eine Herabsetzung der Brotration als völlig unerträglich und undurchführbar halte.

Ich habe es als meine Pflicht erachtet, alle verantwortlichen maßgebenden Stellen rechtzeitig auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Bald nach Übernahme des Ernährungsreferates für den erkrankten Landeshauptmann habe ich den vom Ministerkomitee eingesetzten Sonderbevollmächtigten für das Ernährungswesen in Österreich zu einer Sitzung des Landesversorgungsausschusses eingeladen, in der über die Situation Bericht erstattet wurde. Weiters fand über mein Verlangen in Wien im Beisein des Landwirtschafts- und Ernährungs-

ministers und ihrer zuständigen Ressortchefs einerseits und der für das Ernährungswesen in Steiermark in Betracht kommenden Stellen und Personen andererseits, eine mehrstündige Konferenz statt — das Ergebnis war ein negatives. Der Landwirtschaftsminister erklärte kategorisch, daß keine Herabsetzung der festgesetzten Lebensmittel-Aufbringungskontingente und somit auch des Getreidekontingentes in Frage komme, daß die Ablieferung in der vorgesehenen Weise erfolgen müsse und daß der Alliierte Rat auf der vollen Erfüllung der getroffenen Anordnungen bestehe. Für mich ist die Sachlage nunmehr klar und was zu tun ist, darüber werde ich noch meine Meinung sagen.

Was die Versorgung der steirischen Bevölkerung mit Fleisch anlangt, so haben wir hier über den Bedarf des Landes hinaus Kontingent-Ablieferungsverpflichtungen auch für andere Bundesländer, insbesondere für das Land Wien.

Bei den Kontingentierungsverhandlungen zu Beginn des Jahres wurde der Steiermark ein Fleischkontingent (alle Fleischsorten zusammengenommen) von insgesamt rund 15.000 Tonnen vorgeschrieben. Nachträglich ist dieses Kontingent durch eine Erhöhung der Schweineablieferung von ursprünglich 28.000 Stück auf 82.500 Stück auf rund 19.500 Tonnen Gesamtfleischablieferung gestiegen. Die Aufbringung und Auslieferung dieses erhöhten Kontingentes ist nach den mir vorliegenden Berichten nicht möglich. Mit Ende der 32. Zuteilungsperiode sind wir bei einer tatsächlich aufgebrachten Fleischmenge von 11.160 Tonnen mit einer Restlieferung von über 8000 Tonnen für die 33. bis 35. Periode belastet.

Aus der von mir abverlangten Übersicht über den Schweinebestand der Steiermark ist zu entnehmen, daß wir am 3. September 1947 einen Gesamtschweinebestand von 384.587 Stück zu verzeichnen hatten, das sind 60% des Friedensbestandes vom Jahre 1939 und um 20.000 Stück weniger als der von der Kriegswirtschaft reduzierte Bestand des Jahres 1943, der mit 404.106 Stück beziffert wird.

Die Unmöglichkeit der vorgesehenen Schweineaufbringung ist mit einer der Hauptursachen der unzulänglichen Fettaufbringung. Der Speck der Schweine, die aufzubringen uns vorgeschrieben sind, wurde und wird als Eigenaufbringung in den Fettversorgungsplan und in die einzelnen Versorgungsperioden eingebaut, und nachdem dann tatsächlich nur ein kleiner Teil der vorgesehenen Quote aufgebracht wird und zur Verfügung steht, können bei dieser Grundlage die Fettationen nie erreicht und nie ausgegeben werden.

Nach der Aufgliederung fallen von dem Gesamtschweinebestand auf Schlacht- und Mastschweine im Alter von $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr 75.554 Stück, und im Alter von einem Jahr aufwärts 35.941 Stück, demnach in Summe 111.495 Stück. Die Differenz auf den Gesamtschweinebestand von 384.587 Stück, demnach 273.092 Stück, betrifft Ferkel, Zuchtschweine, Zuchteber und Zuchtsauen.

Vom Landwirtschaftsministerium in Wien wird bei der Aufbringung und Ablieferung von Fleisch, ebenso wie bei allen übrigen Kontingenten und mit derselben Begründung, die restlose Einhaltung der vorgeschriebenen Kontingente verlangt.

Eine ganz schmerzliche Angelegenheit bildet die Zuckerversorgung. An diesem Übel ist aber nicht etwa der Mangel an der Eigenaufbringung Schuld, denn wir haben bekanntlich in Steiermark keinen Zucker. Die Belieferung erfolgt vom Auslande bzw. aus den Zuckerfabriken, die wir in Österreich selbst haben. Die Anlieferung geschieht nie termingemäß und es hat noch wenig Versorgungsperioden gegeben, wo der Zucker rechtzeitig zur Ausgabe gelangen konnte. Wenn es gut geht, langt die Ware in der dritten oder letzten Woche der laufenden Versorgungsperiode ein und auch diesmal ist es leider wieder so. Wir führen jeden Tag in dieser Sache Telefongespräche mit Wien und auch mit der Fabrik selbst. Einmal ist der Zucker noch nicht versandt bereit, dann wieder sind die Waggons nicht da, oder man redet sich auf ein Paar angeblich unbrauchbar und reparaturbedürftige Waggons aus — eine offensichtliche Ausrede, wenn man bedenkt, daß wir pro Versorgungsperiode ja nicht ein Paar, sondern ungefähr 87 10tonnige Waggons mit Zucker benötigen.

Alle diese Auskünfte tragen den Charakter von Ausreden in sich und die wahren Gründe scheinen andere zu sein.

Heute früh haben wir der Zuckerfabrik in Enns, die diesmal unser Lieferant sein soll, den Vorschlag gemacht, daß wir selbst eine Zugsgarnitur mit 20 Waggons bereitstellen werden. Dieses unser Angebot wurde nicht akzeptiert. Diesmal wurde wieder eine andere Begründung gegeben und soll der lagernde Zucker von einer Besatzungsmacht beansprucht worden sein. Ich glaube auch nicht an die Wahrheit dieser Begründung.

Selbstverständlich werden wir mit größtem Nachdruck unsere Bemühungen, damit der Zucker bald, jedenfalls noch in der laufenden Periode ausgegeben werden kann, fortsetzen.

Hiemit glaube ich dem Hohen Haus den notwendigen Einblick zur Beurteilung der Ernährungslage in Steiermark gegeben zu haben. Mein Bericht umfaßt lediglich die wichtigsten Zweige unserer Ernährung, ist keineswegs vollständig und kann es auch nicht sein, weil ich ja sonst stundenlang ermüdende Erörterungen und Betrachtungen über dieses umfangreiche und schwierige Problem halten müßte. In welcher Weise sich das ganze Ernährungsproblem in Steiermark im großen und ganzen darstellt, das werden Sie aus meinen Darlegungen entnommen haben und das ist der Zweck meiner Ausführungen.

Um aus der schwierigen Situation herauszufinden, in der wir stecken, gibt es nach meiner Überzeugung nur einen einzigen Ausweg:

Wir müssen alles tun, um uns selbst zu helfen, und wir müssen die eigene Aufbringung im Lande steigern, denn auf andere Hilfe zu rechnen, wäre unverantwortlich.

Mir steht es als Nichtfachmann nicht zu und ich kann nicht und will nicht untersuchen, ob der Landwirtschaftsminister in Wien, der als ernster und gewissenhafter Landwirt gilt, im Rechte ist, wenn er sagt, daß die für Steiermark festgesetzten Kontingente aufgebracht werden können, oder ob unsere landwirtschaftlichen Fachleute Recht haben, wenn sie der gegenteiligen Meinung sind. Meine Bemühun-

gen nach dieser Richtung hin, nämlich eine Klärung herbeizuführen, waren bisher ohne Erfolg und die Fachleute selbst müssen diese dringlich notwendige Klärung herbeiführen.

Meine Überzeugung geht dahin, daß, sei es wie immer es sei, diese Differenzen in den Auffassungen der landwirtschaftlichen Fachleute nicht auf den Rücken und zum Leidwesen der steirischen Konsumenten ausgetragen werden dürfen und daß alles geschehen muß, was geschehen kann, daß die steirischen Arbeiter, Angestellten und sonstigen Verbraucher diejenigen Kalorien erhalten, die ihnen versprochen werden.

Mit dem Landwirtschaftsminister Kraus fühle ich mich aber eines Sinnes, wenn er uns bei der Konferenz in Wien erklärte, daß es heute die vornehmste Pflicht und Aufgabe jedes guten Österreicher, der sein Land und sein Volk liebt, sein muß, alle Sonderinteressen und Sonderbestrebungen beiseite zu stellen und nur den Interessen der Allgemeinheit zu dienen. Diese Pflicht gebietet den Landwirten in Steiermark, alles, was sie an Lebensmitteln entbehren können, der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen; sie gebietet den Vertretern der Bauernschaft, vorbehaltlos in diesem Sinne zu wirken, und aufklärend und beispielgebend auf ihre Standesgenossen einzuwirken.

Ich weiß, daß dies eine schwere und undankbare Aufgabe ist. Ich weiß auch, daß trotzdem viele Vertreter der Landwirte mit Ernst und Selbstaufopferung diese schwere Pflicht erfüllen. Allerdings weiß ich aber auch, daß so mancher den Ernst der Lage und die Zeichen der Zeit nicht versteht, daß so mancher zwiespältig denkt und zwiespältig handelt, daß es am Lande draußen eine Flüsterpropaganda gibt, die zur Nichterfüllung der Pflichten gegenüber der Allgemeinheit verleitet, ja es gibt sogar Nationalräte in Steiermark, die offene Ernährungs sabotage betreiben. Es kann in der heutigen schweren Zeit nichts Verantwortungsloseres geben, als eine solche Einstellung, und alle ernstesten und verantwortungsbewußten Menschen in diesem Lande müssen sich zusammentun, um das notwendige Zusammenwirken aller aufbauenden Kräfte herbeizuführen und zu sichern.

Dabei muß man sich allerdings vor Augen halten, daß die fortdauernde und sich immer wieder erneuernde Not einer Nachkriegszeit, die nicht enden will, sehr wohl geeignet ist, das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu erschüttern und zu zerstören. Diesen Erscheinungen müssen wir entgegenwirken. Wir müssen verhindern, daß der Arbeiter, der Städter, der Konsument im Bauern seinen Widersacher sieht und umgekehrt, und jedermann muß es zum Bewußtsein gebracht werden, daß alle Österreicher eine einzige Schicksalsgemeinschaft bilden, sozusagen eine Art Eidgenossenschaft auf Gedeih und Verderb.

Es ist gewiß wahr, daß der Landmann auch schwer unter der jetzigen Nachkriegszeit leidet;

er kann sich kaum das dringendste Werkzeug verschaffen;

er muß in harter Arbeit mit unzulänglichen Arbeitskräften seinen Boden bebauen;

der Ertrag seiner Arbeit wird durch das jahrelange katastrophale trockene Wetter in Frage gestellt.

Aber dennoch glaubt der Städter, der Arbeiter und Angestellte — und ist es auch wahr — daß der, der am Acker und am Stall sitzt, es in der heutigen schlimmen Nachkriegszeit weit besser hat und bevorzugt erscheint gegenüber dem, der auf die Lebensmittel angewiesen ist, die von weither über den Ozean kommen und unzulänglich sind.

Der einzige Ausweg, um aus der derzeitigen Krise herauszukommen, liegt in der Richtung, daß die Selbstaufbringung in unserem Lande auf das allerhöchste Ausmaß gesteigert wird.

Um dieses Ziel zu erreichen und zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung im Lande, sind bereits eine Reihe von Anordnungen und Maßnahmen getroffen worden und weitere werden folgen müssen.

Wenn wir aber alles getan haben werden, was überhaupt getan werden kann, wenn alle Landwirte restlos ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber erfüllen — die Mehrheit tut es bereits jetzt und wartet darauf und verlangt es, daß auch die Säumigen zur Pflichterfüllung herangezogen werden — und wenn trotz alledem und trotz aller Anstrengung das Ziel, die Bevölkerung aus den Ernährungsorgen zu befreien und die Ausgabe der Rationen in der vorgesehenen Höhe auch bei uns in der Steiermark zu sichern, ohne unser Verschulden nicht voll erreicht werden kann, dann, werte Anwesende, aber auch nur dann, könnten wir mit erhobenem Haupte vor die Zentralstellen in Wien und auch vor den Alliierten Rat selbst hintreten und könnten mit Berechtigung sagen:

Unsere Pflicht haben wir voll und ganz erfüllt, ein Mehr zu tun, sind wir außerstande. Nun brauchen wir Eure Hilfe.

In diesem Falle, meine sehr geehrten Abgeordneten im Hohen Hause, bin ich überzeugt, daß uns dann diese Hilfe nicht versagt werden könnte. (Allgemein Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Herr Abg. Dr. Speck hat sich zum Wort gemeldet.

Dr. Speck: Ich stelle den Antrag, über den Bericht des geschäftsführenden 1. Landeshauptmannstellvertreters Machold die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Ich bringe den Antrag zu Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschicht.) Es wird die Debatte eröffnet! Ich bitte die Herren Abgeordneten um Wortmeldungen. (Nach einer Pause.) Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Stockbauer.

Abg. Stockbauer: Hohes Haus! Als vor einigen Wochen meine Fraktion an den Herrn Landeshauptmann eine dringliche Anfrage bezüglich der Ernährungslage eingebracht hat, so deshalb, weil wir getragen waren von der tiefen Sorge um die Sicherung der Ernährung unserer steirischen Bevölkerung. Wir waren der Meinung, daß diese Anfrage der zuständigen Referent für Ernährungsfragen innerhalb der Landesregierung, Herr Landeshauptmann Pirchegger, beantworten soll, denn nur er hat alle Vorbereitungen zur Sicherung der Ernährungs-

lage im Lande zu treffen und den Aufbringungsapparat aufzubauen gehabt und ihm ist daher auch die ganze Verantwortung zur Sicherung der Ernährungslage zugefallen. Bedauerlicherweise ist mittlerweile der Herr Landeshauptmann Pirchegger erkrankt und an seine Stelle ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold eingesprungen. Ich glaube feststellen zu können, daß wohl die gesamte steirische Bevölkerung, ganz gleich, ob sie nun aus Produzenten oder Konsumenten besteht, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Machold dafür dankbar ist, daß er in diesem Augenblick die Agenden der Ernährungssicherung übernommen hat. Dadurch ist wohl in weitestem Maße die Garantie gegeben, daß das menschenmöglichste, das überhaupt zur Sicherung unserer Ernährung getan werden kann, auch durchgeführt wird. Wir wissen, daß die Schwierigkeiten, mit denen wir auf diesem Sektor zu kämpfen haben, aus 2 Teilen bestehen, aus dem sachlichen Teil, der die ganze Weltlage eigentlich kennzeichnet, aus jenen sachlichen Gründen, die in allen Ländern der Welt das Stück Brot kleiner werden lassen, aber auch aus jenen Gründen, die unserer Auffassung nach nicht unabwendbar mit den Folgen des Krieges im Zusammenhang stehen, sondern vielmehr darin zu suchen sind, daß Mängel im Apparat, Mängel in der Organisation und vielleicht auch Mängel im guten Willen vorhanden sind. Wir wissen aus der Erklärung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold, daß ein Teil der Sorgen, die die steirische Bevölkerung bedrücken, darauf zurückzuführen ist, daß sehr beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landwirtschaftsminister und der steirischen Bauernschaft bestehen. Der Minister für Landwirtschaft ist der Meinung, daß noch mehr aus dem Land herausgeholt werden kann, eine Meinung, die auf das heftigste von der steirischen Bauernschaft bestritten und von den steirischen Bauern mit Nachdruck abgelehnt wird. Wir wollen und können uns in diesen Streit nicht einmengen, denn wir maßen uns nicht an, hier als Fachleute zu urteilen. Aber wir haben das Gefühl, daß dieser Konflikt viel weniger ein Konflikt zwischen dem Landwirtschaftsminister und der steirischen Bauernschaft ist, sondern vielmehr ein Konflikt zwischen den ablieferungswilligen und den ablieferungsunwilligen Bauern. Nun ist unsere gemeinsame Verpflichtung, strenge auseinanderzuhalten zwischen jenen, die im Lande bereit sind, ihre Verpflichtung restlos zu erfüllen und jenen, die der Versuchung nicht widerstehen können, die Situation der Zeit für ihre persönlichen Vorrechte auszunutzen, strenge zu unterscheiden zwischen jenen, die wohl mitfühlen, was es heißt, daß in den Städten die Kinder und die Alten und ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung hungert, und jenen, die gedrängt sind, ihr denkbar Bestes zu leisten. Ich möchte ausdrücklich von diesem Platze aus, um jedes Mißverständnis auszuschließen, feststellen, daß es wirklich eine beachtliche Anzahl von Bauern gibt, die ihre Pflicht erfüllen. Wir wissen auch, daß es Bauernführer gibt, die ihre ganze Persönlichkeit in die Waagschale werfen, um das Gewissen der Bauern aufzurütteln, sie zu mobilisieren, allezeit ihre Pflicht zu erfüllen, weil sie sich dessen bewußt sind, wie weittragend und wie schwer das Versäumnis der

Pflichterfüllung sich nicht nur für unsere engere Heimat, für Steiermark, sondern für Österreich auswirken kann. Aber wir können nicht übersehen, daß die Ernährungslage sich in den letzten Wochen und Monaten unentwegt verschlechtert hat, die Fett ration bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück, seit Wochen wurde im Lande kein Zucker ausgegeben. Was das bedeutet, erfassen Sie in dem Augenblick, wenn Sie daran denken, daß der Zucker zur Ernährung der Kleinkinder und Säuglinge unentbehrlich ist, welche große gesundheitliche Gefahren durch das Ausbleiben des Zuckers entstehen. Sie ermessen aber auch, was das Zurückbleiben der Fett ration bedeutet, wenn Sie daran denken, daß letzten Endes nur eine Hebung unserer gewerblichen und industriellen Produktion dazu beitragen kann, um aus dieser elenden Situation, in dem sich das Land befindet, herauszufinden, eine Hebung der gewerblichen und industriellen Produktion jedoch undenkbar ist, wenn diese Produktion durch unterernährte Arbeiter geleistet werden soll. Sie werden verstehen, was das bedeutet, wenn Sie daran denken, welche tiefgehende und leidenschaftliche Erbitterung die breitesten Schichten unseres Volkes erfaßt, wenn der Hunger in jeder Arbeiter- und in jeder Angestelltenwohnung ständiger Gast ist, der Hunger, der nicht allein kommt, der begleitet ist von üblen Folgen der unzureichenden Bekleidung, der begleitet ist von den Folgen der unzureichenden Versorgung mit Heizmaterial. Vergessen wir nicht, wenn jemand das Recht zur unrichtigen Beurteilung in dem Lande hat, so ist das der, der hungert, denn der Hunger schließt die Vernunft aus. In diesem Augenblick können wir feststellen, daß die steirischen Arbeiter, die steirischen Konsumenten ein unglaubliches Zeugnis ihrer politischen Reife, ihrer Klugheit, ihrer Vernunft abgelegt haben, daß diese steirischen Arbeiter und steirischen Konsumenten trotz aller Schwierigkeiten unentwegt bereit sind, ihre Pflicht zu erfüllen und daß, wie sie gerade jetzt durch die prächtige Demonstration bei den Betriebsratswahlen bewiesen haben, sie sich für eine vernünftige verantwortungsbewußte Politik entschieden haben, trotzdem ihnen von mancher Seite die schönsten und phantastischsten Illusionen an die Wand projiziert wurden. Sie haben sich nicht beirren lassen, ihre Entscheidung kühl und nüchtern zu treffen, eine Entscheidung, die gerade deswegen, weil sie so sehr der Vernunft entsprungen ist, uns alle ausnahmslos, die wir hier in diesem Hause versammelt sind, verpflichtet, alles zu unternehmen, was geeignet ist, die Not an Nahrungsmitteln, aber auch die Not an Bekleidungsmaterial auf das äußerste Maß herabzusetzen. Wir sind uns dessen bewußt, daß nur eine zureichende Ernährung uns die Möglichkeit gibt, unsere Pflicht zu erfüllen, Höchstleistungen auf allen Gebieten zu erreichen und wir können, wenn wir einmal einen Überblick gewinnen wollen, ohne weiters feststellen, daß auch in den Kreisen der Bauern sehr viele sind, die solche Höchstleistungen erfüllen, genau so wie in der industriellen Produktion hunderte und tausende von Arbeitern als wirkliche Pioniere für unser neues Vaterland aufscheinen. Aber wir können folgende sehr bezeichnende Feststellung machen: An der Spitze

der Ablieferungswilligen und an der Spitze jener, die ihre Pflicht bis zum Äußersten erfüllen, steht eine Unzahl von kleinen und mittleren Betrieben, während eine erkleckliche Anzahl von Großbetrieben völlig ihre Aufgabe vergessen und mit ihrer Ablieferung ein beschämend geringes Volumen erreichen.

Sehr interessant ist, daß eine der Maßnahmen der Landesregierung, wie sie seinerzeit über Initiative der sozialdemokratischen Bundesregierungsmitglieder beschlossen wurde, nämlich die Einsetzung von fliegenden Kommissionen, beachtenswerte Aufschlüsse liefert. Diese Kommission stellte vielfach fest, daß die Marktleistungskarteien entweder überhaupt nicht oder nur mangelhaft angelegt sind, daß viele Bauern Ablieferungen durchgeführt, ohne daß sie dafür den vorgesehenen Schlußschein ausgestellt bekommen haben. Viele Bauern sind in ihrer Unwissenheit, in ihrer Leichtgläubigkeit mißbraucht worden und wir wissen nicht, wohin die abgelieferten Mengen, für die weder Schlußschein noch Bestätigungen vorhanden sind, hingekommen sind. Wir wissen nur eines, daß diese Bauern, die in ihrer Leichtgläubigkeit um den Ertrag ihrer Arbeit geprellt wurden, ein zweites Mal im Zusammenhang mit der Währungsreform zu Schaden kommen werden. Wir sehen gerade in diesem Zusammenhange, wie sehr es notwendig und wie sehr es auch vom Standpunkt der ÖVP. zwingend erforderlich ist, in allen diesen Dingen reinen und korrekten Tisch zu schaffen, denn nur unter korrekten Voraussetzungen wird es möglich sein, eine gleichmäßige Verteilung der erforderlichen Opfer und Lasten vorzunehmen. Und schauen Sie, sind Sie sich alle denn wirklich dieser Pflicht, Hand anzulegen, damit der Hunger gestillt und die Not kleiner wird, bewußt, können wir mit Beruhigung feststellen, daß der gesamte Beamtenapparat, der in den Dienst der Aufbringung gestellt ist, wirklich seine Aufgaben erfüllt? Wir sind nicht in der Lage, diese Frage rundweg zu bejahen, wenn wir uns erzählen lassen, daß Bezirkshauptleute, denen die persönliche Verantwortung obliegt und die die restlose Durchführung der Aufbringung zu garantieren haben, auf einen Hinweis auf diese Verantwortung, zur Antwort geben: „Na, das werden wir auch noch ertragen“, wie dies z. B. der Bezirkshauptmann von Deutschlandsberg, Herr Hofrat Dr. Knieli getan hat. Da befürchten wir sehr ernstlich, ob alle Möglichkeiten, die die Organisation der Aufbringung bietet, auch wirklich erschöpft werden, um ein Maximum aufzubringen. Aber wenn solche Äußerungen des Herrn Bezirkshauptmannes, die uns glaubwürdig übermittelt wurden, möglich sind, dann wundert es einem nicht, wenn solche Zustände, wie die nachfolgend angeführten, in seinem Bezirk gegeben sind:

Beim Besitzer Suppan in Gussendorf wurde ein Schwein mit 93 kg geschätzt, obwohl es 120 kg wog. Wir wissen, daß diese Viehschätzer immer ein etwas vorsichtiges Schätztalent entwickeln, aber wir müssen daran denken, daß diese Differenz von 27 kg nahezu die Jahresquote an Fleisch für drei Normalverbraucher darstellt. Da bekommen Sie dann ein Gefühl dafür, was es schließlich bedeutet, wenn so weitgehende Gewichtsunterschiede bei der Schätzung im ganzen Lande vorkommen.

Es darf Sie dann auch nicht wundern, daß im Bereich eines solchen Bezirkshauptmannes der gleiche Besitzer 8 Hühner als seinen Bestand anmeldet und zur gleichen Zeit 70 Hühner besitzt. Dann werden Sie verstehen, warum die städtische Bevölkerung Monat auf Monat vergeblich auf ein Ei wartet, denn dieser Besitzer liefert nur 392 statt 3500 Eier, also etwas mehr als ein Zehntel dessen, wozu er zur Ablieferung bei seinem tatsächlichen Hühnerbestand verpflichtet wäre. Darf man sich dann wundern, daß viele anständige und ablieferungswillige Bauern zu Unrecht in den gleichen Topf geworfen werden, wie Bauern dieses Schlages.

Sie dürfen sich aber auch nicht wundern, daß in dieser Gemeinde der Bürgermeister die vorgeschriebenen Ablieferungskontingente um 50% herabgesetzt hat.

Wenn weiters in der Gemeinde Korbin bei Sankt Martin im Sausal ein Besitzer, der 25 Joch Grund besitzt, denselben zur Gänze gegen die Ablieferung des halben Ernteertrages verpachtet und für diesen halben Ernteertrag keinen einzigen Halm abliefern, dann, glaube ich, sind das Zustände, die auch von der ÖVP nicht geduldet werden können.

Wenn dann weiters der Bürgermeister Pernegg von Aigen, Gem. St. Marein i. P., das scheint übrigens eine in der Schlamperei besonders benadete Gegend zu sein, dem Bauern Birnstingl eine Bestätigung über die erfolgte Ablieferung ausstellt, obwohl 600 kg Kartoffel noch ausständig sind, so kann auch der Abg. Smolana, der sich so warm einsetzt, dies nicht decken und in Ordnung finden, es sei denn, der Abg. Smolana hat, wie mancher aus den Reihen der ÖVP, zwei Seelen in seiner Brust, die eine, die vor Konsumenten für die Ablieferung und die andere, die gegen die Ablieferung bei den Bauern spricht. (Dr. Illig: „Besser zwei Seelen als gar keine“.)

Ich könnte diese Aufzählung ja noch weiter fortsetzen. Wenn der Herr Landesrat Illig meint, besser zwei Seelen zu haben als gar keine, so bringt er sich dadurch bei mir vorzeitig in Erinnerung. Ich habe seine Tätigkeit sowieso auf meinem Speisetzettel in Vormerkung und ich würde ihm empfehlen, sich noch etwas zu gedulden, ich werde im Laufe meiner Ausführungen über seine Seele als Leiter des Landwirtschaftsamtes, aber auch über seine Seele als Fremdenverkehrsreferent zu reden haben.

Vorläufig möchte ich noch bei der Ablieferung bleiben. Wenn die „Neue Zeit“ in der Lage war, in ihrer Ausgabe vom 30. Oktober darauf zu verweisen, daß die Liechtensteinsche Gutsverwaltung bei einer Gesamtkartoffelernte von 40.140 kg nur eine Vorschreibung von 10.000 kg erhalten hat, dann glaube ich, werden auch die Abgeordneten der ÖVP, vor allem aber ihre Bauernabgeordneten verpflichtet sein, hiezu Stellung zu nehmen und sich zu fragen, „wieso kommt es, daß Kleinbauern im Verhältnis weitaus größere Vorschreibungen erhalten als sie zu leisten überhaupt in der Lage sind, während die Großgrundbesitzer ungerechterweise unverantwortlich geringe Vorschreibungen bekommen?“

Nun etwas anderes. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Machold hat in seiner Erklärung auf die unerhörte Fettlücke verwiesen, unter der

wir zu leiden haben. Wenn wir weiters aus einem Bericht feststellen können, daß im Bezirk Radkersburg in Edla 124 Kühe 19 Liter, in Mettersdorf 113 Kühe 50 Liter, in Gosdorf 79 Kühe 14 Liter, in Schwabau 40 Kühe 9 Liter Milch täglich in Durchschnitt geliefert haben, dann bewundere ich diese Bauern, denen es infolge ihrer Geschicklichkeit gelungen ist, den Ertrag der Kühe soweit zu reduzieren, daß für den Konsum davon fast überhaupt nichts übrig geblieben ist. Aber begreifen Sie, wie gefährlich diese Tendenzen sind? Verstehen Sie, welche Folgen sich daraus ergeben können? Sie werden in Ihrer Antwort auf alle möglichen Erscheinungen zurückkommen. Sie werden versuchen, uns zu erzählen, daß diese Kühe eben besonders große Zugleistungen verrichten, die die Milchleistung beeinträchtigen; Sie werden uns erzählen, daß diese Kühe unter besonderem Futtermangel gelitten haben und daher nicht in der Lage waren, das erforderliche Mehr an Milch herzugeben. Aber interessant ist nur, daß diese völlig ungleichmäßige Leistung der Kühe sowohl geographisch eine ziemlich genaue Grenze bildet als auch noch mit einem zweiten Faktor in Zusammenhang steht. In den Bezirken Neumarkt, Turnau und Stainach ist die Durchschnittsleistung der Kühe 3 bzw. 3·5 bzw. 2·8 kg pro Tag, während in den südlichen Gebieten der Steiermark, in Arnfels, in Leibnitz und in Gabersdorf die Leistung der Kühe nur 1 kg bzw. 0·6 kg beträgt. (Zwischenruf LR. Krainer: „Das war schon immer so!“) Es ist sehr interessant, daß die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, die sich aus Arnfels, Leibnitz und Gabersdorf ergeben, über Privatmolkereien herauskommen, während in Neumarkt, Turnau und Stainach Genossenschaftsmolkereien da sind. Es scheinen hier sowohl Gründe, die in der Rasse der Kühe verankert liegen, eine nicht unwesentliche Rolle zu spielen, aber vielmehr scheint der privatgenossenschaftliche Charakter dieser Molkereien auf die Ertragsfähigkeit der Kühe, soweit sie für die Konsumenten zur Verfügung kommen, einen wesentlichen Einfluß auszuüben. Vielleicht erweist sich hier die „besondere Leistungsfähigkeit“ der gerade von Herrn Landesrat Dr. Illig bei jeder Gelegenheit so sehr gepriesenen Privatinitiative. Bei Privatmolkereien scheint mehr im Schleichhandel zu verschwinden als bei Genossenschaftsmolkereien. (Zwischenruf.) Sie werden es begreifen, daß solche Zustände dazu beitragen, nicht nur unsere Not zu vergrößern, sondern auch die berechnete Erbitterung zu steigern.

Ich möchte fortfahren.

Der Baron Zitzkowsky, der einen Besitz in der Gemeinde Großsölk von 150 ha hat, liefert außer der Milch überhaupt nichts ab. Die Felder, wie Sie sich als Fachleute leicht überzeugen können, sind total verludert. Im Sommer und Herbst können Sie Tiere, die auf den Feldern unbeaufsichtigt weiden, beobachten. Das sind Zustände, die wir nicht länger hinnehmen können. Ein solcher Besitz ist reif, daß er in öffentliche Verwaltung genommen wird. Können wir länger zuschauen, daß jemand sich an seiner Pflicht, an der Sicherung unserer Ernährung mitzuwirken, direkt und indirekt so schwer schuldig macht?

Etwas anderes : In der Gemeinde Pöls bei Preding wurden bis Kriegsende wöchentlich 300 Liter Milch abgeliefert. Wir wissen, daß durch das Kriegsende und die Zeit nach dem Kriege durch die Trockenheit eine ziemliche Beeinträchtigung der Milchproduktion vor sich gegangen ist. Glauben Sie, daß dies hinreicht, um ein Zurückgehen der Aufbringung auf 10 und 12 Liter im gleichen Zeitraum zu rechtfertigen ? Oder glauben Sie nicht, daß hier große Mengen an Milch dem menschlichen Konsum entzogen und vielleicht einem der beliebtesten Veredelungsverfahren, dem auch ein Teil unserer Kartoffel zum Opfer fällt, geführt wird ?

Wir können diese Beispiele fortsetzen. (Lachen in den Reihen der ÖVP. Zwischenrufe : „Nur heraus damit !“ Das ist eine alte Parlamentssphrase !“ Abg. Krainer : „Wir möchten alles wissen.“) Ich möchte die Herren von der ÖVP. fragen, ob Sie es gut heißen, daß der Bürgermeister von Lohngräben im Bezirk Weiz, obwohl er rechtzeitig von der von ihm zu veranlassenden Aufbringung in Kenntnis gesetzt wurde, gar nichts unternommen hat, daß nicht ein einziges Kalb aus seiner Gemeinde abgeliefert wurde. Glauben Sie nicht, daß es notwendig sein wird, gegen einen solchen Funktionär mit allem Nachdruck und mit aller Schärfe vorzugehen ? Sie dürfen nicht übersehen, daß das schlechte Beispiel weitaus demoralisierender wirkt als das gute Beispiel für die Moral anfeuernd wirken kann. (Zwischenruf.) Nicht nur die Bewirtschaftung auf dem Ernährungssektor läßt außerordentlich viel zu wünschen übrig, das gleiche gilt bei einer Reihe von anderen bewirtschafteten Artikeln. (Landesrat Dr. Illig : „Steht das zur Debatte ?“) In unmittelbarem Zusammenhang ! (Zwischenruf Dr. Illig : „Richten Sie eine dringliche Anfrage an das Referat.“) Herr Landesrat Illig, Sie sollen nicht so nervös sein, wenn Sie befürchten müssen, daß Sie zitiert werden. (Landesrat Dr. Illig : „Ich habe Sie gerade eingeladen, eine dringliche Anfrage an das Referat zu stellen.“) Diese Frage steht im engsten Konnex mit der ganzen Ernährungsfrage. Es darf nicht übersehen werden, daß manches, was den Ernährungssektor belastet, leichter ertragen und hingenommen werden könnte, wenn der berechtigte Unmut und der berechtigte Unwille nicht durch bewußte oder unbewußte Sabotage auf anderen Gebieten der Bewirtschaftung hervorgerufen würde. Wir wissen, Sie sind Gegner der Bewirtschaftung, unterliegen leicht der Versuchung, die Durchführung der Bewirtschaftung so zu gestalten, daß sie vor einem Großteil der Bevölkerung ad absurdum geführt werden soll. Wenn das nicht so wäre, könnte es niemand verstehen, daß ein Bezugsscheinbesitzer in Bruck einen Bezugsschein auf ein Hemd einzulösen hat in Mariazell, einen zweiten Bezugsschein auf eine Unterhose in St. Lorenzen und einen dritten Bezugsschein auf ein Paar Socken in Pernegg einzulösen hat (Heiterkeit.), es sei denn, daß der zuständige Referent für das Wirtschaftsamt, der gleichzeitig der Referent für den Fremdenverkehr ist, auf diese Weise zur Belebung des Fremdenverkehrs beitragen will (Landesrat Dr. Illig : „Das macht das rote Wirtschaftsamt in Bruck !“), oder soll so zur Sanierung der Bundesbahnen beigetragen werden ? (Zwischenruf :

„Das ist eine billige Demagogie.“ Weitere Zwischenrufe.) Wenn man in Bruck a. d. Mur Ziegel benötigt und diese aus Lannach zuweist, hingegen die Ziegel, die in Bruck erzeugt werden, nach Graz zuweist, ist es die Dummheit oder wie soll man das nennen ? Sabotage. (Zwischenruf : „Das ist unwirtschaftlich !“) Diese Fehler in der Bewirtschaftung tragen dazu bei, um das System der Bewirtschaftung zu diskreditieren, die Schwierigkeiten zu beseitigen, tragen aber vor allem dazu bei, die Erbitterung der Bevölkerung zu steigern. Wenn wir Sozialdemokraten diese Dinge heute aufzeigen, so aus folgenden Gründen : Wir sind der Meinung, daß es zweckmäßiger ist, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um entstehende Brände hintanzuhalten. Fehler, die begangen werden, Fehler, die vorhanden sind, sollen uns dazu dienen, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie solche vermieden werden können. Übersehen wir nicht, die Lage in der wir uns befinden zwingt jeden, der unser Land und unser Volk liebt, uns zu helfen, das zu beseitigen, was das Leid und die Not vergrößert, mitzuhelfen, damit das Stück Brot größer wird.

Die zwei großen Parteien haben vor dem Volke die Verantwortung übernommen, das Land vor einem politischen und wirtschaftlichen Chaos zu bewahren, die Ernährungsschwierigkeiten erfolgreich zu überwinden, zu verhindern, daß politische Desperados die Not für ihre dunklen Ziele ausnützen können.

Abschließend möchte ich sagen, daß uns in der Person unseres Landeshauptmannstellvertreters Machold die Gewähr gegeben ist, daß alles getan wird, was auf diesem Gebiete zu tun notwendig ist und seine Tätigkeit wird dann von einem umfassenden und durchgreifenden Erfolg begleitet sein, wenn er von beiden Seiten dieses Hauses eine vorbehaltlose, eine vollständige und durchgreifende Unterstützung zu seiner Verfügung vorfindet. (Starker Beifall, Händeklatschen links.)

Präsident : Zum Wort gemeldet hat sich Landesrat Dr. Illig. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Illig : Hohes Haus ! Ich befand mich heute bei Beginn der Landtagssitzung in besonders friedlicher Adventstimmung und hatte keine Absicht, mich an der heutigen Debatte über die Ernährungslage zu beteiligen. Ich wurde in dieser Absicht bestärkt durch die durchaus vernünftigen und streng sachlichen Ausführungen, die der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold in seiner Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten seiner eigenen Fraktion an den Tag gelegt hat. Die ganz anders lautenden Ausführungen des Herrn Abg. Stockbauer zwingen mich aber nun, in die Debatte einzugreifen, nicht weil ich mich persönlich betroffen fühle ; denn trotz seiner großsprecherischen Ankündigung, daß er mir ein ganzes Sündenregister vorlesen wird, ist davon nichts übrig geblieben, als ein Hemd und eine Hose (Heiterkeit), die in Bruck und Mariazell ausgegeben wurden. Etwas anderes und besseres vermochte er nicht vorzubringen, soweit das Landeswirtschaftsamt in Frage kommt. Für diesen von ihm angeschnittenen Fall in Bruck ist nämlich ausschließlich das sozialistische Wirtschaftsamt der Stadtgemeinde Bruck zuständig (Rufe : Hört, hört !), denn das Landeswirtschaftsamt gibt überhaupt keine Bezugsscheine aus. Die Bezugs-

scheine werden im Auftrage der Bezirkshauptmannschaften durch die Gemeinden ausgegeben. Diese unrichtige Steuerung ist also ein Verschulden des Wirtschaftsamt der Gemeinde Bruck. (Zwischenrufe: „Mariazell gehört doch gar nicht zu Bruck!“) Damit im Zusammenhang erwähne ich, daß erst kürzlich eine sozialistische Abordnung aus der Stadt Kapfenberg bei mir war und sich beschwert hat, daß die Stadt Kapfenberg sich durch die Stadtgemeinde Bruck benachteiligt fühlt, weil die Stadtgemeinde Bruck es besser versteht, sich beim Bezirkswirtschaftsamt durchzusetzen.

Jedenfalls war das Sündenregister nicht so groß, daß ich unter der Last der Anschuldigungen zusammenbrechen müßte. Ich kann nun zum Thema übergehen. Es scheint mir notwendig, die Geschichte dieser sozialistischen Anfrage und ihre Beantwortung durch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Machold gewissermaßen historisch zu beleuchten und ich bin so frei, dem Hohen Landtag diesbezüglich als Gedächtnisstütze zu dienen. Lassen Sie mich also rekapitulieren: Am 16. Oktober fand in Wien die letzte Landeshauptleute-Konferenz mit besonders zahlreicher Beteiligung statt. Die gesamte Bundesregierung, alle Landeshauptleute von Österreich mit ihren Stellvertretern, zahlreiche Mitglieder der Landesregierungen aus den Bundesländern, eine Menge Fachreferenten und andere Experten waren anwesend. Hauptthema dieser Landeshauptleute-Konferenz war neben dem Warenverkehrsgesetz die Ernährungslage in Österreich.

Von der sozialistischen Fraktion aus Steiermark nahmen an dieser Konferenz der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold und die Landesräte Horvatek und Matzner teil. Sie sind also über die Vorgänge bei dieser Konferenz, die sich ja vorwiegend mit der Ernährung befaßt hat, ausgezeichnet orientiert und mußten daher über die Ernährungslage um den 16. Oktober herum mindestens ebenso genau informiert sein wie der Herr Landeshauptmann Pirchegger selbst. Ich zweifle auch nicht daran, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold sofort nach seiner Rückkehr aus Wien seinem Landtagsklub berichtet hat, was auf dieser Konferenz alles los war. Nichtsdestoweniger wurde für den 20. Oktober eine dringliche Anfrage der sozialistischen Fraktion des Steiermärkischen Landtages an den Herrn Landeshauptmann Pirchegger über die Ernährungslage angekündigt. Man kann sich Gedanken darüber machen, ob es nicht einfacher gewesen wäre, wenn die Fragesteller direkt den Herrn Machold gefragt hätten, was in Wien los war, denn er war ja dabei. Aber sie haben den komplizierteren Weg gewählt, die Sache über die parlamentarische Institution des Steiermärkischen Landtages zu leiten, ein Umweg aus Gründen, die uns begreiflich sind und auf die ich noch später zurückkommen werde. Es ist aber dann anders gekommen, als beabsichtigt war. Der Herr Landeshauptmann Pirchegger ist unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Wien erkrankt und siehe da, der Landtag wurde plötzlich abgesagt. Die dringliche Anfrage der sozialistischen Fraktion war auf einmal nicht mehr so dringlich, sondern der Landtag wurde sogar abgeblasen, offenbar deshalb, weil Pirch-

egger nicht da war und diese Anfrage damals nach der Verfassung vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Machold selbst hätte beantwortet werden müssen und das hat den Sozialisten offenbar nicht in den Kram gepaßt, denn der tiefere Sinn dieser Anfrage sollte ja sein, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die sozialistische Fraktion ständig der ÖVP. auf die Finger schau und es war ihnen offenbar nicht so sehr um den Inhalt der Beantwortung zu tun, der ihnen ja sowieso bekannt war, als darum, über diese Dinge reden zu können und vor allem ihrer Presse Gelegenheit zu geben, sich darüber ausführlich zu verbreiten und der ÖVP. eins auszuwischen. Daher dieser Umweg. Man erinnert sich dabei an die bekannte Anekdote, wo der Sepperl in Ligist vor der Kirche steht mit einem Fernrohr in der Hand und auf die Frage, wozu er das Fernrohr braucht, antwortet: „Ja i muß am Reinischkogel aufsteign und von oben auf Ligist abschau, wie spat es is.“ So kommt mir das mit der dringlichen Anfrage vor, wenn die Sozialisten etwas erfahren wollen, was ihnen ihr Fraktionsmitglied Landeshauptmannstellvertreter Machold jederzeit hätte erzählen können. Damit ist die Vorgeschichte der dringlichen Anfrage und ihrer Beantwortung aber noch nicht beendet.

Der Landtag vom 20. Oktober wurde abgesagt, vertagt, sowie ich mich erinnere auf den 4. November. Am 4. November sollte diese dringliche Anfrage von Seite der Sozialdemokraten neuerlich eingebracht werden und sie wollten damals an uns das Ansinnen stellen, an Stelle des noch immer erkrankten Herrn Landeshauptmannes Pirchegger sollte ein ÖVP.-Landesrat diese Anfrage beantworten. Wir sind auf diesen Vorschlag nicht eingegangen und haben der sozialdemokratischen Fraktion antworten lassen, daß, da eine dringliche Anfrage in derselben Sitzung des Hauses beantwortet werden muß und der Landeshauptmann Pirchegger erkrankt ist, der nach der Verfassung zu seiner Vertretung berufene Erste Landeshauptmannstellvertreter verpflichtet ist, diese Anfrage zu beantworten. Aus Gründen, auf die ich nicht näher eingehen will, war Landeshauptmannstellvertreter Machold damals noch nicht geneigt, die Beantwortung dieser dringlichen Anfrage selbst zu übernehmen, weshalb am 4. November aus der dringlichen Anfrage plötzlich eine gewöhnliche schriftliche Anfrage an den Landeshauptmann wurde. Das hinderte die „Neue Zeit“ allerdings nicht, in ihrer Ausgabe vom 5. November 1947 in nicht sehr loyaler Art zu behaupten, es sei am Vortage eine dringliche Anfrage der Sozialdemokraten eingebracht worden und deren ganzen Inhalt zu veröffentlichen, noch dazu unter dem irreführenden und mit sensationeller Absicht aufgemachten Titel: „Ernsteste Lage durch Korruption.“ Nun frage ich, meine Herren, wozu dieser Umweg, diese Demagogie? Muß das sein, muß man wirklich vor der Kommunistischen Partei diese Verneigung machen, ut aliquid fieri videatur, damit es ausschaut, es geschieht etwas. Ich begreife es, daß die kommunistische Konkurrenz in der Industriearbeiterschaft manchmal für die Sozialdemokratische Partei etwas ärgerlich ist. Die Kommunistische Partei mit ihren bekannten Methoden, mit

ihrer Skrupellosigkeit, der kein Mittel zu schlecht ist bei ihrem Wählerfang, die sich der infamsten Methoden der Verdrehung, der Unterstellung und bewußten Unwahrheit bedient, macht der SPÖ bei der Industriearbeiterschaft begreiflicher Weise schwer zu schaffen. Ich verstehe es, daß es für sie nicht leicht ist, mit den geraden Mitteln der Demokratie gegenüber diesem Treiben ihre Genossen weiterhin bei der Stange zu halten. Diese Nervosität vor der Konkurrenz der Kommunistischen Partei darf aber nicht so weit gehen, meine Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, daß Sie deswegen Ihren großen Partner, mit dem Sie in der Bundesregierung und Landesregierung einträchtig beisammensitzen und mit dem zusammen Sie gemeinsam die Verantwortung tragen, verleugnen, nur um der Kommunistischen Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen. Jedenfalls bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß, wenn Sie wieder einmal durch die Konkurrenz der Kommunistischen Partei nervös werden, die ÖVP nicht gesonnen ist, zur Abreagierung dieser Nervosität den Watschenmann abzugeben (Gelächter, Zwischenrufe!), dem man in der Öffentlichkeit ein paar herunterhaut und hinterher unter vier Augen sagt: Es war nicht so böse gemeint, Du weißt ja, warum das ganze geschieht. Auf diese Methode können wir uns nicht einlassen und wir werden solche Angriffe, wie die des Abg. Stockbauer heute, entsprechend beantworten, ohne Rücksicht darauf . . .

(Abg. Fischer: „Für Sie ist die sozialdemokratische Fraktion der Watschenmann!“) Der liebste sind schon Sie mir! Nun mit dem Landtag vom 4. November und mit der Veröffentlichung der dringlichen Anfrage in der „Neuen Zeit“ am 5. November 1947, ist die Vorgeschichte dieser Sache immer noch nicht aus. Am 4. November kam es zu keiner Erledigung der dringlichen Anfrage und der Artikel in der „Neuen Zeit“ war nur ein Ersatz dafür. Am 14. November 1947 nahm das Schauspiel seinen Fortgang; es erfolgte wiederum nicht die Beantwortung der Anfrage. Besonders groß war damals die Enttäuschung unserer kommunistischen Zweimännerpartei, die sich bestimmt schon wochenlang darauf gefreut hat, ihre bekannten Redewalzen an den Mann zu bringen und sich so nun um diese Hoffnung getäuscht sah. Ihre Enttäuschung war so groß, daß sie die Debatte über den Eisenbahnverkehr in der Oststeiermark, die am 14. November hier abgewickelt wurde, zum Anlasse nahm, uns ihre bekannten Anklagen zu erheben, daß nur unsere englisch-amerikanische Orientierung daran schuld sei, daß wir nicht in Butter, Milch und Honig schwimmen und ganze Kisten voll Anzüge daheim haben. Damals habe ich den Zwischenruf gemacht: „Bevor wir zur KP gehen, frieren wir lieber“ und Abg. Fischer hat seine weiteren Ausführungen dazu benützt, um zu sagen: „Damit bestätigen Sie nur meine offen hier dargelegte Meinung, daß aus politischen Gründen, weil Sie sich nicht zur Ostorientierung bequemen wollen, das Volk hungern muß.“ Ich habe damals auf diese Ausführungen hier nicht ausführlich reagiert, weil der Landtag, verärgert durch Ihre Demagogie, schon in Selbstaflösung begriffen war. Ich stehe nicht an, heute vor einem größeren Zuhörerkreis genauer zu wiederholen, was

ich damals gesagt habe. Bevor wir unsere Weltanschauung preisgeben, unsere Gesinnung ablegen, bevor wir das tun, nehmen wir lieber auf mehrere Jahre hinaus wirtschaftliche Opfer auf uns. Wenn wir die Kohle und die Nahrung damit erkaufen müssen, daß wir alle Bolschewiken werden, verzichten wir lieber darauf, weil wir wissen, daß das Zuckerbrot, das uns vorübergehend geboten wird, sehr bald mit der Peitsche verbunden sein würde und dieses dann verschwinden und bald nur mehr die Peitsche übrigbleiben würde. (Beifall, Händeklatschen rechts.)

Nun zum eigentlichen Inhalt der dringlichen Anfrage und ihrer Beantwortung:

In der gestrigen steirischen Prawda hat der bekannte Ostereier- und Streikschnitzelingenieur Primus Unterweger einen Artikel unter dem Titel: „Steirische Kalorientragödie“ veröffentlicht. In diesem Artikel haut er sich selbst mehrfach Ohrfeigen herunter durch die faustdicken Widersprüche, die darin enthalten sind. Daß er das nicht bemerkt, ist eine Tragödie. Er gibt in diesem Artikel zu, daß die unter alliierterm Druck zustandegewordenen Aufbringungsmengen für die steirische Landwirtschaft zu hoch sind. Er muß wissen, was jedes Schulkind weiß, daß die Dürre, die Mißernte alle Ernteschätzungen über den Haufen geworfen hat. Er selbst schreibt in seinem Artikel, daß er die Aufbringung der 13.000 Tonnen Brotgetreide für unmöglich hält und im gleichen Artikel sagt er, die steirischen Produzenten haben auf die Anordnungen geplüffen. Immer wieder wurde, besonders von den Kommunisten, der Einsatz von fliegenden Kommissionen gefordert. Jetzt hat man dem Einsatz dieser fliegenden Kommissionen einstimmig zugestimmt, und jetzt schreibt der Herr Primus Unterweger wieder, das hätten die Bauern natürlich nur getan, um dem Herrn Machold und der Gewerkschaft einen Schaden zuzufügen. Also, machen wir etwas nicht, dann sind wir Saboteure, machen wir aber das, was sie wollen, dann wollen wir wieder dem Herrn Machold und der Gewerkschaft schaden.

Die Brotgetreideaufbringung funktioniert nach dem Primus Unterwegerschen Gehirn deshalb nicht, weil sie nach seiner Meinung schon im August hätte stattfinden sollen. Jeder Fachmann wird Ihnen sagen, daß die Durchführung der Getreideaufbringung im August eine technische Unmöglichkeit ist. Ganz abgesehen davon, daß dabei Ernte und Drusch auf einen engen Zeitraum zusammengedrängt würden, müßten für die Aufbringung in diesem engen Zeitraum auch die nötigen Druschmöglichkeiten sofort vorhanden sein. Und dazu, Herr Fischer, fehlt uns der nötige Treibstoff, jenes Benzin, das uns von Ihren russischen Freunden aus unseren eigenen österreichischen Erdölquellen so beharrlich vorenthalten wird. Während wir das Getreide nicht dreschen können, weil wir zu wenig Benzin haben, werden riesige Mengen von Benzin aus unseren Ölquellen in die Tschechoslowakei exportiert und wie wir gehört haben, auch in die Schweiz und die Devisen, die für diese Exporte hereinkommen, fließen in die Kassen Ihrer Freunde. Wieviel von diesem Benzin für Propagandafahrten der KPÖ abgezweigt worden ist, werden spätere Feststellungen ergeben.

In dieser Weise ist der ganze Artikel, „Die steirische Kalorientragödie“, zusammengestoppelt vom Herrn Unterweger. „Ja“, heißt es da weiter, „wenn wir den Kommunisten gefolgt hätten, schon vor Jahresfrist, dann gäbe es Kleider, Schuhe und Essen genug“. Nun, dazu ist zu sagen, die Herren Kommunisten sind ein volles Jahr mit einer 33%igen Beteiligung in der Bundesregierung, in der Landesregierung und in allen Gemeinden gesessen mit einem Drittel der Mandatare, obwohl, wie die Wahl dann bewiesen hat, ihnen höchstens 4 bis 5% gebührt hätten. Heute noch sitzen in über 20 Gemeinden in Niederösterreich die Kommunisten mit einem kommunistischen Bürgermeister drinnen, obwohl sie wissen, daß sie in diesen Gemeinden vielleicht 4 bis 5% und heute vielleicht gar keine Stimmen mehr haben würden. Unter dem Schutz einer Besatzungsmacht hätten sie in diesem einen Jahr mit ihren 33% in der Bundesregierung, in der Landesregierung und in den Gemeinden praktisch alles machen können. Kein Mensch hätte sie daran hindern können, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen gut erschienen wären. Was war aber in dieser Zeit, während sie am Ruder waren? Da haben wir 800 bis 900, höchstens 1200 Kalorien gehabt und die Steigerung seither ist ohne ihr Zutun eingetreten. Und wir können auch ohne ihr Zutun weiter aufbauen, nachdem der Herr Altmann aus der Bundesregierung ausgeschieden ist. Und nun etwas Grundsätzliches! Hohes Haus! Die österreichische, besonders aber die steirische Landwirtschaft, die der Zielpunkt der Angriffe immer wieder ist, arbeitet unter ungleich schwierigeren Bedingungen wie die Landwirtschaft in anderen Ländern bzw. Steiermark unter schwierigeren Bedingungen wie die anderen Bundesländer. Es wird z. B. nie davon gesprochen, daß die steirische Landwirtschaft noch im Jahre 1937 12.000 Tonnen Kunstdünger und 75.000 Tonnen Futtermittel aus dem Auslande eingeführt hat. Ein erheblicher Teil der steirischen Ernte war daher nicht das Ergebnis der steirischen Bodens allein, sondern war nur dadurch möglich, daß so große Mengen Dünger und Futtermittel eingeführt wurden. Schon in der Nazizeit hat diese Zufuhr zum Teil aufgehört und jetzt haben wir seit Jahren keine Kunstdünger- und Kraftfutareinfuhr mehr zu verzeichnen. Dann ist Steiermark jenes Bundesland, das die unterschiedlichsten Verhältnisse in der Landwirtschaft überhaupt aufweist. Von der Hochgebirgslage bis zum Weinbau sind alle Varietäten vorhanden. Der Kleinbetrieb überwiegt. Von 77.000 bäuerlichen Betrieben waren 16.000 Betriebe weniger als 2 ha groß, 20.000 im Ausmaß von 2 bis 5 ha und 16.600 Betriebe im Ausmaß von 5 bis 10 ha, zusammenfassend von 77.000 Betrieben haben 52.600 ein Ausmaß von weniger als 10 ha. Das hat zur Folge, daß in Steiermark verhältnismäßig viel mehr Selbstversorger vorhanden sind, als in anderen Bundesländern, wo der Grundbesitz größer ist. Das muß sich auch bei der Aufbringung zwangsläufig auswirken. Das gleiche gilt z. B. für das Milchaufkommen. Auch da sind solche Betriebsverhältnisse weitgehend mitschuldig, daß von Haus aus die Ablieferung nicht so günstig sein kann wie in anderen Bundesländern. 5½% aller landwirtschaftlichen Be-

Oberösterreich 2,6, in Salzburg 2,9, in Kärnten 4 triebe besitzen überhaupt nur 1 Kuh, 4% haben 2 Kühe, 43¼% aller Betriebe verfügen über 3 bis 4 Kühe. 73% des gesamten Viehbestandes, also rund ¾ aller Kühe, befinden sich in ausgesprochenen Klein- und Kleinstbetrieben, wo die Kuh weitgehend auch als Zugtier herangezogen werden muß und dann naturgemäß nicht mehr eine so hohe Milchleistung vollbringen kann, wie unter anderen Verhältnissen. Was ich früher von den Selbstversorgern gesagt habe im Verhältnis zu den anderen Bundesländern, wird durch folgende Ziffern bewiesen: Auf 1 ha Brotgetreide entfallen in Niederösterreich und Wien 2 Selbstversorger, im Burgenland 2,3, in und in Steiermark 5½ Selbstversorger. Was das bedeutet, was da schon wegfällt für die Ernährung der Selbstversorger, ist leicht begreiflich. Auf 1 ha Kartoffelland entfallen in Wien und Niederösterreich 4, im Burgenland 9, in Oberösterreich 8, in Salzburg 9 und in Steiermark 16 Selbstversorger. Sie sehen, das sind betrübliche Verhältnisse, die von vornherein gleich gute Leistungen in allen Bundesländern ausschließen.

Jetzt ein weiteres, Hohes Haus! Ich will darüber hier gar keine Debatte entfachen, aber am Rande muß es erwähnt werden, nämlich die Währungsfrage, die die ganze Zeit hindurch mitgespielt hat. Es kann festgestellt werden, daß bei der ganzen Entwicklung des Preis- und Lohnproblems, insbesondere bei dem Preis- und Lohnübereinkommen vom 12. August d. J. die Landwirtschaft am schlechtesten abgeschnitten hat. Eine genaue Berechnung, die diesbezüglich von der Landwirtschaftskammer angestellt wurde, besagt uns, daß ein Bauer für ein Paar gute Schuhe abliefern mußte: im Jahre 1912 30 Liter Milch, 1937 72 Liter Milch, 1946 125 Liter Milch und jetzt 180 Liter Milch.

Früher bekam er für 6½ kg Lebendgewicht Rind 1 Paar Schuhe, jetzt muß er 37 kg Lebendgewicht Rind abliefern, um dafür 1 Paar Schuhe zu erhalten, früher bekam er für 24 kg Weizen, jetzt bekommt er für 173 kg 1 Paar Schuhe geliefert. Der Lohn eines landwirtschaftlichen Arbeiters betrug, in landwirtschaftliche Produkte umgerechnet, im Frieden 600 Liter Milch, jetzt 2580 Liter Milch. Er betrug im Frieden 480 kg Weizen, jetzt 2480 kg Weizen. Für einen Hufbeschlag waren im Frieden notwendig 20 Liter Milch, jetzt 140 Liter. Man sieht aus diesen paar Vergleichsziffern, und diese lassen sich ins Endlose fortsetzen, daß die Landwirtschaft bei der Preisentwicklung unter die Räder gekommen ist. Das Beispiel von dem abgelieferten Schwein, für das sich der Bauer zum Geburtstag der Frau einen Kanarienvogel kaufen konnte und aus seiner Tasche noch 20 S draufzahlen mußte oder das Beispiel, daß die Wagenschmiere teurer ist wie die Futtermittel oder das Schweineschmalz, das der Bauer abliefern muß, ist heute in aller Munde und beleuchtet den grotesken Zustand der Preise der landwirtschaftlichen Produktion. Nun die Folgerung: Der Bauer, der unter solchen Verhältnissen, zu solchen drückenden Preisen trotzdem willig abgeliefert und seiner Pflicht gegenüber dem Staate und der Allgemeinheit nachkommt, ist wohl der wahre Patriot, der mehr verdient, als daß man fortgesetzt mit Schmähungen und

Pauschalverdächtigungen gegen den ganzen Stand heranrückt. (Zwischenruf links: „Das tut ja niemand!“) Die Wirkung dieser Hetze in der Öffentlichkeit ist: „Alle Bauern liefern nicht ab, weil der Peter Zapfel in Stinkbrunn nicht abgeliefert hat.“ Aber Übeltäter gibt es in jedem Stand und jedem Beruf, auch unter der Arbeiterschaft gibt es solche, die sich passiv verhalten und ihre Pflicht gegenüber dem Volke nicht erfüllen wollen. Trotzdem wird immer wieder auf diesen einen Stand hingehauen, obwohl dort die Übeltäter nicht dichter gesät sind als in anderen Berufsgruppen. Um auf die Preise zurückzukommen: Was würde ein Industriearbeiter sagen, wenn wir ihm heute zumuten wollten, seine Arbeit, die er zu verkaufen hat, denn seine Ware ist seine Arbeit, zu einem derartigen Schundpreis abzugeben, wenn wir ihm zumuten wollten, für ein Fünftel oder ein Zehntel des wahren Wertes zu arbeiten. (Zwischenruf: „Das tut er, er hungert.“) Das tut er nicht! Lieber Herr Kollege Wurm, schauen Sie, natürlich sei zugegeben, daß die Ernährung des Arbeiters nicht ausreichend ist, aber wenn Sie ihm dem Normalverbraucher gegenüberstellen, müssen Sie sagen, daß selbst in diesem Belange für die Handarbeiter getan wird, was möglich ist. Der Normalverbraucher ist schließlich auch ein Mensch, der dieselbe physische Konstitution wie der Schwerarbeiter und der Schwerstarbeiter hat und trotzdem muß er mit 1400—1500 Kalorien das Auslangen finden, der Schwerstarbeiter bekommt 2500 bis 2600, während der Kohlenarbeiter auf 3400 Kalorien kommt. (Abg. Wurm: „6000 würde er brauchen.“) Ich rege mich darüber nicht auf, was würde aber der Arbeiter zu der Zumutung sagen, wenn sein Geldlohn derart gedrückt wäre wie der Geldlohn des Bauern, den er für seine Produktion erhält. Wenn aber der Staat darangeht, diese Verhältnisse zu bessern, wenn er den Versuch macht, den Verkehrswert des Schilling zu heben durch eine vernünftige Währungsreform, sind es dieselben Kommunisten, die sofort eine wüste Hetze gegen die Regierung entfalten und dem Volke weiß zu machen suchen, daß diese Währungsreform nur das Ziel hat, das Volk zu gunsten der Banken auszuplündern. Aber, wir wissen ja, was des Pudels Kern ist. Sicher wird es Schieber und Schleichhändler geben, die Geld in den Taschen haben, das soll nun abgeschöpft werden, aber mehr österreichische Banknoten als bei allen Großschiebern in Österreich befinden sich zweifellos im Besitze einer Besatzungsmacht und wenn man nun eine Propaganda gegen die Währungsreform entfaltet, macht man sich zum Wortführer dieser Besatzungsmacht, die offenbar, das entspricht Ihren Wünschen, die Einwechslung 1:3 für ihre Kassen verhindern will. Wer die Währungsreform bekämpft, ist der Sprecher einer auswärtigen Macht, das ist meine tiefste und ernsteste Überzeugung.

Der Schleichhandel ist heute ebenfalls berührt worden. Nun, wenn ich mich in den Volksgarten setze und dort warte, bis ich angesprochen werde, wird mir wahrscheinlich von den dort versammelten Schleichhändlern nach kurzer Zeit eine Schachtel Sacharin oder 1 kg Butter angeboten werden. Würde ich diesen Schleichhändlern sagen: Ich brauche 2 Waggon Fett oder 10.000 Paar Schuhe, so würde

ich sie wahrscheinlich in peinlichste Verlegenheit bringen, weil sie über solche Mengen nicht verfügen. Die großen Quantitäten an Waren, die sich im Schleichhandel befinden, die stammen aus anderen Quellen. Wir haben beispielsweise seit 4 Monaten keinen Quadratmeter Fensterglas in Steiermark erhalten können. Warum nicht? Weil dieses nur in der Fabrik in Brunn am Gebirge, einem russisch kontrollierten Betrieb erzeugt wird. In Wien können Sie aber zu Überpreisen Glas im Schleichhandel jederzeit erwerben. Es ist nur eine einzige Fabrik in Österreich, der russisch kontrollierte Betrieb Brunn am Gebirge, infolgedessen kann dieses Schleichhandelsglas nur aus diesem Betrieb stammen, das ist eine zwingende Schlußfolgerung. Ebenso ist Blech aus der Hütte Krems im Schleichhandel erhältlich. Wir müssen das Blechwalzwerk Krems aus unserer Steirischen Alpine mit dem Rohmaterial versorgen, aber nur 30% Blech fließt der Wirtschaft zu, während 70% in die russisch kontrollierten Betriebe geht oder direkt nach dem Osten abrollt. Nun werden aber 200 große Industriebetriebe in Niederösterreich und Wien von den Russen kontrolliert. Alle diese Betriebe anerkennen das österreichische Warenverkehrsgesetz nicht, haben keine Erzeugungsmeldungen zu erstatten und die Bevölkerung weiß nicht, was und wieviel dort erzeugt wird und wohin die Erzeugung kommt. Die Vermutung liegt nahe, daß ein beträchtlicher Teil dieser Produktion in den Schleichhandel wandert. Ich kann Ihnen aktenmäßig beweisen, daß mir in meiner Tätigkeit als Handelskammerdirektor schon wiederholt Ware zu Überpreisen, die vermutlich aus diesen Betrieben stammt, angeboten wurde.

Eine zweite Quelle des Schleichhandels sind die unerlaubten Kompensationsgeschäfte, die leider von vielen Betriebsräten und auch Betriebsinhabern der Industrie durchgeführt werden. Bei der Landeshauptleutekonferenz in Wien haben wir erfahren, daß die gesamte österreichische Produktion derzeit nur ausreicht, um pro Österreicher und Jahr 35 cm Wollstoff zu erzeugen, oder, wenn man alle Spinnstoffsorten zusammenrechnet, Kunstseide, Strümpfe und Zellwolle, 1,75 m pro Kopf und Jahr. Daraus folgt: Wenn ich die Wirtschaft noch so sehr unter Polizeikontrolle stelle und wenn ich auch hinter jeden Kaufmann und Gewerbetreibenden zwei Gendarmen aufstelle, dann mache ich aus diesen 35 cm Stoff vielleicht 40 cm oder aus den 175 cm vielleicht 190 cm. Aber daß ich durch diese Polizeimaßnahmen vielleicht erreichen könnte, daß jeder Österreicher jährlich einen oder zwei Anzüge bekommt, das ist ausgeschlossen. Dagegen stört die Bewirtschaftung auf das empfindlichste, daß zahllose unerlaubte Kompensationsgeschäfte gemacht werden. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß z. B. ein Textilarbeiter in Vorarlberg monatlich 4 m Stoff erhält, also 48 m Stoff im Jahr. Er ist natürlich gar nicht in der Lage, das alles für sich verarbeiten zu lassen. Er braucht es auch gar nicht. Diese Ware mündet daher zum Teil in den Schleichhandel. Sie verkürzt natürlich die Sätze, die für die Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehen. Wenn ich für jeden Österreicher nur 1,75 m Textilien im Jahre erzeugen kann, und ich gebe dann einer kleinen Gruppe 48 m pro Person

im Jahr, dann ist die zwangsläufige Folge, daß diese 1-75 m, die für die allgemeine Versorgung zur Verfügung stehen, noch weiter verkürzt werden müssen. Und so ist es auf vielen Gebieten. Gestern wurde mir eine Anzeige zugemittelt, daß ein steirischer Industriebetrieb Maschinen veräußert hat und dafür 1600 kg Sohlenleder für seine Belegschaft außer Kontingent eingetauscht hat. Natürlich wird dieses Leder wieder der allgemeinen Versorgung abgehen. Die Arbeitsgemeinschaft Leder hat bei der Landeshauptleute-Konferenz mitgeteilt, daß das Gesamthäuteaufkommen in Österreich bei äußerster Anspannung der gesamten Produktion nur hinreicht, um 40% der Bevölkerung mit Schuhen innerhalb eines Jahres zu versorgen. Wenn jetzt noch eine große Zahl von Betrieben es erwirkt, daß sie für ihre Belegschaft jährlich ein- oder gar zweimal ein Paar neue Schuhe erhält, dann muß begreiflicherweise die Gesamtversorgung der Bevölkerung neuerlich verkürzt werden. Das ist also eine zweite Quelle der Ungerechtigkeiten und auch des Schleichhandels. Es wurden z. B. Gebirgs-Arbeitsschuhe nur an Forstarbeiter, Landarbeiter und Industriearbeiter ausgegeben. Die Wirtschaftsämter erhalten erst seit kurzer Zeit 10% des schweren Schuhwerkes, eine zeitlang erhielten sie überhaupt keine. Wenn wir daher bei der Tauschzentrale feststellen konnten, daß dort neue Gebirgsarbeitsschuhe umgetauscht werden gegen andere Bedarfsartikel, dann können diese Schuhe nur von solchen Leuten stammen, die sie zu Unrecht ausgefaßt haben.

Nun, Hohes Haus, wenn die Kommunistische Partei in dieser bekannt demagogischen Tonart auf die Landwirtschaft, auf Gewerbe, Handel und Industrie loshaut und dabei in der Auswahl ihrer Mittel nicht verlegen ist, so wundert uns das nicht. Wir sind das von ihr gewöhnt und erwarten von dieser Seite nichts anderes. Es ist der letzte verzweifelte Versuch, die schwindenden Wählermassen bei der Stange zu halten. Die KPÖ hat bei den Betriebsratswahlen gesehen, wie ihr die Felle davonzuschwimmen beginnen und es muß natürlich jedes Mittel angewendet werden, um die völlige Katastrophe dieser Partei, die nach dem Abzug der Alliierten sofort verwirklicht sein wird, hintanzuhalten. Es wundert uns daher von dieser Seite nichts mehr. Aber wir bedauern es, daß auch unsere große Koalitionspartei sich fallweise bemüßigt fühlt, in dasselbe Horn zu blasen. Das war der Fall in dem Artikel des Herrn Abg. Wurm in der „Neuen Zeit“ vom 9. November 1947, betitelt „So steht es wirklich“. Ich behaupte zwar nicht, wie es die „Wahrheit“ getan hat, daß sich der Wurm verkriecht. Diese Behauptung wurde glänzend vom Kollegen widerlegt. Aber ein anderes Sprichwort lautet, „wenn er getreten wird, so krümmt sich der Wurm“. Und wenn uns das noch dazu vom Abg. Wurm geschieht, so empfindet das der Wurm besonders stark und fühlt sich bemüßigt, zu reagieren. Herr Abg., es ist ein starkes Stück, wenn Sie in diesem Artikel folgendes schreiben: „Wir wagen gar nicht die Frage aufzuwerfen, wie es mit der Ablieferung stünde, wenn die Bewohner der Städte und Industriebezirke einzig und allein auf die Maßnahmen der Volkspartei angewiesen wären, die ja

auch gegen Saboteure nicht mit der notwendigen Durchschlagskraft auftreten kann, weil sie ihre Wähler hauptsächlich auf dem Lande hat.“ Mit welchem Recht können Sie eine derartige Behauptung aufstellen? Mit demselben Recht, mit dem Sie glauben, diese Behauptung aufstellen zu können, könnte gefragt werden: Wieviel würde noch in der Industrie gearbeitet werden, wo Sie hauptsächlich Ihre Wählerschichten haben, wenn Sie allein über die Maßnahmen wie Arbeitszeit, Löhne usw. zu beschließen und zu entscheiden hätten? (Zwischenrufe.) Es ist auch unwahr, daß die ÖVP-Bürgermeister es sind, die die Ablieferung sabotieren und verhindern. Wir haben im Gegenteil in einer ganzen Reihe von Fällen festgestellt, daß es gerade Funktionäre des sogenannten „Freien Arbeitsbauernbundes“ sind, die eine negative Propaganda entfaltet haben, zu den Bauern hinausgegangen sind und gesagt haben: „Tuats net z'viel abliefern!“ (Zwischenrufe.) Der Herr Abg. Wurm ereifert sich z. B. in der Zeitung über die schlechte Milchablieferung und erklärt, Saboteure und schlechte Ablieferer müssen an den Pranger gestellt werden. Ja, warum hat er bei dieser Gelegenheit z. B. nicht mitgeteilt, daß der Obmann des freien Arbeitsbauernbundes in Kindberg, Herr Thomas Weißenbacher, von vier Milchkühen, die er hat, in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1947 insgesamt sage und schreibe 195 Liter Milch abgeliefert hat. (Zwischenruf: „Weil er es nicht gewußt hat.“) Da habt Ihr schöne Bauernführer! Ich wiederhole 195 Liter Milch von vier Kühen in neun Monaten. Diese Ablieferung des Herrn Thomas Weißenbacher der SPÖ entspricht einer täglichen Milchleistung einer Kuh von 0.18 Liter Milch.

In dieser Tonart geht es in dem Artikel des Herrn Abg. Wurm weiter. Ich möchte noch eine Kostprobe vorlesen: „Die Sozialisten fordern weiter, daß die geringe Fettausgabe sofort mit der Ausgabe anderer Lebensmittel ausgeglichen werden muß. Sie fordern, daß zusätzlich $\frac{1}{4}$ kg Schweinefleisch pro Kopf und Woche ausgegeben wird.“ Das ist ein wahrer Unsinn, der da steht. Sie haben gefordert und erhalten, nachdem Herr Landeshauptmann Pirchegger auf Grund seiner Beratungen mit Fachleuten verkündet hatte: Ich werde jetzt $\frac{1}{4}$ kg Schweinefleisch ausgeben. Das war also, nachdem Landeshauptmann Pirchegger uns das schon vorher in der Landesregierungssitzung mitgeteilt hatte. (Landesrat Matzner: „Und vorher der Landwirtschaftsminister ihm das aufgetragen hatte.“) Da sind Sie wirklich falsch informiert. Landeshauptmann Pirchegger hat das gewußt, aber der Ernährungsminister Sagmeister der SPÖ hat diese Schweinefleischausgabe gestoppt, eingestellt und die weitere Ausgabe konnte nicht erfolgen, weil sie vom Ernährungsminister Sagmeister inhibiert worden ist. (Landesrat Matzner: „Das stimmt nicht, das ist alles nicht richtig.“) Sagmeister hat das Kontingent genommen, weil die Bauern zu wenig Fett abgeliefert haben und nachliefern mußten. Ja solche Richtigstellungen sind peinlich. Ich bin aber noch nicht fertig. (Abg. Stockbauer: „Ihre Behauptungen sind wurmstichig.“) Gleich kommt der nächste Wurmstich. Wir lesen weiter, Herr Kollege

W u r m: „Unsere Bauern bekommen keine Herde, während genug davon versteckt gehalten werden.“ Da wäre ich wohl vorsichtiger gewesen, Herr Kollege W u r m, bei der Aufstellung dieser Behauptung. Ich könnte Ihnen erzählen, wo die Herde in Steiermark hingekommen sind. Ausgerechnet ein sozialdemokratischer Betriebsinhaber, ein Vertrauensmann Ihrer Partei, hat, wie ich als Chef des Landeswirtschaftsamtes erhoben habe, nicht weniger als 375 Herde und Öfen ohne Bezugschein, also schwarz abgegeben. (Zwischenruf: „Das ist keine Ente und keine Falschmeldung.“) Ich bin bereit, hier in dieser Sitzung die Liste all jener, die diese Herde erhalten haben, samt Adresse und Beruf zur Verfügung zu stellen und auch den Betriebsinhaber. Wenn Sie schreiben: Die Bauern bekommen keine Herde, weil sie versteckt gehalten werden, wie Sie meinen von der ÖVP, setzen Sie nächstes Mal auch dazu, wer diese Herde schwarz und ohne Bezugschein an den Mann gebracht hat. (Abg. Dr. S p e c k: „Meinen Sie die Affäre Garms?“ „Er redet immer gerne von etwas anderen.“) Daher lautet meine Empfehlung, meine Herren: Sehen Sie nicht immer nur den Sparren im Auge des andern, kehren Sie auch vor Ihrer eigenen Türe und übersehen Sie nicht den beachtlichen Balken, der in Ihren eigenen Augen mühelos aufzufinden ist.

Darüber hinaus möchte ich abschließend folgendes sagen und dieser Appell richtet sich besonders an die sozialdemokratische Partei: Schauen Sie, eine wahre Demokratie kann auf die Dauer nur bestehen bleiben, wenn sie vom gegenseitigen Vertrauen derer getragen ist, die wirklich die Verantwortung tragen müssen und übernommen haben und das sind in Österreich die beiden großen Parteien, die SPÖ und die ÖVP. Wir haben anlässlich der Budgetdebatte im heurigen Frühjahr in diesem Hause hier — ich war es selbst, der das getan hat — die Erklärung abgegeben, daß wir Ihnen, meine Herren von der sozialdemokratischen Fraktion voll und ganz den guten Willen zumuten und zubilligen, wirklich Ihr Bestes für Österreich zu wollen, wenn Sie es auch naturgemäß infolge Ihrer anderartigen Weltanschauung nicht immer auf dem Wege erreichen wollen, den wir billigen. Unsere Wege und Mittel sind verschieden. Aber grundsätzlich habe ich damals erklärt, haben auch wir die Überzeugung, Sie wollen das Beste für Österreich, Sie wollen es nur auf einem anderen Weg erreichen. Wir können aber, wenn wir diese Gesinnung in uns tragen, auch von Ihnen verlangen, daß Sie uns diesen guten Glauben zubilligen und daß Sie von demselben Vertrauen getragen sind und daher unterlassen wir es, der kommunistischen Partei zuliebe, den anderen als Watschenmann herzunehmen. Wozu war dieses ganze demagogische Theater mit dem Artikel in der „Neuen Zeit“ und der dringlichen Anfrage und der Verschiebung und Nichtverschiebung notwendig? Haben wir es im Bewußtsein unserer Stärke notwendig, uns gegenseitig etwas vorzumachen? Das würde bedeuten, daß wir uns vor der Inflationspartei, dieser Zweimannpartei hier fürchten. Das ist aber keineswegs der Fall. Die werden, wenn wir zusammenhalten und einträchtig für Österreich arbeiten, um so sicherer hinunterschwimmen. Daher,

meine Herren (Zwischenruf Abg. F i s c h e r), kann ich voll und ganz unterschreiben, was Landeshauptmannstellvertreter M a c h o l d am Schlusse seiner Ausführungen gesagt hat: Betrachten wir uns als schicksalsverschworene Eidgenossenschaft, tun wir alles, was wir können, um unser Vaterland zu retten und kämpfen wir gemeinsam gegen den Geist, der stets verneint, immer nur das Negative hervorkehrt und auf seinen krummen Wegen uns in Elend bringen will. (Beifall, lebhaftes Bravorufe.)

Abg. P r a b l: Hohes Haus! Heute wurde schon sehr viel über unsere Ernährungslage und die Aufbringung der landwirtschaftlichen Produkte gesprochen. Aber eines ist scheinbar übersehen worden und da will ich jenes Wort herausgreifen, daß hier gefallen ist, daß es manchem Menschen besser geht, nämlich jenem, der auf dem Felde steht und im Stalle sitzt. Meine Herren, mit dem allein ist es auch nicht getan, denn diese Menschen werden arbeiten müssen, aber wirklich arbeiten müssen. Da sie nun von allen beneidet werden, weil es ihnen besser geht, fragt es sich, warum drängen sich heute dann nicht mehr zu dieser Arbeit, wenn es ihnen besser geht? Wir wissen doch alle, daß die Landwirtschaft heute sehr an dem Mangel an Arbeitskräften leidet. Wenn dieser Übelstand behoben wird, wenn unsere jungen Leute hinausgehen und sich beim Bauern einstellen, dann kann auch mehr erzeugt werden und wird auf der anderen Seite weniger verbraucht. Dann wird das erreicht, was wir wollen, eine richtige und gute Ernährung im ganzen Lande der Bevölkerung zu bieten.

Nun gibt es auch andere Fragen, die sehr von Bedeutung sind. Insbesondere Abg. S t o c k b a u e r hat sie angeschnitten und sie sollen nicht unwidersprochen bleiben.

Er hat Gebiete genannt, wie z. B. das Arnfelser Gebiet, das in der Milchleistung so weit zurückgeblieben ist. Es ist dies ein Gebiet, wo, wie Dr. I l l i g schon betont hat, ein paar Kleinbauern, zum Großteil aber Weinbauern und Winzer sitzen mit einer zahlreichen Familie, und da kann nicht viel abfallen. Das summiert sich in diesem Gebiet, so daß die paar ablieferungskräftigen Besitzer nicht mehr in die Waage fallen. Der Herr Abg. S t o c k b a u e r hat noch ein Gebiet genannt, wo ich zu Hause bin und noch dazu meine eigene Gemeinde, wo ich selbst Bürgermeister bin und ich scheue mich nicht zu sagen, daß es in dieser Gemeinde sehr schlecht war heuer im Sommer — ich will gar nicht von der großen Dürre sprechen — denn meine kleine Gemeinde Schwabau ist eine kriegsbeschädigte Gemeinde. Wenn ich einen Ausschnitt aus meinem Besitz gebe, so muß ich sagen, daß ich 1945 meinen gesamten Viehbestand bis auf 1 Pferd, darunter 6 Kühe, verloren habe, so geht es vielen Besitzern in meinem Gebiete. Was ich jetzt dazu gekauft habe, das ist schlechtes Material. Es wäre ja auch ein Bauer dumm, wenn er sein bestes Vieh hergeben würde. Ich habe selbst schon 4 Kühe wegen schlechter Milchleistung ausstoßen müssen und ich habe mich immer bemüht, bessere hereinzubekommen, was mir jedoch bis jetzt noch nicht gelungen ist. So stehen die Dinge, wenn man ihnen auf den Grund geht und sagt, warum es so ist. Bezüglich des Lieferwillens möchte ich dem Hohen

Hause mitteilen, wenn hier einige genannt worden sind, die schlechte Milchlieferer sind, dafür haben sie aber auf einem anderen Sektor ihre Pflicht getan. Und nun wieder ein Ausschnitt aus meinem Besitz. Ich habe 9 Selbstversorger im Hause und bei meinem kleinen Grund habe ich 495 kg Fleischumlage vorgeschrieben erhalten, aber dadurch, daß ich so viel schlechtes Vieh abstoßen mußte, habe ich meine Umlage um mehr als 100% überstiegen. Im Bezirk Radkersburg ist die gesamte Ablieferung seit dem 9. November folgende :

An Brotgetreide wurden abgeliefert 40% und ich kann sagen, daß da nicht viel mehr wird herauskommen. Wir haben uns immer bemüht, an der entsprechenden Stelle klarzumachen, daß durch die Trockenheit nicht mehr herausgebracht werden kann. An Hafer wurden abgeliefert 59% der Vorschreibung. Dies läuft aber noch. Mais wurde abgeliefert 80%, Kartoffel 94%, Hülsenfrüchte 109% der Vorschreibung. Ich glaube, wenn wir auch bei der Milch zurückgeblieben sind, was wohl auf die Kriegsschäden zurückzuführen ist, haben wir dafür in anderen Sparten unsere Pflicht erfüllt. Es ist wirklich schwer, Hoher Landtag, heute Bauer zu sein und noch viel schwerer, wenn man in einer verantwortungsvollen Funktion steht und Bürgermeister oder Abgeordneter ist oder sonst irgendwie mit der Aufbringung zu tun hat. Wenn von manchen gewissenlosen Subjekten immer wieder gestichelt wird, dann ist es kein Wunder, wenn einem einmal die Geduld ausgeht und einmal einer sagt, wenn die andern immer streiken, dann wird der Bauer eben auch einmal versuchen zu streiken. Noch dazu, wenn das einem Bauern passiert, der jeder Kontrolle standhält, der immer seine Pflicht getan hat, in Versammlungen immer wieder die Leute aufgefordert hat, ihre Pflicht zu erfüllen, dann ist es wohl nicht am Platze, daß dieser Mann öffentlich angegriffen wird. Hoher Landtag! Viel wird gejammert über die mangelhafte Fettversorgung. Da will ich Ihnen auch einige Ziffern vorlegen. Ich habe hier schon vorgelesen, was wir sonst an Futtermitteln abliefern müssen im Gegensatz zu 1936 oder 1937. Ich war damals Kammerobmann in meinem Bezirk. Dorthin wurden, obwohl wir ein Maisanbaugesbiet sind, noch 105 Waggon Mais eingeführt und ich kann Ihnen Betriebe nennen, die 100 Schweine auf einmal im Jahre abgestoßen haben. Das war damals sehr leicht. Heute, wo die Futtermittel, Kartoffeln und Mais, die zur Ernährung des Menschen dienen, den Schweinen entzogen werden, da ist es nicht möglich, daß mit einer reichlicheren Fettablieferrung gerechnet wird. Im Gegenteil, sie wird noch zurückgehen, wenn das so weitergeht. So schaut es also aus.

Darum möchte ich, Hoher Landtag, an alle den Appell richten, tragen wir die Lasten miteinander, gehen wir nicht aufeinander mit unrichtigen Ziffern los, das allein kann uns dienen. Der Bauer hat ja keinen Achtstundentag, er muß im Sommer arbeiten von 4 Uhr früh bis 9 oder 10 Uhr in der Nacht. Daß der öfters seinen Magen füllen muß, ist selbstverständlich, denn er macht ja 2 Arbeitsschichten gegenüber anderen. Ich möchte daher noch einmal einen Appell richten dahingehend, daß Sie auch auf Ihre Leute in den Fabriken einwirken — viele wissen

ja ohnedies noch genau, wie es beim Vater daheim aussieht — sie sollen wieder zurückgeführt werden. Denn wenn mehr gute und willige Arbeitskräfte draußen sind auf dem Land, dann wird die Landwirtschaft mehr erzeugen können. Gleichzeitig werden in der Stadt weniger Verbraucher und so wird es uns allen miteinander besser gehen. (Beifall.)

Präsident : Ich erteile dem Abg. Pölzl das Wort.

Abg. Pölzl : Hoher Landtag! So viel auch heute schon geredet wurde, so sehr vermisse ich, daß unmittelbar auf die vor uns liegende zwingende Frage eingegangen wird. Nämlich auf die Frage, wie wird es möglich sein in der nächsten Zeit die Rationssätze in der Steiermark so zu gestalten, daß sie auch ganz erfüllt werden oder mindestens so annähernd erfüllt werden, wie das heute in Wien der Fall ist. In den Versorgungsperioden vom 6. Jänner bis zum 9. November, also in den letzten 11 Versorgungsperioden, hat der Normalverbraucher in der Steiermark im Verhältnis zu dem gewiß nicht gut versorgten Bundesland Wien um 56.000 Kalorien weniger erhalten, das kommt bei dem heutigen Kaloriensatz einer Ernährung für 36 Tage gleich. Der Schwerarbeiter, von dem der Herr Landesrat Illig gesagt hat, daß er relativ gut versorgt sei, hat in den letzten 11 Perioden in der Steiermark um 108.000 Kalorien weniger erhalten als der Schwerarbeiter in Wien. Das kommt einer Ernährung für 38½ Tage gleich.

Man kann also sagen, daß die Fehlmengen, die für den steirischen Versorgungsberechtigten insgesamt in den letzten 11 Versorgungsperioden aufscheinen, so groß sind, daß man die steirischen Versorgungsberechtigten 5 Wochen hindurch ernähren könnte. Was bedeutet das für den Arbeiter, für den Angestellten, was bedeutet das für den Werk tätigen, der auf die aufgerufenen Kalorien angewiesen ist? Es bedeutet einen außerordentlichen Druck auf das Realeinkommen. Es ist natürlich klar, daß der Arbeiter, der für den Normalverbraucher — und er hat in seiner Familie 1, 2 auch 3 Normalverbraucher — bei einer Fettration von 7 dkg in der Woche, daß er sowohl wie der Angestellte versuchen muß, nach anderen Auskunfts Mitteln zu suchen. Wenn viel über den Rucksackverkehr geschimpft wird, so ist es natürlich klar, daß der Rucksackverkehr viel geringer wäre, wenn die Rationen in der Stadt nach den in Österreich geltenden Kaloriensätzen tatsächlich erfüllt würden. Sollte aber ein Arbeiter, ein Angestellter, ein Kartenbezieher in der Stadt sich die Lebensmittel, die ihm zustehen, die er in den letzten 11 Perioden nicht erhalten hat, im Schleichhandel verschaffen, muß er dafür 200 S ausgeben, wenn er eine vierköpfige Familie hat. (Zwischenruf: „Herr Kollege, Sie sind sehr genau orientiert.“) Das bedeutet eine Steigerung der Lebenshaltung um 200 S pro Monat. Das leuchtet auch ohne weiteres ein, wenn man in Betracht zieht, daß der Angestellte in den letzten 11 Versorgungsperioden im Verhältnis zu Wien um 2305 Gramm Fett zu wenig erhalten hat. Das bedeutet, wenn er sich nur das Fett am schwarzen Markt kaufen will, er 350 S auszugeben hätte. Da der Arbeiter um 3005 Gramm in diesen 11 Versorgungsperioden weniger erhalten hat, würde

das bedeuten, daß er auf dem schwarzen Markt 450 S ausgeben muß. Der Schwerarbeiter, der um 4165 Gramm weniger erhalten hat als der Schwerarbeiter in Wien, müßte 625 S zusätzlich aufwenden, wenn er sich diese Fettmenge vom Schwarzen Markt beschaffen würde. Es ist klar, wenn die Unterversorgung der steirischen Arbeiter und Angestellten weiterhin so anhält, daß der Gewerkschaftsbund gezwungen sein wird, diese Unterversorgung auf die Weise auszugleichen, daß er Lohnforderungen stellt, die den Arbeiter und Angestellten befähigen, sich die Kalorien, die ihm nach dem offiziellen Kalorien-satz zustehen, am schwarzen Markt zu beschaffen. Es wird vielfach behauptet, daß die Liefervorschreibungen in der Steiermark viel zu hoch sind. Mag sein! Es ist sehr schwer, sich hier ein objektives Bild zu verschaffen, da der Landwirtschaftsminister der ÖVP angehört und auf dem Standpunkt steht, daß die Lieferungsvorschreibungen für Steiermark ohne weiteres erfüllbar sind. Es fällt allerdings eines auf, daß auch in Steiermark die Ablieferungsergebnisse in den verschiedenen Gebieten außerordentlich verschieden sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß bei der Milchlieferei Graz und Umgebung als das Anfallsgebiet von Graz, das der Grazer Milchhof zu bewältigen hat, das Milchablieferungskontingent in den ersten 9 Monaten zu 93%, im Bezirk Hartberg aber nur zu 50% des Kontingentes erfüllt wurde. Gabersdorf, Hartberg, Hirnsdorf hatten 22.500 Kühe im September 1946 und haben dort 34 Liter Milch pro Kuh abgeliefert, im September 1947 nur noch 25 Liter pro Kuh. Groß-Graz im September 1946 45 Liter pro Kuh, im September 1947 43 Liter pro Kuh. Man sieht, hier in Graz ist auch ein kleiner Rückgang, aber er macht nur 7% aus, während er in manchen Gebieten 30 bis 33% ausmacht im Gegensatz zu den Vorschreibungen, die für 1947 eine bescheidene Erhöhung der Milchlieferungen vorgesehen haben. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat gesagt, wir haben eine durchschnittliche Ablieferung pro Kuh und Tag von 1.15 Liter Milch. Es läßt sich nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß 1944 während der Kriegszeit die Ablieferung pro Kuh 2½ Liter betragen hat. Es läßt sich nicht bestreiten, daß sie zeitweise im Kriege noch viel höher gewesen ist. Es steht also fest, daß sich ein Teil und leider kein sehr geringer Teil der Bauernschaft, und hier sind sehr viele der größeren unter ihnen, bereits in einem Dauerstreik befindet und es gar nicht notwendig ist, daß sie noch einen Streik proklamieren. Wenn man in Betracht zieht, daß 1944 im September 18.000.000 Liter bei 230.000 Kühen abgeliefert wurden, so ist das eine Milchleistung pro Kuh von 78 Litern im Monat. Im Jahre 1945 war die Leistung pro Kuh 37½ Liter im Monat, im Jahre 1946 43½ Liter, im September 1947 37½ Liter und gegenwärtig im Oktober ist die Milchleistung pro Kuh weit unter dem Stande von 1945 zurückgegangen, das heißt, wir können feststellen, daß die Ablieferungsverhältnisse sich gegenüber dem schlechtesten Monate 1945, woher die Ergebnisse stammen, gerechnet im Verhältnis zu heute, außerordentlich verschlechtert haben. Die Milchaufbringung im Oktober 1947 liegt unter dem Niveau des Oktobers 1945. Wir haben durch un-

seren Vertreter im Landes-Versorgungsausschuß im April dieses Jahres, also damals, als die Kuh noch nicht aus dem Stall war, als es noch nicht zu spät war, Vorschläge gemacht, wie man die Milchaufbringung verbessern könnte. Ing. Unterweger, der so sehr geschmäht wurde von Landesrat Illig, hat vernünftige Vorschläge gemacht und wenn die beiden großen Parteien richtig hingehorcht hätten, würden sie diese positiven Vorschläge zur Kenntnis genommen haben, würde es heute in der Steiermark keine so brennende Fettkrise geben. Er schrieb am 16. April in der „Wahrheit“ und hat am nächsten Tage im Landes-Versorgungsausschuß verlangt, daß selbst bei Berücksichtigung der schlechten Futterlage gegenüber 1944 es möglich ist, die durchschnittliche jährliche Milchablieferung pro Kuh und Tag von 1.15 Liter um 50% zu steigern, ohne daß damit der Satz von 1944 von 2.30 Liter erreicht und den Bauern wehgetan würde. Das würde für 1947 eine Gesamtaufbringung von 140.000.000 Liter Milch bei einer Mehraufbringung von 46.000.000 Liter Milch bedeuten.

Was tun nun unsere verantwortlichen Aufbringungs- und Verteilungsinstanzen, um eine Mehraufbringung sicherzustellen? Nichts! Sie haben auch nichts getan, denn wir wissen, daß die Milchaufbringung nicht nur nicht steigt, sondern weiterhin zurückgegangen ist. Sie schreiben z. B. für das Jahr 1947 eine Milchaufbringung von rund 108.5 Millionen Kilogramm vor, das bedeutet eine Steigerung von 14 Millionen Kilogramm gegen 1946. Es gibt jedoch noch keinen Plan, wie diese geringe Mehraufbringung durchgesetzt werden soll und heute zweifeln bereits die mit der Verteilung betrauten Stellen an der tatsächlichen Durchführungsmöglichkeit dieser Milchmehraufbringung. Das war im April 1947. Wird der Bankrott dann offenbar, dann schreibt man Bauernnotopfer aus. Dann gehen die Behörden auf das Land, belasten die Kleinen wie die Großen mit gleich großen Notopfern und flüstern dem Kleinen, den man dabei ausplündert, nebenbei ins Ohr: Bedank Dich bei den Städtern, bei den Sozialisten und Kommunisten, die sind es ja, die immer mehr haben wollen, die hetzen Dir die fliegenden Kommissionen auf den Hals. Daß die regierungstreuen Großbauern von solchen Kommissionen rechtzeitig Wind bekommen, dafür sorgen schon ihre Parteifreunde, die Bürgermeister. In den Städten wird als Weisheit letzter Sinn die Krankenmilch gekürzt. Es wurde ja bereits vorgeschlagen, die tägliche Krankenmilch-zuteilung in Steiermark von 18.000 auf 10.000 Liter zu reduzieren. Sie wissen genau, daß in den letzten Wochen auch das Achtelliter Milch für den Normalverbraucher ebenfalls gestrichen wurde. Ing. Unterweger hat damals weiter festgestellt, daß wir Kommunisten die einzigen sind, die gegen diese Politik der Herzensträgheit, der Gedankenarmut und oft der bewußten Sabotage konsequent kämpfen. Er hat weiters vorgeschlagen, was zu tun wäre und schreibt: „Wir müssen Milchablieferungsvorschreibungen erlassen, die festlegen, daß der Großkühehalter, der nicht sein Haupteinkommen aus der Milchwirtschaft zieht, mit einer höheren Ablieferungsmenge pro Kuh und Tag belastet wird, als der kleine Bauer mit wenig Kühen. Die Vorschreibung muß je

nach Kuhzahl progressiv sein. Ein diesbezüglicher Schlüssel ist durch Fachleute zu erstellen. Dieser Schlüssel muß für die verschiedenen Lieferbezirke der Steiermark natürlich variiert werden und elastisch sein. Selbst in ein und demselben Ort muß differenziert werden. Das heißt, die Vorschreibung muß bei Wahrung der Progressivität individuell sein.

Heute entscheiden noch immer die Bezirkskammern und die Bürgermeister und die Ortsbauernräte, wie und durch wen das vorgeschriebene Ablieferungskontingent aufgebracht werden soll. Die individuelle Ablieferungsvorschreibung, wenn sie überhaupt gehandhabt wird, ist Ermessenssache der Dorfgewaltigen. Diese von mir vorgeschlagene individuelle und progressive Vorschreibung muß Sache der Bezirks- und Ortsversorgungsausschüsse sein. Hier hat die lebendige Demokratie sich zu bewähren. Aktiviert die Ortsversorgungsausschüsse, mit ihnen steht und fällt jede demokratische Ernährungspolitik! Weiters sind vom Landes- bis zum Ortsversorgungsausschuß Vollzugsarbeitsbüros notwendig. Ich habe sie wiederholt gefordert. Sie haben diese Tätigkeit der Versorgungsausschüsse zu leiten. Die Vorschreibungen, durch die Orts- und Bezirksversorgungsausschüsse erlassen, müssen in allen Gemeinden und Bezirken öffentlich angeschlagen werden. Der letzte Dorfbewohner muß in die Vorschreibungspraxis der Ortsversorgungsausschüsse Einblick haben. Diese Forderung der Kommunisten ist zutiefst demokratisch, ist sozial und, wird sie mit der nötigen Energie durchgesetzt, geeignet, entscheidend unsere Milchsituation zu verbessern. Aber, werter Landtag, was vom Mai bis zum Oktober versäumt wurde in der Frage der Milchaufbringung, wird man nun im November, Dezember, Jänner und Februar gewiß nicht nachholen können. Das wissen Sie alle ganz genau. Das weiß sowohl die ÖVP als auch die SPÖ. Es steht aber auch fest, das mit der Verantwortung für dieses Versäumnis, das den ganzen Sommer hindurch feststellbar war, die gesamte Landesregierung zu belasten ist. Es ist richtig, das Ernährungsreferat wird von Landeshauptmann Pirchegger geführt. Aber in der Landesregierung sind ja 5 Mitglieder der ÖVP und 4 Mitglieder der SPÖ und was hat z. B. die SPÖ getan, wenn schon die ÖVP in dieser wichtigen Frage versagt hat, um in den entscheidenden Monaten des Jahres dafür zu sorgen, daß sich die Milchaufbringung bessert? Ich habe nichts davon gehört, daß sie irgendwie konkret an diese Frage herangetreten wäre und versucht hätte, sie einer Lösung zuzuführen. Heute sagt der Abg. Stockbauer, der Landeshauptmannstellvertreter Machold wird nun die Initiative ergreifen und nach dem Rechten sehen und alles, was bis jetzt versäumt wurde, nachholen. Ich glaube, daß sich das, was auf dem Gebiet der Aufbringung versäumt wurde und wofür die gesamte Landesregierung verantwortlich ist, ganz bestimmt in den letzten zwei Monaten des Jahres nicht wird nachholen lassen und sich auch schwer auf die gesamte Versorgungslage in der Steiermark auswirken wird.

Bezüglich der Versorgung mit Brot hat der Kollege, der vor mir gesprochen hat, bereits darauf hingewiesen, daß die Aufbringung in seinem Bezirk un-

gefähr die Hälfte der Vorschreibung betragen wird. Die Hälfte der Vorschreibung, wenn wir sie auf ganz Steiermark ausdehnen, so sind das 6½ Tausend Tonnen Getreide. Ich fürchte, daß selbst diese 6½ Tausend Tonnen in Frage gestellt sind, aber wir können das nicht wegdiskutieren, — und da wir von Dingen reden, wie von der Verschlechterung der Böden oder vom Mangel an Arbeitskräften — daß 6½ Tausend Tonnen oder rund 6000 Tonnen nur ½ dessen sind, was im Krieg aufgebracht wurde. Es ist jedenfalls zu erwarten, daß die Vorschreibung zur Hälfte oder kaum zur Hälfte erfüllt werden wird. Wenn man in Betracht zieht, daß im Jahre 1936 2400 Kalorien durchschnittlich, gesehen auf den Kopf der Bevölkerung, aus der Eigenerzeugung aufgebracht wurden, dann kann man natürlich verstehen, daß Kritik an der Aufbringung des eigenen Landes geübt wird. Es ist ganz klar, daß wir heute nicht 2400 Kalorien pro Kopf aus der eigenen Erzeugung aufbringen können, aber es wäre durchaus vorstellbar, daß 1800 Kalorien im Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung aufgerufen werden könnten. Ich glaube, wenn man heute auf den Plakaten zu lesen bekommt, daß 60% der österreichischen Versorgung durch amerikanische Geschenke hereinkommen und wenn diese Plakate herausgegeben wurden von der österreichischen Staatsdruckerei, daß das kein ehrendes Zeugnis für die österreichische Regierung oder für irgend eine Landesregierung, auch nicht für die steirische, ist. (Landesrat Doktor Illig: „Plakate über russische Geschenke haben wir leider noch nicht drucken können!“) Es gibt aber auch Geschenke, die hereinkommen aus dem Ausland und die dazu benützt werden, um Betriebsratswahlen zu organisieren und sind auch solche Geschenke bekannt. Anlässlich der Betriebsratswahlen in der Obersteiermark hat dies die Sozialistische Partei verstanden, um ihre Wahlerfolge zu organisieren oder besser gesagt, um arme, verhungerte Menschen hinters Licht zu führen. Es wurden nämlich aus diesem Anlasse 10.000 Rationspakete zur Wahlmache in der Obersteiermark ausgegeben; in Donawitz gegen 5000, in Seegraben, in Kapfenberg. Es stellt sich heraus, wenn Betriebsratswahlen kommen, dann sind Lebensmittel irgendwie aufzutreiben. (Landesrat Dr. Illig: „Und bei den Rationspaketen ist die kommunistische Gesinnung sofort zum Teufel gegangen, die war wohl nicht sehr tief verankert!“) Die 10.000 Rationspakete, die in der Steiermark ausgegeben wurden von der Sozialdemokratischen Partei, um eine Wahlbeeinflussung durchzuführen, diese 10.000 Rationspakete, das muß man wirklich fragen — woher sind sie gekommen? Wir gönnen den Arbeitern ohne Zweifel diese Pakete und würden ihnen wünschen, daß die sozialdemokratischen Versprechungen, die dort anlässlich des Wahltages gemacht worden sind von sozialdemokratischen Jugendlichen, die durch die Straßen gezogen sind und gesagt haben: „Wählt sozialdemokratisch, dann kriegt Ihr jede Woche ein Rationspaket“, daß diese Versprechen in Erfüllung gehen. Eines steht fest, daß jeder verantwortliche Funktionär im Lande das Recht hat, zu fragen, woher kommen diese Rationspakete zur Wahlmache? Woher hat der Ernährungsminister diese Pakete genommen, um sie der sozial-

demokratischen Partei zuzuschancen? Ist das der Fall, dann ist das eine Schiebung und haben Sie die Pakete direkt bekommen, na ja, würde man sich auch nicht wundern. Ich kann mir vorstellen, daß die Beziehungen der Sozialdemokratischen Partei zu jenen, in deren Land die Pakete erzeugt werden, made in USA, so gut sind und daß von dort aus anlässlich der Wahlmache für die Beeinflussung der Betriebsratswahlen diese Pakete zur Verfügung gestellt wurden.

Die Steiermärkische Landesregierung hat vom Gesichtspunkte der steiermärkischen Konsumenten in der Ernährungsfrage vollkommen versagt. Es ist das sowohl die ÖVP als auch die SPÖ. Sie können sich das ganze Ergebnis 5:4 teilen. Es gibt für die Steiermärkische Landesregierung immer dann, wenn sich ein Mangel ergibt, wenn nicht genügend Lebensmittel da sind, um die Rationen zu erfüllen, eine dritte Möglichkeit, nämlich die, einfach im steiermärkischen Versorgungsbereiche die Rationssätze zu kürzen. Wir Kommunisten stehen in der Frage der Lebensmittelversorgung der steiermärkischen Verbraucher auf dem Standpunkt, daß es Pflicht der Steiermärkischen Landesregierung wäre, entweder das, was das Landwirtschaftsministerium als aufbringbar vorschreibt, aufzubringen, wenn sie aber dazu nicht fähig ist oder wenn diese reale Möglichkeit nicht besteht, nämlich wenn der Aufbringungsplan nicht real ist, bei der Bundesregierung entsprechende Schritte zu unternehmen und wenn notwendig, beim Alliierten Rat zu erwirken, daß dieser Aufbringungsplan real erstellt wird. Die Steiermärkische Landesregierung hat zu wenig, in vielen Dingen sogar garnichts getan, um diesen Weg zu beschreiten; sie hat sich die Sache sehr leicht und einfach gemacht, sie setzt einfach die Rationssätze für die steiermärkischen Verbraucher herunter. Nun hat der Ernährungsminister angekündigt, ab 10. November 1947 gibt es in ganz Österreich für die Normalverbraucher 1700 Kalorien, insbesondere gibt es diese durch Erhöhung der Fettration. Ich glaube, der steiermärkische Versorgungsberechtigte wäre glücklich, wenn das nicht nur ein Versprechen wäre, ein papierenes Versprechen, wie wir es so häufig von den verantwortlichen Funktionären der österreichischen Bundesregierung zu hören bekommen. Einmal ist es der Bundeskanzler, dann der Ernährungsminister, Tatsache ist aber, daß die steiermärkischen Normalverbraucher auf die 92 dkg Fett pro Versorgungsperiode, das ist ab 10. November 1947 gerechnet, immer noch warten und Tatsache ist, daß die steiermärkischen Versorgungsberechtigten, die Normalverbraucher wie die übrigen Verbraucher, erwarten, daß sowohl in dieser Versorgungsperiode als auch in der nächsten, die allerdings in die Weihnachtsfeiertage hineinfällt, diese 92 dkg Fett, die vom Ernährungsminister versprochen sind, tatsächlich zur Ausgabe gelangen. Verantwortlich hierfür ist das Ernährungsministerium und die gesamte Bundesregierung und die Steiermärkische Landesregierung. Weiters erwarten die steiermärkischen Versorgungsberechtigten, daß der Zucker

in dieser Periode nun endlich zur Ausgabe gelangt und daß in Zukunft solche Versäumnisse, wie wir sie in dieser Periode mit dem Zucker erleben müssen, nicht mehr vorkommen. Es wurde veröffentlicht, daß an Stelle des Fettmankos, das entstanden ist in den letzten zehn Wochen, um dieses teilweise abzudecken, viermal 25 dkg Schweinefleisch ausgegeben werden. Ich glaube, auch hier muß sich die Steiermärkische Landesregierung entsprechend einsetzen, damit die zweite Hälfte dieses Versprechens, nämlich zweimal 25 dkg Schweinefleisch, erfüllt wird und dieses Schweinefleisch tatsächlich zur Ausgabe gelangt. Weihnachten wird heuer für viele Werktätige ein sehr wenig erfreuliches Fest sein. Wir fallen heuer zu Weihnachten in die Währungsmanipulationen hinein und das Geld wird in den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten sehr knapp sein. Es wird sehr viel davon abhängen, ob die Landesregierung, ob die Bundesregierung dafür sorgen werden, daß die Kaloriensätze auch in der Steiermark nicht nur versprochen sondern erfüllt werden. Das werktätige Volk hat ein Recht, zu verlangen, daß an Stelle einer Politik des Versprechens und des Betrugens, eine Politik der Erfüllung dieser Versprechen tritt.

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landesrat Krainer das Wort.

Landesrat Krainer: Hohes Haus! Wir haben heute einen bedeutungsvollen Gedenktag. Vor zwei Jahren hat das österreichische Volk in freier Wahl seine Volksvertreter gewählt, vor zwei Jahren hat in Österreich die Demokratie ihre eigentliche Geburtsstätte gefunden, vor zwei Jahren haben viele Menschen gehofft, es würde in Kürze besser werden, weil Österreich durch die Wahl gezeigt hat, daß es willig und fähig ist, demokratisch zu denken und zu handeln. Das Volk war der Meinung, daß durch diesen Beweis der ordnungsmäßigen Abführung der Wahlen, der Bestellung des Parlamentes und der Landtage Österreich nun endlich frei werden wird. Wir können nach zwei Jahren feststellen, daß wir die Freiheit noch immer nicht erkämpft haben, daß wir immer noch besetztes Land sind und daß wir Schwierigkeiten auf allen Gebieten des Lebens täglich begegnen, auf dem Gebiete der Ernährung oder Beschaffung von notwendigen Kleidungsstücken oder sonstigen Waren, die jeder Haushalt brauchen würde.

Die Bevölkerung fragt sich, weshalb? Es versuchen die einen zu behaupten, die andern seien schuld, es denkt aber niemand daran, daß wir durch den Krieg, der so unerhörte Werte vernichtete, bettelarm geworden sind. Es ist außer Zweifel, daß Lebensmittel auf der ganzen Welt rar geworden sind, daß z. B. das Agrarland Rumänien, das von den Kommunisten regiert wird, hungert, daß sich sogar die reiche Tschechoslowakei, die noch vor einem Jahr in Hülle und Fülle Lebensmittel hatte, in Schwierigkeiten befindet usw. Wir wissen, daß auf der ganzen Welt weniger Lebensmittel erzeugt werden, weniger vor allem an Getreide und es wird noch einige Jahre andauern, daß weniger erzeugt wird, auch bei uns, nicht nur anderwo. Es ist eine Tatsache. Wenn auch der Herr Abg. Pölzl oder

durch einen Zuruf der Herr Abg. Fischer behauptet haben, daß während des Kriegs mehr geliefert wurde als heute, so muß ich doch sagen, solange unsere Viehbestände von Tag zu Tag geringer werden, das Vieh also fehlt, das uns den Dünger bringt, solange wir keinen Kunstdünger erhalten, solange wird es nicht mehr sondern nur weniger an Lebensmitteln geben. Wir sind heute nicht in der Lage, unseren Kühen zusätzliche Futtermittel zu bieten wie z. B. Ölkuchen. Es ist bekannt, daß ich mit einem Kilo Ölkuchen pro Tag die Milchleistung um 3 Liter pro Kuh und Tag steigern könnte. Das alles steht uns nicht zur Verfügung. Es stehen uns auch die nötigen Arbeitskräfte nicht zur Verfügung. Es ist eine bekannte Tatsache, daß wir 85.000 landwirtschaftliche Arbeiter in Österreich verloren haben. Sie vergleichen die Jahre 1946/47 mit den Jahren 1943 und 1944. Ja, mit Gestapo-Methoden, mit KZ-Androhungen hat man freilich mehr herausgeholt. Man hat damals aber auch mehr erzeugt. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, — Sie sind allerdings damals nicht bei uns gewesen, wir sind ja hier geblieben — daß damals noch und noch Rinder hereinkamen vom Osten oder Südosten, was weiß ich woher, gute, brauchbare Kühe und daß noch und noch Futtermittel in der Kriegszeit hereingekommen sind. Diese Futtermittel und dieses Vieh haben dazu beigetragen, mehr zu erzeugen. Heute haben wir das nicht zur Verfügung. Wir sind auf uns selbst angewiesen. Wir haben heute keine Kunstdüngerzuschüsse, es fehlt somit die Grundlage der Bodenverbesserung, es fehlen die Futtermittel, es fehlt an allem, weil wir arm geworden sind, weil wir einen Krieg hinter uns haben, der uns so arm gemacht hat. Sie wollen dafür uns, wollen die Landesregierung, die SPÖ verantwortlich machen. Ich stelle fest, die Verantwortlichen in der steiermärkischen Ernährungswirtschaft haben ihr Bestes getan. Es mögen da und dort Fehler vorkommen und wenn der Herr Abg. Stockbauer Beispiele aufzeigt, daß dieser und jener Bürgermeister oder der Bauer selbst ihre Pflichten nicht erfüllt haben, oder daß ihn eine fliegende Kommission erreicht hat, bitte, wenn er ein Spitzbube war, decken wir ihn nicht. Aber bitte nicht zu verallgemeinern. (Zwischenruf Abg. Stockbauer: „Tun wir auch nicht!“) Denken Sie einmal darüber nach, unter welchen schwierigen Verhältnissen die steirischen Bauern ihre Pflicht erfüllen. Es muß einmal erklärt werden, unter welchen Umständen sie ihre Produkte verkaufen müssen. Und sie geben trotzdem ab. Trotzdem wir wissen, daß uns die Gestehungskosten für den Liter Milch auf 91 Groschen bis auf 1 S kommen, verkaufen wir die Milch um 50 Groschen. Wir wissen, daß bei vielen Produkten die Gestehungskosten den Verkaufspreis übersteigen. Ich halte es jedenfalls für notwendig, immer wieder an die Landbevölkerung zu appellieren, daß Hunger weh tut und daß er auch tatsächlich in der Stadt vorhanden ist und daß wir daher als Landwirte unsere Pflicht zu erfüllen haben. Wenn z. B. angeführt wird, daß da und dort Versager zu verzeichnen sind, bitte, wir sind ja dazu da, diese Versager in Ordnung zu bringen. Allerdings eines ist entscheidend wichtig: in der Ernährungswirtschaft darf es keine Politik geben. Man bemüht sich von kommunistischer

und auch von der sozialistischen Seite, die Ernährungsfrage, die Ablieferungspflicht auf die politische Ebene zu schieben. Ganz falsch! Wenn heute z. B. ein Bürgermeister angegriffen wird, so bedenken Sie, er hat so schon die undankbarste Aufgabe, die man sich vorstellen kann. Tag für Tag ist der Bürgermeister mit nichts anderem als mit der Ernährung beschäftigt und von jedem wird er als der Mann betrachtet, der ihm Unrecht tut und der ihm zuviel vorgeschrieben hat. Und wenn nun versucht wird, den einen gegen den anderen auszuspielen, so ist das nicht richtig. Ich bin kein „Großer“, aber ich muß es zur Ehre der paar „Großen“ feststellen, dort funktioniert die Milchaufbringung. Wir bekommen dort pro Kuh und Tag 6 Liter herein. (Zwischenruf Abg. Pölzl: „Aber Graz und Südsteiermark!“) Es ist daher nicht zweckmäßig, immer den einen gegen den anderen auszuspielen, es schafft nur Ärger und Unruhe, wenn man glauben machen will, daß die Vorschreibungen nicht ordnungsgemäß erfolgen. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat ja jetzt Gelegenheit, nachzusehen, ob die Vorschreibung richtig ist, ob die „Großen“ genau so wie die „Kleinen“ davon betroffen sind. Wenn auf der anderen Seite behauptet wird, die Bürgermeister wissen schon, sich auszugleichen, so sagen Sie mir so einen Fall, ich bin bereit, den Bürgermeister zur Ordnung zu rufen. Sagen Sie mir den Fall und sagen Sie nicht, die Bürgermeister im allgemeinen werden schon dafür sorgen, daß die „Kleinen“ zum Handkuß kommen und daß die „Großen“ nichts abzuliefern brauchen. Ich habe Ihnen bereits aufgezeigt, unter welchen schwierigen Verhältnissen wir auf dem Lande produzieren. Es ist ganz falsch, davon irgendwie abzuleiten, die Südsteiermark sei ein schlechter Milchlieferant, weil die Obersteiermark eine höhere Milchablieferung zustande bringt. Auch Graz ist dafür kein Beispiel! Graz war, so lange wir denken können, u. zw. die Umgebung von Graz, immer ein Milchlieferant und die Kleinbauern in der Nähe von Graz waren schon immer darauf eingestellt, ihre Milch nach der Stadt zu liefern. Aber wer hat jemals gehört, daß in Radkersburg oder in dessen Umgebung Milch produziert wurde! Wenn Sie nun nebenbei bemerken, daß dort der private Molkereibesitzer schuld sei, daß so wenig abgeliefert wird, oder daß etwas auf den schwarzen Markt kommt, so glaube ich das nicht, denn der Herr Hofstätter z. B., Molkereibesitzer und SPÖ-Bürgermeister von Arnfels, ein durchaus ehrenwerter Mann übrigens, wird sich kaum als Schleichhändler und Schieber betätigen.

Ich will damit nur sagen, es ist besser, wir geben uns nicht auf die Ebene der Verdächtigungen und Behauptungen, die den Anschein erwecken, es seien doch alle irgendwie Spitzbuben. Nehmen Sie zur Kenntnis, daß der größte Teil der Bauernschaft willig ihre Pflicht tut, der größte Teil der Bauernschaft hat erkannt, daß die Lage nicht nur gespannt, sondern daß es Verpflichtung ist, dafür zu sorgen, daß die Städter ihre Lebensmittel bekommen. Sie haben immer wieder gesagt, der Landwirtschaftsminister, der auch der ÖVP angehört, behauptet, 13.000 t müßten abgeliefert werden und die steiermärkische Landesregierung behauptet, wir können

nicht 13.000 t abliefern. Glauben Sie, daß wir nicht wirklich froh wären, 13.000 t, ja 20.000 t und 25.000 t liefern zu können, ja glauben Sie, daß es angenehm ist, jeden Tag zu sehen und zu hören, daß es dort und da fehlt? Wir sind aber trotz besten Willens einfach nicht in der Lage, das aufzubringen, nicht, weil wir nicht wollen. Wir können nicht dafür, daß wir Dürre hatten, daß wir Rost hatten, daß wir niedergeschlagenes Korn hatten, daß die Ernte in ihrer Ergiebigkeit 50 und mehr Prozent gegenüber dem Vorjahre zurücksteht. (Abg. Pölzl: „Die Konsumenten können auch nichts dafür!“) Das weiß ich, Herr Kollege Pölzl, bleiben wir aber auf dem Boden der Tatsachen. Schieben wir uns wenigstens nicht gegenseitig die Schuld in die Schuhe. Was nicht hier ist, kann nicht geliefert werden, eine Tatsache, die der Alliierten Rat nicht zur Kenntnis genommen hat, trotzdem er eine Kommission entsendet hat und trotzdem die Herren alle gesagt haben, wir sehen alles ein. Den Rost, den kleinen Kern, die Lagerfeuchte, die Auswinterung haben alle gesehen und festgestellt, daß es für Steiermark unmöglich ist, mehr zu liefern. In Wien haben sie aber dann erklärt: Selbstverständlich kann man liefern. Der Bericht war gerade das Gegenteil von dem, was die Herren hier unseren Herren gegenüber behauptet haben. Sie haben sich überzeugt, haben selbst Erdäpfel in Feldbach ausgegraben. (Abg. Pölzl: „Die beiden Landeshauptleute haben am 12. September 1947 die Aufbringung dieser Kontingente unterschrieben!“) Richtig! Sie haben gesagt, sie werden sich anstrengen. Wir werden uns auch anstrengen. Es kann uns ja nur angenehm sein, wenn wir mehr als 13.000 t Brötgetreide aufbringen können. Wenn ich aber die Wirklichkeit betrachte und weiß, daß die Bauern, die restlos ihre Pflicht erfüllt haben, nicht mehr als 50, 60 oder 80 Prozent aufbringen, weiß ich auch, daß diese 13.000 t nicht aufgebracht werden können, weil bei guter Ernte im Vorjahre nur 11.500 t aufgebracht wurden. Der Landwirtschaftsminister weiß, daß der Kern schlecht war, daß wir Rost, Auswinterung, Lagerfeuchte hatten, aber es wurde ihm vom Alliierten Rat gesagt, das müsse aufgebracht werden. Man kann dem Alliierten Rat nicht den größten Vorwurf machen. Das amerikanische Element bringt uns tatsächlich Lebensmittel, sonst wären wir schon längst verhungert, — Herr Kollege Pölzl, Sie brauchen nicht zu lachen, Sie haben uns das Getreide, das fehlt und das Fett nicht gebracht! Wir sind den Amerikanern dankbar dafür! Daß sie sich, weil sie geben, auch stark zeigen und sagen, das und jenes müsse geschehen, ist unter Umständen selbstverständlich. Wir werden uns anstrengen, aber trotz allen Ausschüssen und fliegenden Kommissionen wird es nicht möglich sein, diesen Teil des Getreides aufzubringen. Wir haben Vorsorge zu treffen und das haben wir schon, bevor Kollege Pölzl uns den Rat gegeben hat, weil wir als verantwortungsbewußte Männer uns klar sein mußten, das sei nicht zu meistern auf die Dauer, da müsse Vorsorge getroffen werden. Wir gehen nicht den Weg der Kürzung oder wollen ihn nicht gehen, wir wollen beweisen, daß in Steiermark so und so viel Tonnen aufzubringen sind, aufgebracht sind und dann wird Herr Landeshauptmann Pirch-

egger oder Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold wiederum nach Wien fahren und nicht nur zur Österreichischen Regierung, sondern auch zum Alliierten Rat gehen und wird sagen: Wir haben uns angestrengt, wir haben die Bauern mehr als gerupft, ihnen mehr weggenommen, als sie selbst als Selbstversorger Anspruch hätten. Wir haben eine Reihe von Bauern, die nicht das notwendige Brotgetreide zur Verfügung haben, das läßt sich jederzeit leicht durch fliegende Kommissionen feststellen. Trotzdem beansprucht er keine Brotkarte, er sieht ein, daß auch er sich den Riemen enger schnüren muß. Der Bauer bekommt keine Handwerker, keine Tagelöhner. Wenn er sie bekommt, muß er diese, ob sie die Schwerarbeiterkarte haben oder nicht, verpflegen. Das sind zusätzliche Ablieferungsquoten des Bauern, damit er seinen Betrieb aufrechterhalten kann.

Hier muß man auch gerechter Weise sagen, wir müssen zusammenhalten, daß auch die Zustände, die untragbar sind für die einzelnen Bauernwirtschaften, abgestellt werden. Wir wissen genau, daß die Bauern beispielsweise voriges Jahr zu 70% ihr Schlachtkontingent, auf das sie Anspruch hatten, nicht erfüllt haben, weil sie die Schweine nicht hatten, aber gefordert werden wohl die 25 dkg Schweinefleisch von den einzelnen Bauern, wenn es möglich ist. (Zwischenruf: „235.000 Stück Schweine wurden voriges Jahr geschlachtet!“) Bei 350.000 Selbstversorgern; Jedes Putscherl, das der Beergarbeiter abgeschlachtet hat, war auch dabei. Das ist unmöglich, ein untragbares Maß, daß jedes Putscherl mitverrechnet werden kann. Hier liegt eine falsche Schlussfolgerung aus der Statistik vor. Wir haben doch eine Masse von Kleinbesitzern. Das weiß jeder Mensch und es ist mir jedenfalls bekannt, daß in der Weststeiermark und auch in der Obersteiermark jeder, der einen kleinen landwirtschaftlichen Besitz hat, ein Schweindl füttert. Dann bringt man Zahlen und glaubt, damit könne man alles schaffen. Es hat schon der Herr Landeshauptmann festgestellt, daß wir nur 60% des Friedensstandes an Schweinen haben, ich weiß nicht, ob bei aller Anstrengung dann noch einmal 25 dkg für jeden Normalverbraucher herauskommen. 90.000 Schweine sollen wir nach Wien liefern, 82.000 sind abgeliefert worden, wiewohl wir nur 60% des Friedensstandes haben. Obwohl wir also den Schweinebestand weiter restringiert haben, sind 82.000 Schweine auf den Markt gebracht worden. Vor 1938 war das keine Kunst, weil die Futter- und Getreidemittel aus Jugoslawien und Rumänien eingeführt wurden. Aber heute bei Gras und ein wenig Getreide und ein paar schlechten Kartoffeln ist die Schweinemast keine einfache Angelegenheit. Mit 1 Jahr hat heute das Schwein 60—70 kg und haben soll es 150 kg in normalen Zeiten. Ich muß es überhaupt merkwürdig finden, daß sich alle um die Ernährungswirtschaft und den Bauern kümmern, die auch keine Ahnung haben, wie eigentlich der Vorgang ist.

Uns Landwirten wird es nicht einfallen, uns in andere Sachen einzumischen, aber über die Ernährung spricht jeder, über den Bauern und das, was er leisten soll und kann, glaubt jeder sprechen zu können. Aber niemand spricht von der Landarbeit,

vom 16-Studentag und es gibt kaum jemanden, der bei dieser Arbeit dem Bauern helfen will, obwohl es diesem angeblich so gut geht und er in Milch und Honig badet. Schauen Sie, es werden immer wieder Beispiele aufgezeigt, die ein falsches Licht auf die wirklichen Verhältnisse werfen. Wenn gesagt wird, der oder jener Bezirkshauptmann hat einen Anspruch getan, der beweist, daß er nicht gewillt ist, abzuliefern, aufzubringen usw. noch dazu, wenn das gesagt wird von einem Mann, der wie kaum ein anderer gleich auf einen Schlag 159 Besitzer gestraft hat, weil sie beispielsweise die Viehzählung nicht ordnungsgemäß durchgeführt haben, so ist das bestimmt ungerecht. In keinem anderen Bezirk war das so. Und weil er in der Aufregung vielleicht ein oder das andere scharfe Wort fallen ließ — was ja übrigens kein Wunder ist, denn einmal kommt der und einmal der Bürgermeister und jeder verlangt und fordert — so wird das gleich so ausgelegt, als ob er die Ernährung sabotieren wolle. Ich bin überzeugt, daß Hofrat Knieli sein Bestes tut. Ich bin ja selbst Bürgermeister und weiß, wie energisch und scharf er die Bürgermeister unter die Lupe nimmt und von ihnen immer wieder verlangt, daß sie leisten sollen und nichts als leisten sollen.

Eine Tendenz, die heute aufgeschienen hat beim Kollegen Pölzl, müssen wir zurückweisen. Ich habe den Eindruck gehabt, er fühlt sich sehr daheim am Schwarzen Markt, denn er verlangt Lohnforderungen, damit der Schwarze Markt beschickt werden kann. Gegen diese Tendenz müssen wir uns zur Wehr setzen. Im Gegenteil, es ist unsere Aufgabe, die Hamsterer so viel wie möglich wegzuhalten vom Bauern. Schauen Sie, wie leicht man in Versuchung kommt, wenn man für den Liter Milch 50 Groschen bekommt und dann kommt jemand und sagt, geben Sie mir nur einen Liter, ich gebe Ihnen 5 Schilling dafür. Oder: Geben Sie mir dieses Henderl, Sie bekommen von mir dafür 50 Schilling. Wie leicht kommt der Bauer da in Versuchung. Man soll den Bauern, der ja heute auf normalem Weg für seine Produkte weniger bekommt, als sie ihm selbst kosten, durch solche Leute nicht in Versuchung bringen. Trachten wir, daß auch der Bauer seinen verdienten Lohn erhält, dann wird er sich auch den einen oder anderen Arbeiter halten können, der ihm heute zu kostspielig kommt und wird dadurch mehr produzieren können. Ich glaube, wenn wir in dieser Richtung arbeiten würden, würden wir auch die vielen Schwierigkeiten beseitigen können.

Ich bin mit der Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold weitgehend und fast in allen Punkten einverstanden, er hat sich wirklich bemüht, objektiv zu dieser Frage Stellung zu nehmen, es ist ihm gelungen, klar herauszuschälen, wo Fehler liegen, wo zugegriffen werden muß, was möglich und was nicht möglich ist. Es wurde nichts versprochen, denn es kann ja auch nichts versprochen werden, als der gute Wille, wirklich zuzugreifen und sich zu bemühen, was nur möglich ist, aus dem eigenen Land herauszuholen. Wenn dagegen der Herr Kollege Stockbauer sagt: „es muß doch möglich sein, diese 13.000 t Brotgetreide ohne weiteres aufzubringen“, so hat er den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Machold nicht gehört,

der ja mitgeteilt hat, daß auch die Brotgetreideanbaufläche um mehr als 5000 ha geringer geworden ist, u. zw. aus der Tatsache heraus, weil nicht die notwendigen Arbeitskräfte vorhanden sind, um diese Flächen zu bewirtschaften. Wenn einer aufgezeigt wird, der seinen Grund und Boden nicht bearbeitet, so wird es schon Mittel und Wege geben, diesen Mann zur Arbeit zu bringen, aber leider reißt sich niemand um die Landarbeit, das ist eine traurige Tatsache.

Bemühen wir uns also alles in allem, wirklich unsere hohe Pflicht zu erfüllen, der steirischen Bevölkerung zu geben, damit die Ernährung einige Erleichterungen erfährt. Ich bin überzeugt, wenn wir alle von dem Willen beseelt sind, alles nur überhaupt mögliche zu tun und zu leisten, daß wir dann doch die eine oder andere Schwierigkeit überwinden können. Wenn wir auch nicht alles beseitigen können, so müssen wir doch den Mut haben, uns auch rechtzeitig zusammzusetzen und jetzt schon Vorsorge zu treffen, daß dann nicht auf einmal am Schluß einer Periode eine größere Lücke entsteht und müssen wirklich genau überprüfen, wo wir noch etwas abzwacken können. Ich mache niemand einen Vorwurf, aber eines ist Tatsache: der Bauer hat heute z. B. jährlich einen Anspruch auf vierzig Kilo Fleisch, der Bergarbeiter auf 56 kg. Es hat also der Bauer, der Erzeuger selbst, weniger Anspruch. Es ist wahr, der andere hat eine noch schwierigere Arbeit zu leisten, er muß unter Tag arbeiten usw. (Zwischenruf: „Der Bergarbeiter konsumiert aber nicht alles selbst!“) Auch der Bauer konsumiert es nicht, denn wenn jemand kommt, ist er gastfreundlich, er gibt auch dem Handwerker, weil er anders gar keinen bekommt, er gibt seinen Verwandten in der Stadt, und ich glaube nicht, Kollege Pölzl, daß Sie so gut aussehen würden, wenn Sie nicht auch Bekannte oder Verwandte auf dem Lande hätten! (Heiterkeit.) Jedenfalls gibt der Bauer auch ab.

Ich stelle nun nochmals ausdrücklich fest, wir müssen uns bemühen, einen Plan zu finden, daß wir wirklich einmal zu einer geordneten Ernährungswirtschaft kommen und wir werden uns bemühen müssen, weiterhin alle die Mittel, die notwendig sind, um eine erhöhte Produktion bei der Landwirtschaft zu erreichen, zur Verfügung zu stellen, wie z. B. Kunstdünger, Ölkuchen usw. Wir könnten dann selbst unser Fett erzeugen, wir könnten die Erträge bis um $\frac{1}{2}$ steigern und so werden wir langsam eine geregelte Ernährungswirtschaft in der Steiermark erreichen. (Beifall, Händeklatschen rechts.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Ponsold. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ponsold: Hohes Haus! Ich hätte meinen Schnabel nicht gewetzt, wenn es nicht dauernd so gegen die Bauern ginge. Und die Ernährungsgeschichte ist eben eine Bauerngeschichte. Gut gemeint hat es heute ja gewiß ein jeder Redner. Wir stehen eben heute alle in einer solchen Situation da, wo wir immer täglich uns den Kopf zerbrechen und uns anstrengen und schauen müssen, wie wir da durchkommen. Aber ein Gebiet hat noch keiner berührt und gerade dieses Gebiet ist sehr wichtig. Schauen

Sie, wieviel sind denn überhaupt noch Bauern? Das hat heut noch keiner gefragt! Denn schauen Sie, eine Kuh kann nie so viel melken, wie zwei oder drei. Genau so ist es bei den Bauern. Früher, kurz vor Adolf Hitler, sind wir Bauern gewesen 36% in Österreich, dann später, in der Nazizeit waren wir noch 25% und das ist bis heute noch gesunken. Früher, vor dem ersten Weltkrieg, waren wir über 40% und noch früher in den 90iger Jahren um 64% herum. Wo sind die Leute heute? Schauen Sie hinaus nach Mariatrost, wo es früher große Felder gegeben hat, da sind heute Villenviertel. Überall leben Menschen und wieviel Grund ist da verbaut worden. Von dem spricht kein Mensch, daß Hitler allein bei uns in der Steiermark 50.000 ha verwurstelt hat. Schauen Sie hinunter ins Grazer Feld, wieviel Häuser sind da? Haus an Haus steht da, Mensch an Mensch. Grund gibt doch nur dann etwas her, wenn gearbeitet wird. Menschen gehören dazu, die das verstehen und die nötige Geduld haben. Da ist der Hebel anzusetzen. Da hört keiner etwas. Es wird immer herum geredet. Wenn nur die Reden etwas helfen würden! Daran denkt kein Mensch, daß heute niemand mehr beim Bauern bleiben will. Wir haben in Wien, Graz und Innsbruck 3 Universitäten und 4000 weibliche Studenten, die Philosophie studieren. Stellt Euch nun vor, welchen Schwierigkeiten die nun gegenüberstehen, wenn sie ausstudiert haben! Ich möchte wissen, wo das kleine Österreich die unterbringen soll? Vielleicht kriegen 2000 einen Mann. (Heiterkeit.) Sehen Sie, so schaut die ganze Geschichte praktisch in Wirklichkeit aus. Wenn ich nun 2000 Kuhmensch habe, die bringe ich in 8 Tagen an. (Helles Gelächter und Heiterkeit im Hause.) In den Versammlungen wird ja immer gejammert, daß der Bauer keine Kuhdirnen hat, oft nur ein Mutterl, das schon 60—70 Jahre alt ist. Auch bei Bauernkindern müssen wir leider vielfach feststellen, daß sie der Bauernsache den Rücken kehren und an dem leiden wir alle. Es ist schon so: Heute will jeder mit dem Autobus herumfahren und wenn Sie da so zuhören, da sagt die eine Schülerin zur andern: Was wirst Du? Ich werde was Besseres, weil ich in die Hauptschule gehe! Sie will daher nicht mehr am Land arbeiten.

Landeshauptmannstellvertreter Machold hat uns bestimmt ein Exposé zu hören gegeben, daß wir nur alle unterschreiben können. Es wurden auch die fliegenden Kommissionen erwähnt. Ich bin sogar mit einer fliegenden Kommission selbst mitgeflogen, und zwar mit wunderbarem Erfolg. Das war die reinste Hungerleiderkommission, nicht ein Krügerl Most haben wir gekriegt. (Heiterkeit.) Aber abgesehen von dem, ich bin auch im Bezirksausschuß, wir kommen da ganz gut aus, die Konsumenten und Produzenten. Ich muß sagen, der Weizer Bezirk ist nicht der schlechteste, da gibt es noch ein bißchen Gemütlichkeit. Da bin ich recht scharf hineingefahren bei der Schweineaufbringung. Gegen die Teichalpe zu, wo nichts Gescheites wächst, müssen sie 26 Putscherln liefern. In unserem Bezirksaufbringungsausschuß ist es sehr strenge bei der Aufbringung zugegangen. Die Kommission ist von Haus zu Haus gegangen und wo sie ein Ferkel gesehen hat, hat sie gesagt: Du mußt auch eines hergeben!

Aber trotzdem war es unmöglich, 26 Stück aufzubringen. Telephongespräche sind gekommen, der Bürgermeister und der Versorgungsausschuß werden eingeschaltet, wenn nicht die 26 Fadeln herkommen, wird eine Liste hinausgeschickt. Ich habe auch eines vorgeschrieben gekriegt. Sie haben sogar einem Bauern ein Fadel vorgeschrieben, der schon 3 Jahre keines mehr hat. Ein Rückstand an Fleischlieferung wurde auch vorgeschrieben, sie werden aber nichts anfinden wie den Saustall, den können sie ausbrennen, dann werden kaum Graupen übrigbleiben. Unten ist es etwas besser, wo aber wirklich etwas wächst, da fahren sie nicht hin, aber dafür zum Gebirgsbauern, der wirklich nichts hat, dem wollen sie das bisserl, das er zum Leben hat, noch nehmen. Schlecht schauts bei den Bauern aus, wo sie im ganzen Haus oft nur ein Paar Schuhe haben und dies für 4 Leute. Wenn die zur Kirche gehen wollen, müssen sie das abwechselnd besorgen, weil sie eben nur das eine Paar Schuhe haben, sonst nur Holzschlappen, Gulatschen. Ich meine, es wäre Zeit, daß wir uns mit dem Gedanken befassen, wann und wie können wir das ändern? Wenn man Wunder wirken könnte, so würde ich heute eines erwirken. Diese Sache muß geändert werden. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß die landwirtschaftliche Produktion gehoben werden kann und da muß in erster Linie das jetzt begonnene Währungsproblem tadellos durchgeführt werden. Es wird viel aus der Welt geschaffen werden, wenn diese Sache gelingt und so durchgeführt wird, wie sie geplant ist, wenn sie auch jedem Menschen Opfer auferlegt. Dann werden wir wieder zu geordneten Geldverhältnissen kommen! Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist eine wirkliche Preisangleichung, dann geht die Geschichte ihren Gang. Wenn das richtige Geld da ist, angleichen und zwar so, daß der Bauer auch drauskommt! Er wird dann wieder etwas herausbringen und vielleicht gibt es dann wieder einen Kaiser-Josef-Platz, wo es Sachen genug und auch Milch gibt.

Die Wetterkatastrophen haben uns aber auch arg mitgespielt. Es wurde schon wiederholt bemerkt, daß die Kleinbauern — und die haben wir am meisten in Steiermark — die Kühe einspannen müssen. Wenn die Kuh davon eine schlechte Ernährung hat, gibt sie weniger Milch, denn jede Kuh gibt Milch durchs Maul. Wenn man ihr eine gute Ernährung gibt, dann gibt sie auch dementsprechend Milch, sonst bringt man nichts aus ihr heraus. Jede Kuh gibt, wie schon gesagt, Milch durchs Maul, man muß ihr richtiges Futter geben und sie richtig pflegen und auch richtig melken, dann leistet sie etwas. Nun, wie steht es da mit dem Großgrundbesitz? Wenn der Großgrundbesitzer etwas versteht, geht's ja gut, aber meistens sind sie große Herren, haben studiert, ein langjähriges Studium hinter sich, Philosophie oder die unentdeckten Wissenschaften, aber von seiner Wirtschaft versteht er oft nichts. (Gelächter.)

Was uns die Bauern immer vorhalten, ist, daß sie nichts kriegen an Schühen usw. Es wird auch wieder einmal kommen, das ist klar. Wenn die Währungsgeschichte vorbei ist, vielleicht kommt dann was heraus. Ich bin dafür, daß es dann sobald wie möglich etwas freier zugehen soll in der Bewirtschaftung,

denn der Bauer ist ein freier Mensch, er will möglichst wenig Beschränkung und auf der anderen Seite muß man ihm Gelegenheit geben, etwas zu verdienen. Aber heute ist es so, daß der Bauer sagt, wenn das so weitergeht, verliert er alles. Schauen Sie, auch die Arbeiter würden sich wehren, wenn einer kommt und ihnen alle Maschinen wegnimmt. Genau so sagt der Bauer, das Vieh ist ja unser Brot und ihr könnt uns nicht das letzte Vieh wegnehmen, denn ohne Vieh haben wir keinen Dünger und so wächst nichts. Darum möchte ich Euch bitten, sind wir einig, vertragen wir uns gegenseitig, halten wir zusammen, denn Menschen sind wir ja alle. Jeder muß essen, wir sind eben schon einmal so geschaffen. Bei Menschen geht's eben menschlich her. Ich richte daher einen Apell, einig zu sein, denn Einigkeit macht stark und mit der Einigkeit werden wir auch diese schweren Zeiten überwinden. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Fischer das Wort.

Abg. Fischer: Hoher Landtag! Wenn man so ruhig die ganze Diskussion des heutigen Landtages verfolgt hat, so muß man sagen, daß man letzten Endes auf das tiefste beunruhigt sein muß. Man muß den Eindruck gewinnen, daß hier sehr viel geredet wurde für draußen, für die Straße, daß hier aber sehr wenig wirklich ernste und gute Absicht vorhanden ist, daß es hier sehr stark an einem wirklichen Willen fehlt, an den heutigen Verhältnissen etwas zu ändern. Der Herr Landesrat Krainer hat erwähnt, daß heute sozusagen ein Gedenktag ist, daß heute vor zwei Jahren die Wahlen stattgefunden haben, daß heißt, daß seit zwei Jahren sowohl in der Landes- als auch in der Bundesregierung die beiden großen Parteien die Verantwortung übernommen und nicht nur das, sondern auch große Programme gemacht und große Versprechungen gegeben haben. Und wenn wir die Verhältnisse von heute betrachten, dann müssen wir schon sagen, daß diese Programme und diese Versprechungen nicht eingehalten wurden. Ich will mich jetzt nicht verbreitern über solche Versprechungen, man hat ja damals gesagt, die Verstaatlichung werde sehr rasch durchgeführt, ferner war es der Herr Bundeskanzler Dr. Figl selbst, der versprochen hat, er werde ein neues Österreich schaffen, ein fortschrittliches Österreich usw. Aus all dem ist bis jetzt nichts geworden, alles ist leeres Gerede gewesen. Ich meine, daß die Tatsache, daß wir wieder unmittelbar vor einem Hungerwinter stehen, die verantwortlichen Männer dazu bewegen müßte, ernsthaft zu prüfen, was wir hier eigentlich schlecht gemacht haben, woran es eigentlich liegt und wieso es kommt, daß wir nach zwei Jahren schwerster Arbeit der Bauern und der Arbeiter heute noch nicht weiter sind. (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Weil ein Großteil der Produktion ohne Bezahlung nach dem Osten abwandert!“) Es ist mir nicht bekannt, daß von den steirischen Produkten irgend etwas nach dem Osten abgeht. (Dr. Illig: „Ach so, Sie wissen nicht, daß die Elektro-Walzstrecke im Werte von 20 Millionen Mark abmontiert wurde. Reden wir doch ruhig auch davon.“) Das war schon

bevor Sie die Regierung ergriffen haben. (Dr. Illig: „Das fehlt uns aber heute!“) Ja reden wir auch davon, daß schließlich in der gleichen Zeit, als die Walzstrecke nach Osten ging, die Nazi-Armeen nach Westen abgingen und wir frei geworden sind. (Gelächter.) (Dr. Illig: „Sie sind ja gar keine österreichische Partei, Sie sind ja eine Auslandsorganisation!“) Sehen Sie, ich habe niemanden angegriffen, niemanden beschimpft und niemanden verdächtigt. Ich habe nur davon gesprochen, daß es zutiefst beunruhigend ist, wenn der Landtag zusammentritt, um nach allgemeiner Meinung das seine dazu beizutragen — und wer anders als der Landtag ist dazu berufen, die Ernährungslage, die katastrophale Ernährungslage in Steiermark zu bessern — wenn wir da nichts davon gehört haben, wo liegt eigentlich der Fehler, was müssen wir besser machen, sondern daß wir nur sehr sonderbare Programme gehört haben. Ich darf wohl das Programm wiederholen, das Herr Landesrat Illig in einer vollendeten Weise zum besten gegeben hat. Das Programm hat gelautet: „Wozu ist es notwendig, sich im Landtag über Ernährungsfragen zu unterhalten, die Sozialisten wissen sowieso, was los ist, wir wissen auch, was los ist, wozu ist es dann notwendig, hier aufzutreten und uns gegenseitig ein Sündenregister vorzuhalten? Die anderen sollen lieber still sein, denn wir haben noch ein längeres Sündenregister, das wir ihnen vorhalten können.“ Und, meine lieben Freunde, es war die Schlußfolgerung von Dr. Illig: Reden wir lieber nicht in der Öffentlichkeit von Fehlern und Gebrechen, sondern setzen wir uns zusammen und schimpfen wir gemeinsam auf die Kommunisten und auf die Russen, damit die Leute weniger davon reden, was wir schlecht gemacht haben. Das war das Programm des Herrn Landesrates Illig. Vorher hat noch kein Kommunist gesprochen gehabt, angegriffen wurde die ÖVP von einem Kollegen der Sozialistischen Partei. Darüber hat sich Herr Landesrat Illig, wie es seine Art ist, mit einer Handbewegung hinweggesetzt und ist dazu übergegangen, an Stelle des Brotes, das er nicht geben kann und will, dafür der Bevölkerung das Schauspiel einer Kommunisten- und Russenhetze zu geben. (Landesrat Dr. Illig: „Das ist ja eine Unverschämtheit!“) Davon wird niemand satt. Der Herr Landesrat Illig hat noch ein Programm entwickelt und das lautete: „Die Kommunisten kämpfen nur deshalb so gegen die Währungsreform, weil diese Währungsreform für die Russen schlecht ist.“

Ich werde noch einmal etwas vorlesen, obwohl man schon gerügt hat, daß hier vorgelesen wurde, aber diesmal nicht die „Wahrheit“, die Sie nervös macht, sondern etwas, was Sie sicher mit voller Ruhe anhören können, nämlich das Protokoll des Steiermärkischen Landtages über die Sitzung vom 21. Februar 1947, um aus dieser Rede des Abg. Smolana zu hören, für wen die Währungsabwertung 1:3 eine Katastrophe ist. Es heißt hier: „Berichterstatter ist Herr Abg. Smolana, ich erteile ihm das Wort.“ Abg. Smolana: „Hohes Haus! Obgleich das Schillinggesetz und die Erleichterungsverordnung unverkennbar die Absicht zeigen, den kleinen Sparer möglichst zu schonen, so greift doch in der Öffentlichkeit eine gewisse Nervosität Platz angesichts

der kommenden Währungsreform. Diese Nervosität ist umso berechtigter, als für weite Kreise der Bevölkerung das Schillinggesetz Härten mit sich gebracht hat, welche gerade die kleinen Klassen, ich denke zunächst an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden betroffen hat.“ Davon können Sie doch überzeugt sein! Weiters sagte der Herr Abg. S m o l a n a : „Wenn man ausgeht von der Tatsache, daß das Schillinggesetz bei den Millionären genau so hart zugegriffen hat wie bei dem Mann, der nur einige Tausend von Schilling in der Sparkasse hatte, wird man zugeben, daß in den Kreisen der kleinen Sparer hier die Nervosität berechtigt erscheint. Weiß man schließlich, daß in den verschiedenen Abhandlungen über die Währungsreform heute bereits Gedanken laut werden, daß der Abwertungsschlüssel 1 : 2 oder 1 : 3 sein soll, dann können Sie überzeugt sein, daß der Wirtschaft damit jenes sichere Fundament geraubt wird, daß wir gerade in der heutigen Zeit notwendig haben.“ Am Schlusse wurde einstimmig vom Landtag folgender Antrag, der ziemlich kurz ist, angenommen: „Um im Zuge allfälliger Maßnahmen zur Währungssicherung gerade jene Kreise zu schützen, die durch persönlichen Fleiß kleine Sparguthaben erworben haben, erlauben wir uns an den Steiermärkischen Landtag den dringlichen Antrag zu stellen, bei den zuständigen Stellen alle hiezu erforderlichen Schritte zu unternehmen. Eine positive Erledigung im Sinne dieses Antrages würde gerade diesen Kreisen die Sorge nehmen, für ihre kleinen Ersparnisse für die Zukunft Befürchtungen zu hegen.“ (Abg. S m o l a n a : „Aber damals haben Sie nicht gesprochen!“) Dieser Antrag ist im Finanzausschuß behandelt worden, ohne Abänderung, mit Zustimmung aller Parteivertreter hier vorgelegt und im Landtage einstimmig angenommen worden. Es gibt aber nur eine einzige Landtagsfraktion, die auch heute noch zum einstimmigen Beschluß des Landtages steht, nämlich die Kommunisten. Die beiden anderen Fraktionen haben ausdrücklich für die restliche Streichung der Sperrkonten gestimmt. (Dr. Illig: „Das versteht der ja nicht! Die Sperrkonten werden nicht gestrichen. Wissen Sie nicht, daß ein Teil der Sperrkonten in Staatsanleihe umgewandelt wird?“) Ich wünsche Ihnen nicht, lieber Herr Dr. Illig, daß Sie von dem Ertragnis dieser Staatsanleihe leben müßten. 60% werden voll gestrichen und 40% . . . (Dr. Illig: „Lieber Herr F i s c h e r, wenn Sie mich persönlich meinen, ich lebe von meiner Arbeit. Sie sind Berufspolitiker.“) Ich lebe von meiner Arbeit, solange ich lebe. (Dr. Illig: „Sie sind in Moskau gewesen, während wir hier gearbeitet haben.“) Lieber Herr Kollege Illig, ich bin in der Front gegen die deutsche Armee gestanden. (Dr. Illig: „Sie haben Reden gehalten!“) Es ist wirklich die dümmste und kindischste Demagogie, einen Menschen, der im Kampfe für die Freiheit seines Volkes seine ganze Kraft eingesetzt hat, zum Krüppel geworden ist, vorzuwerfen, daß er in Sicherheit gesessen ist, dazu muß man Dr. Illig heißen. Statt sich ernsthaft mit der Frage zu beschäftigen, betreibt man wirkliche Demagogie. Da sagt man, welche Schwierigkeiten, wie schrecklich, wenn man in Steiermark ist, die

Wiener schreiben uns vor, was wir nicht einhalten können, wir können nicht mehr geben usw. Ja, lieber Herr, was heißt das eigentlich? Ist das ein anderes Volk, ein anderes Land? Sind das andere Vertreter hier als Ihre Parteigenossen in Wien? Ist es nicht Ihr Parteigenosse S a g m e i s t e r, der uns die Schnitzeln gestrichen hat? Ist es nicht Ihr Parteigenosse K r a u ß, der für Steiermark die Vorschreibungen hinausgegeben hat, der, wie Sie selbst behaupten, die Ursache war, daß wir nichts zu fressen bekommen in der Steiermark. Wer verantwortet das? Die ÖVP und die SPÖ! (Zwischenruf Abg. Illig.) Es ist natürlich sehr bequem, Herr Dr. Illig, hier im Landtage vor den Steirern zu sagen, wir zerreißen uns für die Steiermark, wenn man dann nach Wien hinausfährt, um im Parlament gegen dieselbe Steiermark zu stimmen. Es ist sehr bequem, hier im Landtage abzustimmen zum Wählerfang, für den Volksbetrug, sich einzusetzen für die kleinen Sparer für die Rückzahlung ihrer Guthaben und draußen in Wien stimmt man dann einstimmig dagegen und ist für die Streichung. Hier so und dort so. (Zwischenruf: „Haben Sie geschlafen?“) So wie Sie gesagt haben: „Was macht Ihr Sozialdemokraten für ein Theater, Ihr wollt uns als Watschenmann hinstellen und hinterher kommt Ihr zu uns geschlichen, heimlich zu uns geschlichen und sagt: Seid nicht böse, es war nicht so gemeint, für den blöden Kerl auf der Straße müssen wir aber das Theater aufführen.“ Das ist die Wahrheit. Genau so und so auch die Wirklichkeit. Eine Hand wäscht die andere, aber bezahlen tuts der dumme Kerl auf der Straße, in den Fabriksbetrieben die Arbeiterschaft. (Dr. Illig: Ihre ganze Partei lebt doch von Moskau. Sie bekommen 600 S alle Monat.) Sie haben nicht den Mut zu behaupten (Dr. Illig: „Oja, den Mut habe ich!“), daß ich von Moskau bezahlt werde, weil Sie wissen, daß Sie dann wegen Verleumdung verurteilt werden. (Landesrat Doktor Illig: „Ihre KP-Leitung in Kärnten verkauft allmonatlich einen Waggon Benzin.“) Was dieses Kapital anlangt: Auf die Frage, woher die Sozialdemokraten die 10.000 Lebensmittelpakete zum Wählerfang genommen haben, geben Sie keine Antwort, machen Sie schlechte Witze und auf der anderen Seite lieber nicht von der Ernährung sprechen, lieber nicht von der Verantwortung sprechen, lieber davon, daß an allem Schlechten die Kommunisten schuld sind, die Russen, die Radfahrer schuld sind, nur nicht jene, die die Verantwortung tragen. Wir haben hier im Hohen Hause, im Nationalrat positive Vorschläge gemacht, überall, um die Versorgung zu verbessern, wir werden nicht ermüden, werden sie auch weiterhin machen. Es ist nicht wahr, daß man die Versorgung nicht besser organisieren kann, nicht mehr aufreiben kann, aber man muß wollen und entsprechende Mittel dazu ergreifen. Man kann auch in Steiermark mehr aufreiben dann, wenn man dort hingehet, wo etwas zu holen ist, wenn man progressive Ablieferungsmaßnahmen trifft und nicht die Kuh des Kleinbauern so einschätzt wie die Kuh des Großgrundbesitzers. (Landesrat Dr. Illig: „Aber bei den Russen darf man nichts holen!“) Wenn man nicht den Acker des Kleinbauern ebenso einschätzt wie den Acker des Großbauern, dann

kann es nicht vorkommen, daß z. B. ein Großgrundbesitzer bei einer Kartoffelernte von 40.000 Tonnen nur so wenig abzuliefern braucht, daß ihm noch 10.000 Tonnen für den Schleichhandel übrig bleiben. Ihnen fehlt es an gutem Willen, und das beweist die ganze Diskussion. Es ist kein Zweifel, daß in seiner Beantwortung der Landeshauptmann-Stellvertreter M a c h o l d eine ganze Reihe von ernststen und guten Vorschlägen gemacht hat. Aber es wird bei diesen Worten bleiben, das zeigt die heutige Diskussion. Ich getraue mich vorauszusagen, ich getraue mich, den Propheten zu spielen, daß nicht mehr aufgebracht werden wird in der Steiermark, weil es offensichtlich ist, daß es an dem guten Willen dazu fehlt. Die ganze Frage der Ernährung, des Hungers ist für die beiden großen Parteien nur eine Frage der Demagogie. Wir haben jedenfalls unsere Bereitschaft erklärt und ich erkläre noch einmal für heute und alle Zukunft, wir Kommunisten sind bereit, mitzuarbeiten an allen wirklich ernststen Maßnahmen, die geeignet sind, die Versorgungsprobleme der steirischen Bevölkerung zu lösen. Ich bin überzeugt, daß jener Weg, den die kommunistische Partei hier gewiesen hat, der richtige ist, nämlich eine öffentliche, demokratische Kontrolle der Aufbringung (Zwischenruf: „Ja, à la Tito!“) Jawohl, Herr Landesrat, der einzige Weg für eine bessere Zukunft ist die Volksdemokratie. Wenn einmal die Volksdemokratie gesiegt hat, dann sind die größten Schwierigkeiten bereits überwunden. Doch jetzt gehen wir den größten Schwierigkeiten erst entgegen. (Zwischenruf: „Sie möchten eben gerne auch hier bei uns Ihre Galgen und Schafotte aufstellen!“) Sie können mich ruhig überschreien, das ändert nichts an der Tatsache, daß Österreich, wenn es diesen Weg weitergeht, der leider auch heute in der Diskussion sichtbar geworden ist, nämlich den Weg der Russen- und Kommunistenhetze an Stelle verantwortlicher österreichischer Politik, daß wir dann weiter dem Elend entgegengehen und keinem Aufstieg. Sie werden daran denken nach einem oder zwei Jahren, daran, was ich Ihnen gesagt habe. Sie werden sehen, daß die Länder, die den Weg der Volksdemokratie gegangen sind, vorwärts, aufwärts gehen und die anderen abwärts.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abg. R e s c h. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. R e s c h: Hohes Haus! Der Herr Abg. F i s c h e r hat soeben erklärt, er habe heute sehr viel in diesem Hause gehört, aber nichts Produktives. Ich möchte auch gar nicht behaupten, daß der Herr Abg. F i s c h e r etwas Produktives heute hier vorgebracht hat. Er ist der Meinung, daß man sich gegenseitig Lobhudeleien vormacht, in Wirklichkeit aber weder wir als ÖVP noch auf der anderen Seite die SPÖ ernstlich bemüht sind, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter M a c h o l d hat ja heute in seinem Referat ganz klar und eindeutig aufgezeigt, daß wir große Schwierigkeiten zu meistern haben, daß diese aber vor allem zurückzuführen sind auf diesen furchtbaren, verlorenen Krieg und daß wir alles daransetzen, um eben diese Schwierigkeiten in irgendeiner Weise doch noch zu meistern. Wir

werden es tun, davon können Sie überzeugt sein, mein lieber Herr Abg. F i s c h e r! Wir werden alles tun, was in unserer gemeinsamen Macht liegt, um aus diesen Schwierigkeiten ohne jede Hilfe herauszukommen. Wir werden aber nicht mehr tun können, als wir zu tun imstande sind, wir können unserem Bauern nicht mehr wegnehmen als er selbst hat, obwohl es die Kommunisten so gerne sehen würden, daß man den Bauern den letzten Rock noch auszieht. Wir kennen Ihr Programm und Ihre Tendenzen. Ich war zwar nicht in Moskau auf Schule, aber ich weiß genau, was die Heimkehrer erzählt haben. Reden Sie nur mit den Heimkehrern, dann werden sie alles hören. Eines ist sicher und steht fest, daß die vorgeschriebenen Mengen, die Steiermark aufzubringen hätte, einfach mit bestem Willen nicht aufgebracht werden können, weil sie der Herrgott nicht hat wachsen lassen. Und da kann man einen Bauernhof von unten nach oben kehren, es wird nichts mehr herausfallen. Ich habe draußen in Wien auch bei der Bundesregierung und bei Minister Kraus in dieser Angelegenheit vorgesprochen und er hat selbst erklärt, „ich bin überzeugt, Ihr habt es nicht, ich bin überzeugt, daß Ihr höchstens 50% aufbringen könnt, aber die Alliierten gehen von ihrer Forderung nicht ab. Sie behaupten, wir müssen es aufbringen und daher müssen wir eben. Eines Tages wird man dann zur Erkenntnis kommen, daß es doch nicht möglich ist.“ Die fliegenden Kommissionen, die man heute eingesetzt hat, die werden ja hie und da ein Ergebnis zeitigen, aber ob der Erfolg so groß ist, um aus dieser schweren Not herauszukommen, bezweifle ich. Selbst wenn der Bauer alles hergeben würde, so würde es nur eine Kleinigkeit für den einzelnen Menschen ausmachen und es würde kaum genügen, um über eine oder zwei Perioden hinwegzukommen. Die Vorschreibungen sind zu hoch, darüber kommen wir nicht hinweg.

Dann müssen wir noch eines berücksichtigen: Wir haben in den einzelnen Gemeinden sämtliche Versorgungsausschüsse einberufen, als die Sache mit den fliegenden Kommissionen bekanntgegeben wurde, und haben dann mit einem Vertreter der Sozialistischen Partei gemeinsam die einzelnen Aufbringungsausschüsse geschult. Wir haben ihnen klar und deutlich die Lage, wie sie steht, vor Augen geführt und ihnen wirklich ans Herz gelegt, daß die Not groß ist, daß sie tun müssen, was in ihrer Macht liegt, um alles herauszuholen, was herausgeholt werden kann, um den armen Leuten in der Stadt, die nach Brot und Fett schreien, das Notwendige zu geben. Wir haben ihnen vorgeschlagen, alles herzugeben bis auf das Saatgetreide, denn ohne Saatgut gibt es im nächsten Frühjahr keinen Anbau. Das Saatgetreide und die Selbstversorgeration, das dürfen sie behalten. Wir haben zu diesem Zweck Formulare an die Gemeinden hinausgegeben, in denen die Selbstversorgerationen für 13 Perioden pro Kopf mit 11 kg Getreide berechnet wurden. Da sind dann viele Bürgermeister zu mir gekommen und haben erklärt, daß viele Bauern gar nicht soviel haben, als ihnen da zustünde laut Formular. Wir konnten daher auch durch diese Maßnahme nicht viel herausbringen und erreichen. Im Bezirk Deutschlandsberg sind nahezu 40% kleine Besitzer,

die man auch zählen muß und die sich nicht einmal selbst versorgen können. Der Erfolg dieser ganzen Maßnahme war, daß die Bürgermeister diese Formulare im nächsten Monat wieder zurückgeben mußten, da sie für die allgemeine Versorgung nicht von Bedeutung gewesen wären. So hat der Bürgermeister selbst erklärt, es nicht so machen zu wollen. Wir sind überzeugt, daß nun auch diese Leute, die das Auslangen nicht finden, sich schon irgendwie durchfretten werden, dadurch, daß sie gewisse Ersatzmittel zu Hilfe nehmen und sich selbst versorgen. Nur so war es möglich, einen Teil des vorgeschriebenen Kontingentes aufzubringen. Nun, es wäre ja ein ganz verfehltes Beginnen, wenn man schon von vorneherein den Leuten etwas abnimmt, während er selbst praktisch für das laufende Jahr nicht das Notwendige zur Verfügung hat.

Was die Fleischaufbringung anbelangt, ist es dieselbe Geschichte. Wir haben ebenfalls eine ganze Reihe von kleinen Besitzern mit 1 Kuh, mit 2 Kühen und vielleicht mit 3 Kühen, das ist die Mehrzahl. Wenn ich nun von jedem dieser Kleinbesitzer 140 kg Fleischgewicht herausnehme, so ist das praktisch so, daß er mit bestem Willen nicht imstande ist, das zur Ablieferung zu bringen, weil er es überhaupt nie hat. Durch die Abschreibung der Selbstversorgungerrationen ist vielleicht ein Teil hiervon noch gedeckt, ein großer Teil ist aber nicht gedeckt und die Folge davon ist, daß man von diesen Leuten etwas herausnehmen muß, was man praktisch nicht verantworten kann, weil es nicht tragbar ist, daß man einem Kleinkeuschler oder mittleren Bauern mit ein bis drei Rindern noch ein Stück Vieh herausnimmt. (Abg. Wurm: „Sie haben ja gar keine Unterlagen in Ihrem Bezirk!“) Wir haben sogar sehr genaue Unterlagen. Kommen Sie hinaus, wenn Sie sich interessieren, alles ist in bester Ordnung im Bezirk Deutschlandsberg. (Abg. Wurm: „Im Bezirk Deutschlandsberg? Das stimmt doch nicht!“) Es ist alles durch Schlußschein, zumindestens mit Verladelisten abgedeckt und in die Kartei eingetragen. Da ist alles in Ordnung. Bei der vielen Arbeit damals war es natürlich mit drei Personen nicht möglich, die Aufbringung nach außen hin zu gewährleisten und gleichzeitig die Kanzleiarbeiten jeden Tag ordnungsgemäß laufend durchzuführen. Aber das ist nachgeholt und in bester Ordnung.

Bei der Schweineaktion sind uns 4700 Stück Schweine zur Ablieferung vorgeschrieben worden. Diese resultieren sich aus der Abschöpfung von 33.000 Stück, die wir bei der Schweinezählung festgestellt haben. Wenn man nun bedenkt, daß von diesen Schweinen mehr als 1500 Stück auf Kleinbesitzer und verschiedene Inwohner entfallen, so frage ich Sie, meine Herren, ist es möglich, daß man dem, der mit aller Schwierigkeit dieses Schwein herausgefüttert hat, es nun jetzt wegnehmen kann? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit! Wir haben verlangt, es möge eine Kommission hinauskommen, ich habe zu wiederholtenmalen in verschiedenen Sitzungen erklärt, ich könne es nicht mehr verantworten, sie mögen hinauskommen und sich überzeugen, daß die Mengen, die man erwartet, nicht da sind. Es ist so. Man hat sich überzeugt, man ist viele Gemeinden durchgegangen und hat festgestellt, daß tatsächlich nur mit Ausnahme weniger Fälle

etwas zu holen wäre, obwohl der Betreffende sein Kontingent zur Ablieferung gebracht hat, also wir praktisch nicht mehr berechtigt wären, etwas herauszunehmen. Bei allen übrigen ist nichts mehr da. Wir haben von allem Anfang an und bis heute unsere Ortsbauernratsobmänner und die Bürgermeister auf die große Gefahr aufmerksam gemacht, die uns alle gemeinsam drohen würde, wenn wir nicht in der Lage sind, den Leuten das Notwendige zu geben. Wir haben nichts verabsäumt. Alle diese Vorwürfe, die von einzelnen bezüglich des Versagens einzelner Ortsbauernratsobmänner und Bürgermeister hier zum Ausdruck gebracht worden sind, sind nicht in Ordnung. Ich verweise, daß in der Gemeinde Hollenegg der Bezirksleiter des Arbeitsbauernbundes Prittel, der gleichzeitig Kammerrat ist, genau weiß, wie die Kontingentierung vorgenommen wurde, wie die Vorschriften an die einzelnen Gemeinden hinausgegeben wurden. Er war zu wiederholtenmalen bei mir und hat erklärt: Es ist nicht möglich, wir bringen das nicht auf. Es sind da die Gemeinden Sierling im Gamsgebirge, St. Oswald, Laßnitz, Kruckenberg, Pöfingbrunn und alle die Bürgermeister dieser Gemeinden sind, obwohl sie sozialistische Bürgermeister sind, überzeugt, daß die Bauern ihre Pflicht erfüllt haben. Daß es ab und zu auch unter den Bauern Spitzbuben gibt, das habe ich wiederholt und zu aller Zeit verurteilt und alle Parteienvertreter werden nicht erlahmen, auch jedem einzelnen, der seine Pflicht nicht erfüllt, nachzugehen und ihn in die Schranken zu weisen bzw. ihn zur Pflichterfüllung anzueifern. Wir werden uns, wenn es notwendig ist, selbstverständlich nicht scheuen, den einzelnen, der pflichtvergessen ist, vor die Schranken des Gerichtes zu bringen. Schauen Sie, wenn man wirklich alles tut, trotzdem aber noch immer Vorwürfe von verschiedenen Seiten hören muß, daß der eine oder andere seine Pflicht nicht erfüllt, obwohl er sie tatsächlich erfüllt hat, das, meine Herren, muß einem wehtun. Ich bin nicht, wie Abg. Fischer, der Meinung, daß man hier nur spricht, um sich zu unterhalten. Ich nehme die Sache grundernst. Ich habe am 15. Mai 1945, als ich die Geschäfte der Kammer übernommen habe, diese Angelegenheit wirklich ernst genommen und meine Pflicht getan und werde sie heute und in aller Zukunft tun. Sie können hiervon überzeugt sein, aber Sie müssen auch einsehen, daß man den Bauern, wenn er seine Pflicht erfüllt hat, in Ruhe lassen muß, und daß man nicht Bauern kontrolliert, die ihrer Ablieferungspflicht voll nachgekommen sind, und dabei versucht, mehr Vorschriften vorzunehmen, als man gesetzlich berechtigt ist. Der Bauer ist der ärmste unter allen Berufsständen. Er muß sich alles gefallen lassen. Der Bauernstand ist derjenige, der sich in jedes Heferl hineinschauen lassen muß, derjenige, der einfach mit niedrigen Preisen zufrieden sein muß, derjenige, der keine Schuhe, keine Kleider, nichts erhält. Wenn der Bauer dann noch seine Pflicht erfüllt, meine Herren, muß man sagen: Er ist der wahre Patriot, der sein Vaterland und sein Volk liebt. Daran ist wirklich nicht zu zweifeln.

Dann gibt es noch eine andere Sache. Wir haben mehrere Gebirgsgebiete, wo der Drusch bis heute des-

halb noch nicht vollendet ist, — ich denke da an die Gemeinden St. Oswald, St. Lorenzen, Laaken, Soboth, die ganzen Gebiete auf der Stainerseite — weil wir nicht über das notwendige Benzin verfügen. Wir haben über 1200 landwirtschaftliche Motore; es ist nicht möglich, allen das notwendige Druschbenzin zu geben, damit sie ihre Druscharbeiten vollenden und zeitgerecht das Getreide abliefern könnten. Ich glaube, da sind aber nicht wir schuld. Denn Sie wissen alle, wir haben Zistersdorf und das ist eine ergiebige Quelle. Damit könnten wir uns wirklich helfen, aber da haben wir leider keinen Einfluß. Aber die Herren Kommunisten hätten da vielleicht Gelegenheit, der Besatzungsmacht klar zu machen, daß es unrecht ist, daß man österreichisches Eigentum bis heute nicht frei gibt, daß man ein Produkt, das aus unserem Boden herausfließt, in andere Länder leitet, aber nicht in unser eigenes Vaterland, wo wir es so dringend benötigen würden. Damit würden Sie dem österreichischen Volke einen sehr großen Dienst erweisen. Aber ich bin überzeugt, Sie würden genau so wenig angehört werden wie die übrigen. Wenn man noch dazu bedenkt, daß es heute keinen Dünger gibt, also keine Möglichkeit, den Ertrag zu steigern, wenn man dann das Mißjahr heuer infolge der übermäßigen Trockenheit berücksichtigt, dann muß es jedem klar sein, daß es unmöglich ist, das aufzubringen, was der Alliierte Rat von uns verlangt. Da nützt alles nichts.

Was die Milchaufbringung anbelangt, so ist sie in einzelnen Gemeinden nicht ganz in Ordnung. Ich habe Kontrollen eingesetzt, Probemelkungen durchgeführt, ich habe einzelne Mitglieder des Aufbringungsausschusses selbst hinausgeschickt, um an verschiedenen Stellen die Überprüfung vorzunehmen, sie haben aber festgestellt, es gehe mit bestem Willen nicht. Das Oberland hat eine ganz andere Bodenbeschaffenheit, die Grasnarbe ist eine andere, der Ertrag ebenfalls ein anderer als bei uns. Da muß man froh sein, wenn diese Leute das herausbringen, um ihre eigene Familie mit Milch zu versorgen. Auch zur Zeit des Nationalsozialismus, der bestimmt alles versucht hat, um das möglichste zu erreichen, war es nicht möglich, aus diesem gebirgigen Gebiet mehr herauszubringen. Heute natürlich um so weniger. Es gibt kein Krafftutter. Wir haben einen Ausfall an Anbaufläche von 1000 ha zu verzeichnen und ich kann mir nicht vorstellen, daß man heute hergehen kann und einfach eine Wiese umbrechen, da man ja den nötigen Dünger nicht hat, um den Boden auch ertragreich zu machen. Der Herr Landeshauptmann Machold hat schon festgestellt, daß auf Grund der Bodennutzungserhebungen Vorschreibungen ergangen sind für Böden, die brach lagen. Darauf muß man auch Rücksicht nehmen, da kann auch kein Ertrag davon herkommen. Wenn man nun behauptet hat, es hätte unser Herr Bezirkshauptmann Hofrat Knieli sich nicht entsprechend angestrengt, um eben das nötige zu erzielen, daß er mit einem Wort lax gewesen sei, ja daß man ihn gar schon als Saboteur bezeichnet hat, so muß man sagen, daß das grundfalsch ist, denn wer Hofrat Knieli kennt, der muß selbst sagen, daß er sehr durchgreifend ist. Er läßt sich von niemand beeinflussen. Wenn er die Überzeugung hat, daß einer

seine Pflicht nicht getan hat, greift er sofort durch und scheut auch nicht zurück, einzelne vor das Gericht zu bringen. Viele Fälle sind noch gar nicht abgeschlossen.

Ich möchte nur eines bitten: Wenn wir wirklich produktive Arbeit leisten wollen, dann erfüllen wir tatsächlich unsere Pflicht und hetzen wir nicht auf der Straße gegeneinander und geben wir der „Wahrheit“ nicht Gelegenheit zu irgendwelchen demagogischen Artikeln, sondern klären wir das Volk auf, wie die Lage wirklich ist. Sagen wir, daß wir uns zwar bemühen werden, aber daß wir keine Künstler sind und nicht Wunder wirken können und daß wir nach wie vor unsere Pflicht erfüllen werden im Interesse der Gesamtbevölkerung Österreichs. (Bravorufe, Händeklatschen rechts.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Lackner.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Der ÖVP-Minister Kraus behauptet, die vorgeschriebenen Mengen könnten in der Steiermark aufgebracht werden. Seine Parteifreunde in der Steiermark erklären, es ist nicht möglich. Ich gehöre zu jenen, die der Auffassung sind, daß der Minister Kraus Recht hat. Ich werde erst dann bereit sein, die Erklärung seiner steirischen Parteifreunde zur Kenntnis zu nehmen, wenn nichts mehr aus der Steiermark im Schleichhandel hinausgeht. So lange wir aber feststellen müssen, daß zehntausende Steirer und darüber hinaus weitere zehntausende Nicht-Steirer in die verschiedensten Gebiete der Steiermark hinausfahren und von dort mit Rucksäcken oder Autos die Waren wegführen, so lange glaube ich nicht daran, daß eine Erhöhung der Leistungen nicht möglich ist. Es wurde heute angeführt, daß die Anbaufläche geringer geworden ist. Die Ziffern sind entnommen aus statistischen Aufzeichnungen. Eigenartig ist nur, daß gerade in jenen Gebieten, wo viel in den Schleichhandel abfließt, die Anbaufläche auch stark zurückgegangen ist, während in anderen Gebieten der Rückgang ganz minimal ist oder überhaupt nicht besteht. Die Bezirke Bruck und Mürzzuschlag sind bestimmt keine Agrarbezirke. Wir finden hier beim Roggen bei den Anbauflächen von 1943 bis 1946 ein plus von 46 ha, also mehr hingegen in den Agrarbezirken, wo mehr landwirtschaftliche Nutzflächen zur Verfügung stehen, einen ganz gewaltigen Rückgang, im Bezirk Feldbach ein minus an Roggen von 1273 ha. Wenn wir Roggen und Weizen, also Brotgetreide, in der gesamten Steiermark zusammenzählen, kommen wir auf ein minus von über 5000 ha. Bei einer Ernte von nur 10 Meterzentner pro ha, die sicherlich als schlechte Ernte zu bezeichnen ist, bedeutet dies ein minus an Brotgetreide von über 5000 t, also beinahe das, was nach der Auffassung des Ministers Kraus fehlt. Nun wird behauptet, daß die Anbauflächen tatsächlich geringer geworden sind, daß im Jahre 1946 tatsächlich nicht mehr so viel angebaut wurde wie im Jahre 1943. Zum Teil dürfte dies ja stimmen, aber ich bin der Überzeugung, nicht zum größten Teil. Ich glaube, daß wir wohl in vielen, vielen Gemeinden die Feststellung machen müßten, daß die gemeldeten Flächen mit den tatsächlich angebauten Flächen nicht überein-

stimmen und daß hier eine der Fehlerquellen liegt, daß es hier schon möglich wäre, mehr herauszubringen. Es wird hier immer versucht, wenn wir zu der Frage Stellung nehmen, uns in den Mund zu legen, daß wir die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit beschuldigen, sie sei nicht bereit, ihre Pflicht zu erfüllen. Das ist vollkommen falsch. Wie wissen, daß es unter den Bauern und zwar dem größeren Teil der steiermärkischen Bauern anständige Leute gibt, die restlos ihre Pflicht erfüllen und denen es auch nicht gut geht. Es ist bedauerlich in diesem Staate, daß es gerade jenen in allen Schichten schlecht geht, die ihre Pflicht erfüllen, die anständig sind und daß die andern die Nutznießer der Anständigkeit dieser sind. Wir haben auch unsere Erfahrungen aus unserer Zusammenarbeit mit den Produzentenvertretern in den Aufbringungsausschüssen und ich kann Ihnen sagen, daß dort nicht nur wir als Konsumentenvertreter, sondern auch die Produzentenvertreter immer wieder Mängel feststellen, die wir nicht beheben können, weil uns die Möglichkeiten fehlen. Herr Landtagsabgeordneter K o f l e r, Obmann der Bezirksausschußkammer des Brucker Bezirkes, kennt in seinem Bezirke auch die Bauern, er weiß, daß der weitaus größte Teil seine Pflicht erfüllt, aber daß es immer wieder einige gibt, die sie nicht erfüllen. Wir haben einen Bauern im Bezirke und es ist eigentümlich, daß es bisher den vereinten Bemühungen aller Mitglieder in diesem Ausschusse nicht möglich war, Abhilfe zu schaffen. Der Mann ist der Besitzer einer Wirtschaft von 50 ha, aber nicht einer Bergwirtschaft, sondern einer Wirtschaft im Tale mit fruchtbarem Boden. Der Mann liefert — man kann es ruhig sagen — gar nichts ab. Was sind es, wenn 1946 etwas über 200 kg Gerste und 200 kg Hafer abgeliefert worden sind und wenn er 3, 4 Monate hindurch gegen 100 Liter Milch abgeliefert hat, in der restlichen Zeit nichts. Es besteht keine Möglichkeit, diesen Mann zu zwingen, seine Pflicht zu erfüllen. Er bebaut den Grund nicht, vernachlässigt seine Wirtschaft, aber die gesetzlichen Bestimmungen sind nicht so, daß man damit wirklich etwas beginnen könnte. Es steht schon geschrieben, daß man dem, der nicht bereit ist, seine Flächen anzubauen, Grundstücke abnehmen und für 2 Jahre anderen zur Verfügung stellen kann. Aber ich möchte die bäuerlichen Besitzer fragen, ob sie ein solches Grundstück für 2 Jahre übernehmen könnten. Stecken sie nichts hinein, werden sie solche Grundstücke in ihrer eigenen Ablieferung belasten und stecken sie etwas hinein, dann wird er ihnen das Grundstück wieder abnehmen und sagen, daß er jetzt bereit ist, sein Grundstück wieder selbst zu bebauen. Wir müßten gegen diese Leute mit anderen Mitteln vorgehen und es wurde heute von irgend jemand erklärt, es sollen in solchen Betrieben öffentliche Verwalter eingesetzt werden. Bisher mußten wir feststellen, daß die bestehenden öffentlichen Verwaltungen abgezogen wurden, es sind also nicht mehr, sondern weniger geworden. Es gibt da verschiedene Begründungen. Im allgemeinen wird die Begründung die entscheidende gewesen sein, daß man auf die Dauer dem Besitzer nicht das Verfügungsrecht entziehen kann. Ich denke hier an einen Besitz auch in unserem Bezirk aus der Gemeinde St. Sebastian bei Mariazell, an eine gewisse

Frau Flesch. Ihr Besitz war unter öffentlicher Kontrolle. Noch im Februar dieses Jahres wurde aus diesem Betrieb vom öffentlichen Verwalter eine Menge von 1063 Liter Milch der Landforst abgeliefert. 1063 Liter im Monat Februar unter öffentlicher Verwaltung. Mit 1. März 1947 wurde die öffentliche Verwaltung aufgehoben und im Monat März wurde kein einziger Liter mehr abgeliefert. (Rufe : Hört, hört !) Da soll einer kommen und erklären, die öffentlichen Verwaltungen haben nichts getragen. Vom Bürgermeister wurde versucht, diese Frau zu zwingen. Sie hat erklärt, es geht nicht, für 12 Kühe liefere ich ohnehin, was ich kann und die 13. gehört mir, das geht niemand was an, was diese an Milch gibt. Wenn wir solche Beispiele finden, müssen wir schon sagen, es gibt in der Steiermark neben denen, die ausbluten, weil sie ihre Pflicht erfüllen, so und so viele, und ich glaube, es sind Tausende Betriebe, die einfach schlecht bewirtschaftet sind, die nichts dem Volke zur Verfügung stellen, wo unter Umständen auch der gute Wille fehlt, wenn nicht überhaupt Sabotage als Ursache mit eine Rolle spielt. Es wurde heute hier von den bäuerlichen Vertretern einige Male erklärt, wir seien ein Land, daß vor allem viel Kleinbesitz hat und wenig großen Besitz. Wir haben nun einen Nachbarstaat, die Schweiz. Diese beweist uns, daß auch der kleine Betrieb leistungsfähig ist, denn in der Schweiz gibt es keinen Großgrundbesitz, nur kleine und mittlere Betriebe und trotzdem ist die Schweiz in der Lage, mehr ihrer Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Aber in der Schweiz (Zwischenruf : „War kein Krieg.“). Sie haben auch ihre Sorgen im Kriege gehabt, mußten in Bern Pläne aufstellen, um auf diese Art zu versuchen, im eigenen Lande mehr aus Grund und Boden herauszubringen. Es ist ganz falsch, zu sagen, wo anders sind keine Schwierigkeiten gewesen. Sie erleben dort die Störungen des Großgrundbesitzes nicht in dem Ausmaße wie bei uns. Gehen wir vor allem in die obersteirischen Täler und Gräben, fragen wir die alten Leute, die werden uns erzählen, daß Tausende Bauern in der Obersteiermark gelebt haben, nicht schlechter und nicht besser als alle übrigen gelebt haben in der damaligen Zeit. Aber sie waren den Herren im Wege, sie mußten weg und dort, wo früher Tausende von Bauern mit 10.000 Rindern ihr Leben gefristet haben, dort laufen heute ebensoviele Hirsche und Gamsen herum und fressen den Bauern, die noch dort sind, das Futter vom Felde weg.

Wir haben versucht, um die Ernährungsgrundlage doch etwas zu bessern, für die Arbeiter und Angestellten in den Städten und in den Industrieorten Gelände, das nicht entsprechend genutzt wird, für Schrebergärtenanlagen zu bekommen. Man hat uns auch dabei Schwierigkeiten in den Weg gelegt, man hat lieber zugesehen, wie die Gründe brach lagen oder schlecht bewirtschaftet wurden, bevor man bereit war, den Arbeitern oder den Angestellten, die sich gerne 100 oder 200 m² Gartenland angelegt hätten, um dort ein bißchen aus diesem Boden für sich zusätzlich herauszubringen, diese Gründe zur Verfügung zu stellen.

Es wurde stark kritisiert unsere Milchleistung. Ich kann es auch nicht verstehen und mit mir verstehen es Tausende obersteirische Bauern nicht,

daß es solche Differenzen in der Steiermark gibt. Mit dem Argument komme man uns nicht, daß droben die Großen und herunten die Kleinen sind. Herr Landesrat (an LR. Kraißner gewendet), kommen Sie einmal mit mir, dann können Sie von den obersteirischen Bauern erfahren, daß das Heu z. B. oben schlechter ist als da herunten. Wer da Recht hat, weiß ich jetzt nicht. Die obersteirischen Bauern können es nicht verstehen, daß die Milchleistungen so grundverschieden sind. Die Höchstleistung war im Einzugsgebiet der Molkerei Neumarkt 75,5 Liter im Monat September pro Kuh und Monat. Im Einzugsgebiet der Molkerei Arnfels waren es 7,2 Liter, also $\frac{1}{10}$ der Leistung des Einzugsgebietes Neumarkt. Wir haben die Feststellung gemacht, nicht nur als Konsumentenvertreter in den Ausschüssen, sondern auch die Produzenten, daß man nicht dieses Kontingent erstellt auf Grund der tatsächlichen Möglichkeiten in den verschiedenen Gebieten, sondern auf Grund von Erfahrungsziffern und das ist Unrecht. Derjenige, der bisher brav war, wird dafür bestraft, weil er brav war, der, der bisher nicht oder jedenfalls schlecht geliefert hat, wird dafür belohnt. Erfahrungsziffern sollen keine Grundlage bilden. Wir haben daher in unserem Bezirksaufbringungsausschuß einmütig als Konsumenten mit der Unterstützung der Produzentenvertreter der Meinung Ausdruck gegeben, es müßte einmal die Möglichkeit gegeben werden, mit den verantwortlichen Leuten aller steirischen Bezirksaufbringungsausschüsse zusammenzukommen, um dort Fehlerquellen aufzustöbern und in gemeinsamer Arbeit die Fehler abzustellen und zu beseitigen. Wir hören auch manchmal, daß die Leistung der Kühe verschieden ist, daß schlechtes Vieh bei Gebirgsbauern nicht jene Qualitäten Milch geben kann, wie ein Rassevieh in einem großen Stall. Das ist ganz selbstverständlich und damit im Zusammenhang werde ich Ihnen einen Fall erzählen. Herr Stürckh in Halbenrain hat sicher kein schlechtes Vieh im Stall, ich bin überzeugt, er hat nur Rassevieh. Ihm wurden vorgeschrieben 39 Liter pro Kuh und Monat. Das war sogar dem Herrn Stürckh zu wenig, denn er hat freiwillig mehr geliefert. Wir haben aber umgekehrt Tausende Bergbauern, denen es nicht möglich ist, das vorgeschriebene Quantum aufzubringen, weil sie eben kein Rassevieh haben, sondern nur schlechtes Vieh, das nicht viel Milch gibt.

Eine Frage, die meines Erachtens auch noch besprochen werden muß, ist die Frage der Butterrücklieferung. Die gibt es nämlich nicht überall in der Steiermark und ich kann es nicht verstehen, warum es diese nur teilweise gibt. In einigen Gebieten müssen die Bauern ihre Milch abliefern und bekommen nichts zurück, in den anderen Gebieten bekommen sie Butter als Rückgabe. Und das sind ganz ansehnliche Mengen. In der Stadt beträgt die Butterrücklieferung 12,3 t. Es würde schon manchem geholfen sein, wenn wir das bekommen könnten und es verstehen vor allem die Bauern, die in jenen Gebieten Milch liefern, wo sie nichts bekommen, absolut nicht, warum dieser Unterschied in der Behandlung in den einzelnen Gebieten gemacht wird.

Nun die Viehablieferung! Dies ist auch ein Problem, das reichlich viel Anlaß zu Kritik gibt, Ich

glaube nicht, daß es der günstigste Ausweg war, der getroffen wurde. Man hat hier in dieser Kontingentierungsverordnung festgehalten, daß jedes Rind von 1 Jahr aufwärts mit 80 kg Schlachtgewicht zu berechnen ist. Das sind 160 kg Lebendgewicht. Man hat keine Rücksicht genommen, ob es sich hier um einen Bauern handelt, der Züchter ist, der also viel Jungvieh, das überhaupt nicht mehr wiegt als vorgeschrieben, oder um einen Großgrundbesitzer, der meistens nur schweres Vieh in seinem Stall stehen hat. Es muß also ein Bauer vielfach für ein Rind mit 350 kg genau so seine 80 kg Schlachtgewicht liefern, wie der Großgrundbesitzer für ein Rind mit 600 bis 700 kg. Der Großgrundbesitzer wird immer besser behandelt. Das verstehen nicht nur wir nicht als Konsumenten, das verstehen auch die kleinen bäuerlichen Produzenten nicht. Auch sie können es nicht begreifen, wieso derartige Vorschriften hinausgehen können. Die Frage der 1- und 2-Kuh-Besitzer müßte auch bald geklärt werden. Bis heute hat man jedoch noch keinen Ausweg gefunden. Es gibt Leute, die beim besten Willen nicht imstande sind, das vorgeschriebene Schlachtvieh zu liefern. Wenn da zum Beispiel ein Betrieb ist, ein Witwenbetrieb, mit einer Kuh im Stall und die soll 160 kg Lebendgewicht liefern, wovon? Selbst wenn die Kuh ein Kalb geworfen hätte, so würde dies sicher nicht das vorgeschriebene Gewicht erreichen und sie müßte daher die einzige Kuh abliefern.

Eine Frage, die wir auch bisher nicht bereinigen konnten, etwas, was meines Erachtens auch eine ausgesprochene Dummheit ist, besteht darin, daß die Bauern gezwungen werden, ihr Vieh an bestimmte Orte abzuliefern. Wenn ich nun unseren Bezirk nehme: Alle Bauern aus dem Bezirke Bruck müssen ihr Vieh auf den Markt in der Stadtgemeinde Bruck liefern und dann geht das Vieh wieder vielfach zurück in die Dörfer, aus denen es herangetrieben wurde. Ein Bauer, der nebstbei auch ein Fleischhauereigewerbe besitzt, muß auch ein Schwein abliefern. Er hat gut geschaut auf die Sau in der Erwartung, daß er seinen Kunden etwas Gutes geben kann. Nun muß er die Sau nach Bruck führen und bekommt zwei verreckte Fadeln zurück. Es ist klar, daß er wild werden muß. Der Bauer sieht, wie das Vieh auf der Straße sinnlos hin- und hergetrieben wird, die Folge davon ist der Gewichtsverlust, der zum Teil auf Konto der Bauern, die weniger bekommen, zum Teil auf Konto der Konsumenten geht, weil die nötigen Mengen an Fleisch nicht da sind. Wir haben den einstimmigen Beschluß im Bezirksaufbringungsausschuß gefaßt, es soll das Vieh, soweit es draußen gebraucht wird, draußen bleiben in den Orten und nur das in die Kopfstationen geliefert werden, was überschüssig ist. Trotz des einstimmigen Beschlusses hat sich der Viehsachbearbeiter einen Pfifferling darum gekümmert, und erklärt, ich tue, was ich will und er hat weiterhin die Bauern belästigt und die Konsumenten geschädigt. Das sind Fälle, die draußen Mißstimmung erregen, Mißmut erregen nicht nur allein bei uns als Konsumenten, sondern auch bei den Produzenten. (Zwischenruf: „Lauter schlechtes Vieh kommt herein in die Stadt, während das gute draußen bleibt.“) Das läßt sich

auch anders machen. Aber auf Grund des neuen Kontingentierungssystems ist das Interesse nicht so groß, schlechtes Vieh zu liefern, weil er das Gewicht nicht zusammenbringt und nur seine Ställe ausräumt. Wir hören sehr häufig Klage, daß unser Schweinebestand so hoch ist, daß unser Geflügelstand so hoch ist. Ich glaube auch, daß wir den Stand reduzieren müssen. Es wird zuviel an wertvollen Nahrungsmitteln verfüttert und wir haben auch keine richtige Kontrolle darüber, wir sehen bei Stichproben, wie häufig der tatsächliche Stand mit dem gemeldeten Stand nicht in Übereinstimmung ist. Wir hören und lesen, daß irgendwo draußen einer ein paar Hühner anmeldet und Dutzende Hühner besitzt und daß es in diesen Gebieten mit Strafmandaten nicht sonderlich arg ist, wohl aber bei uns, wo nichts oder nur sehr wenig da ist. Bei uns wurde ein Forstarbeiter, der 1 oder 2 Hühner hat, rücksichtslos herangezogen. Ich war vor wenigen Tagen in Weichselboden, da hat mir ein Forstarbeiter mit 7 Kindern und 2 Hühnern ein Strafmandat vorgewiesen auf 10 S, weil er keine Eier abgeliefert hat. 7 Personen, 2 Hühner, ein Strafmandat. (Zwischenruf: „Skandal!“ „Er ist nicht verpflichtet, abzuliefern.“) So geht man vor gegen Leute, die nichts in ihren Stallungen haben (Zwischenruf: „So etwas gibt es nicht.“). Die Herren können das noch so oft erklären, trotzdem ist es so, wir mußten das zur Kenntnis nehmen und feststellen. (Landesrat Horvatek: „Der muß zur Verantwortung gezogen werden, der das gemacht hat.“) Der Herr Landesrat Dr. Illig — er ist ausgezogen — hat eine Weisung hinausgegeben, die auch viel Widerspruch erregt hat. Es wurden heuer am 20. Februar 1947 die Bestände bei den Kaufleuten an Textilwaren aufgenommen und es wurde dann eine Verfügung getroffen, daß 40% davon als Sperrbestand auf Lager bleiben muß. Man hat dafür auch ein Wort gefunden „Katastrophenbestand“, als ob noch viel Katastrophen über Österreich hereinbrechen könnten. Soll man noch weniger an Spinnstoffen haben, als wir schon haben? Diese Verfügung, gezeichnet von Dr. Illig, wurde im Einvernehmen zwischen ihm als Chef in der Landesregierung und ihm als Chef in der Handelskammer getroffen. Ich bin der Meinung, daß das nicht ganz vereinbarlich ist, daß jemand sein eigener Vorgesetzter sein kann, daß jemand mit sich selbst Vereinbarungen treffen kann. Es mag sein, daß es bequem ist, man braucht sich nicht mit anderen unterhalten, es ist höchst einfach. (Zwischenruf: „Politischer Mandatar zu sein, hat jeder das Recht.“) Selbst wenn er das Recht hat, soll er es nicht tun, weil die anderen Menschen es nicht verstehen und nicht begreifen. Ich begreife auch nicht, daß der Landesrat Krainer Bürgermeister ist. Er ist auf der einen Seite Vorgesetzter des ihm untergeordneten Bezirkshauptmannes und auf der anderen Seite Untergebener des übergeordneten Bezirkshauptmannes. Der Bezirkshauptmann muß, ob er will oder nicht, ihm gegenüber Hemmungen haben (Landesrat Krainer: „Hat er nicht.“) und die Behandlung des Landesrates Krainer als Bürgermeister wird anders sein als die anderer Bürgermeister. Das sind Dinge, die meines Erachtens doch nicht gut möglich sind, weil dadurch unangenehme

Situationen herbeigeführt werden. Nun wurde mir gesagt, da handelt es sich nicht um weiß Gott welche Quantitäten. Es ist richtig, daß man damit nicht die steirische Bevölkerung einkleiden kann. Aber hat nicht jeder schon ein sehr unangenehmes Empfinden, wenn man bei einer Auslage vorbeigeht und darin Ware sieht. Er denkt ja nicht darüber nach, daß hinter den Auslagen nicht viel steckt, daß vielleicht ein Großteil der Ware in der Auslage ist, aber sie liegt da und man könnte viel Mißmut vermeiden, wenn die Waren, wenn sie da sind, ausgegeben würden. Ich habe die Ziffern aus dem Leobner Bezirk: Anzug-Lodenstoffe 142 m, Zellwolle 582 m, Leinen 257 m, Leinen für Leibwäsche 429 m, Herrenhemdenstoffe 511 m und so geht die Liste weiter. Es sind Mengen, die in ganz Steiermark verstreut auf Sperrlager liegen, aber notwendig und dringend gebraucht würden. Ich bin der Auffassung, daß hier in irgend einer Form etwas geändert werden soll.

Mein Freund Stockbauer hat erklärt, daß Leute mit ihren Bezugsscheinen herumgeschickt werden, er hat als Beispiel angeführt, daß einer sein Hemd in Mariazell, seine Unterhosen in Sankt Lorenzen und seine Socken in Pernegg holen mußte. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, wie leicht das war, sein Hemd, die Unterhose und die Socken zu holen. Wir sehen aber auf diesem Sektor noch so viel anderen Unsinn. Wir haben in der Zeitung gelesen, daß Ziegel aus Tirol nach Wien geliefert wurden und wir haben ein paar Tage später gelesen, das Ziegel aus der Steiermark nach Tirol geliefert wurden. Wenn man die Straßen etwas beobachtet, dann sehen wir Ziegel, die aus der Untersteiermark hinaufgeführt werden in die Obersteiermark und umgekehrt. Wir klagen über Treibstoffmangel, aber wir haben Treibstoff zur Verfügung, um sinnlos Ziegel von unten hinauf und umgekehrt zu führen. Ein Brucker Baumeister mußte die Ziegel für seinen Brucker Bau aus der Weststeiermark beziehen und mußte die Ziegel aus seiner eigenen Ziegelei nach Graz liefern. Wenn es heute irgendwo vernünftiger zugeht, so nur deshalb, weil die Leute untereinander Verbindung suchen und untereinander einen Ausgleich suchen. Bei uns sind einmal zwei Waggon Hartfaserplatten gelegen. Die Tischler hätten sie so notwendig gebraucht. Aber es war nicht möglich, die Stelle zu finden, die dafür verantwortlich gewesen ist, daß diese Hartfaserplatten ausgegeben werden konnten. Jeder hat erklärt, er sei nicht zuständig, man soll sich dort und dorthin wenden. Man hat dann einen Ausweg gefunden, nämlich, man möge diese Hartfaserplatten ausgeben gegen nachträgliche Vorlage der Bezugsscheine. Muß so etwas sein?

Viele Kaufleute haben seiner Zeit gebeten, man möge ihnen endlich Gelegenheit geben, ihre Ware zu verkaufen. Auch aus dem Leobener Bezirk sind Kaufleute gekommen und haben gebeten, man möge das Sperrlager aufheben, weil sie ja ein Geschäft machen wollen, damit sie wieder zu Geld kommen und andere Waren einkaufen können.

Nun will ich noch kurz Stellung nehmen zu dem, was die einzelnen Redner gesagt haben. Herr Doktor Illig sagte, daß die Bauern für ihre gelieferte Ware sehr wenig bekommen. Ich hoffe, er meinte die

Bauern, die liefern, denn die Bauern, die im Schleichhandel verkaufen, um die braucht er sich wirklich keine Sorgen zu machen. Meine Herren und Frauen! Sagen Sie, was hat denn der Arbeiter? Der Arbeiter bekommt seinen Lohn und der Angestellte sein Gehalt. Damit sollte er sich nun etwas kaufen können. Er sollte damit sich auch Kleider und Schuhe kaufen können, letzten Endes muß er auch einmal in der Wohnung etwas nachschaffen. Und kann sich heute der Arbeiter etwas nachschaffen? So gut wie nichts. Es ist also nicht nur der Bauer, der unter den heutigen Verhältnissen leidet. Der Arbeiter und Angestellte genau so. Dieser arbeitet und bekommt als Gegenleistung für seine Arbeit lediglich diese geringen Mengen an Nahrungsmitteln und gelegentlich, wenn er Glück hat, ein Paar Socken oder ein Hemd oder ähnliches. Der Bauer hat zumindest eines, er kann sich wenigstens satt essen. Sie müssen also auch darauf Rücksicht nehmen.

Die Kompensationsgeschäfte, die getätigt wurden und auch heute noch getätigt werden, sie wurden bekräftigt und von anderer Seite wieder verteidigt. Wir als Sozialisten verurteilen sie. Auch die Arbeiterkammer hat eine Erklärung abgegeben, daß sie gegen Kompensationsgeschäfte ist, weil sie uns nicht herausbringen aus dem Elend. Durch Kompensationsgeschäfte kann immer nur einem ganz kleinen Kreis geholfen werden, was sollen aber die machen, die nichts zu kompensieren haben, die würden noch viel schwerer zu leiden haben als sie es sowieso schon müssen (LR. Dr. Illig: „Und wer macht diese Kompensationsgeschäfte? Ihre Leute in erster Linie!“) Wir nehmen dagegen Stellung, wir versuchen, uns durchzusetzen. Wir würden wünschen, daß alle ÖVP-Vertreter dasselbe tun, sich innerhalb ihres Kreises bemühen und ihren Leuten sagen würden, was nötig ist. (Zwischenruf: „Das tun wir ja sowieso.“) Nicht alle! Es wurde hier schon festgestellt, daß es ÖVP-Funktionäre gibt, die wirklich bemüht sind, mitzuhelfen, es wurde aber auch festgestellt, daß es manche gibt, die das nicht tun.

Der Herr Abg. Pölzl hat die Aufrufe in der Steiermark mit jenen von Wien verglichen. Im allgemeinen ist es ein billiges Argument, solche Aufrufe gegenüberzustellen. Wir kennen nämlich auch die Klagen verschiedener Ernährungsreferenten aus anderen Bundesländern, die sich immer wieder darüber beklagt haben, daß zwar die Aufrufe hinausgegeben wurden über einen Kaloriensatz von 1550 Kalorien, daß es jedoch nie möglich war, die Aufrufe auch voll zu erfüllen. Und wir als steirische Konsumenten sind immer der Meinung gewesen, man soll uns nicht durch solche falsche Aufrufe belügen und betrügen. Wir sind der Meinung, daß uns Aufrufe mit viel Kalorien gar nichts helfen, wenn wir sie nachher nicht bekommen. (Rufe: Sehr richtig!) Wir sind der Auffassung, man solle lieber weniger aufrufen, aber das, was aufgerufen wurde, muß auch vorhanden sein. Es ist ja auch für unsere Frauen sehr unangenehm, wenn sie mit Lebensmitteln schon rechnen und es sich einteilen, nachher aber vielleicht gar nichts bekommen. Ich weiß, daß vor nicht allzu langer Zeit der Ernährungsreferent von Wien Klage geführt hat, daß die Aufrufe auf den 1550 Kalorien aufgebaut werden, gleichgültig, ob die Waren dafür

da sind oder nicht. — Ein guter Witz war es, wie der Abg. Pölzl von „angeblich“ demokratischen Parteien gesprochen hat und damit uns gemeint hat. Wenn es Demokraten gibt, dann sind wir es! Die Kommunisten haben keinerlei Recht, sich als Demokraten zu bezeichnen, denn überall dort, wo sie Einfluß haben, gibt es keine Demokratie mehr. Es gibt keine freien Wahlen, keine Pressefreiheit, keine Redefreiheit, es gibt nur die Freiheit, in die Lager, in die Zuchthäuser, auf den Galgen zu kommen, die Freiheit, die wir im nationalsozialistischen Staat schon kennen gelernt haben. Man weiß ja nicht, wer es vom anderen abgepaust hat, ob Ihr von den Nazis oder die Nazi von Euch. Es gibt Menschen, die glauben, Ihr hättet Euch gegenseitig ergänzt und jeder der beiden hat für sich das schlechteste herausgesucht. (Abg. Fischer: „Vor Gericht werden wir uns noch treffen.“)

Meine Meinung als Demokrat ist; auf das Recht der Demokratie können nur Demokraten Anspruch erheben, die Diktatur kann keinen Anspruch auf Demokratie erheben. Ihr würdet es verdienen, so behandelt zu werden, wie Ihr in den anderen Staaten, wo Ihr an der Macht seid, die andern behandelt. Pölzl hat auch davon geredet und gefragt, was die SPÖ schon getan habe, um Abhilfe zu schaffen. Wir haben etwas getan! Wir haben gearbeitet und versucht, jene Mengen hereinzubringen, die hereinzubringen sind. In dieser Zeit habt Ihr Eure Streikhetze betrieben, weil Eurer Meinung nach nicht die Ordnung unserem Staate helfen und unser Volk wieder aufwärts führen kann. Ordnung könnt Ihr nicht brauchen. Ordnung würde den Beweis liefern und erbringen, daß Ihr überflüssig seid! (Abg. Fischer: „Wie Goebbels.“) Komm' nicht mit Goebbels, lieber Fischer! Ihr habt es Euch in verschiedenen Zeiten bequem gemacht. Wir haben gearbeitet, Ihr habt indessen draußen gezündelt, nicht um dem Arbeiter zu helfen, daß ist Euch „wurscht“, sondern um Eure lumpige Parteisuppe zu kochen. Es wurde von Abg. Pölzl gesagt, daß die Fettration zu niedrig ist und er weiß heute schon, daß wir die 92 dkg nicht bekommen werden. Das wissen andere auch, das ist keine Kunst, dazu brauchen wir Abg. Pölzl nicht in der Steiermark. Aber, wie schaut es dort aus, wo Ihr schrankenlos herrscht? Wo Ihr die Möglichkeit habt, den Leuten wirklich etwas zu geben? In der „Wahrheit“ vom 12. Oktober steht, daß die russische Bevölkerung 50 dkg Fett monatlich bekommt. Ist das viel? Ich glaube, das ist herzlich wenig. Wir haben in der Steiermark oder in Österreich schon mehr gehabt, obwohl wir ein butterarmes Land sind. (Abg. Pölzl: „28 dkg haben wir sogar!“) Rußland ist ein Agrarstaat und gerade Rußland müßte beweisen, daß es imstande ist, seine Bevölkerung besser zu ernähren. Die „Wahrheit“ muß sogar schreiben, daß der Brotpreis auf das Vierfache erhöht wurde mit 1. Oktober 1946 und im gleichen Artikel schreibt sie, daß die Löhne nur um 20—25% erhöht wurden. Lieber Pölzl, wenn Du draußen sagen würdest in den Versammlungen: 400% Brotpreiserhöhung und nur 20—25% ige Lohn-erhöhung, da gäbe es ein Gezeter. Aber dort, wo Deine Freunde mehr zu sagen haben, dort gibt es kein Gezeter. Dort heißt es kuschen, Maul halten

und weiterdienen. (LR. Dr. Illig: „Wenn das volkdemokratisch gemacht wird, macht das nichts.“) In der politischen Zeitschrift „Weg und Ziel“ vom April 1947 wurde gesagt, daß nur 40 dkg Fett ausgegeben wurden, aber das mag der Stein der Weisen Eurer Wirtschaftspolitik sein. Wer Geld hat, kann es am andern Markt kaufen, wer keines hat, hat Pech gehabt, der muß dort auch so hungern wie bei uns. (Abg. Fischer: „Die Arbeiter haben Geld.“ LR. Dr. Illig: „Ja, die Kommissäre!“) Ich lese manchmal, so boshaft bin ich, auch kommunistische Bücher. (Abg. Fischer: „Du verstehst sie ja nicht.“) Dazu brauche ich den Fischer, um sie zu verstehen. Ich bin allerdings nicht auf der Leninschule gewesen, das muß ich gestehen. (Abg. Fischer: „Sie hätten Dich gar nicht aufgenommen.“) Lenin hat etwas gesagt oder besser geschrieben, er schrieb im Mai 1918 — und das paßt sehr gut auf Euch — überschrieben war der Artikel mit „Über linke Kinderei und Kleinbürgerlichkeit!“ „mit lauten Phrasen um sich werfen, ist eine Eigenschaft der deklarierten kleinbürgerlichen Intelligenz.“ Und dann später schreibt er, daß es andererseits es offenbar ein Fehler wäre, den Schreihals und Maulhelden frei laufen zu lassen, weil er nur Unruhe schafft und Situationen vortäuscht, die nicht vorhanden sind. Das ist wirklich für Euch! Eure ganze Tätigkeit besteht nur darin, draußen in der Bevölkerung Unruhe zu erzeugen, um für Eure Auftraggeber entsprechende Situationen herbeizuführen. Es ist bedauerlich, daß wir so kurze Zeit nach einem traurigen Erlebnis schon wieder Politiker in diesem Staate haben, die nicht Politik für den eigenen Staat und für das eigene Volk, sondern Politik eines fremden Staates, eines fremden Volkes betreiben. So wie früher vor 1938 die Nationalsozialisten erklärt haben: Gebt uns die Möglichkeit und wir werden Euer Los bessern, die Arbeitslosigkeit wird beseitigt werden, jeder wird Brot und Arbeit haben. Viele Zehntausende sind hineingefallen auf diesen plumpen Schwindel eines Scharlatans. Sie haben Arbeit gefunden, das Brot hat schon gefehlt, sie wurden mit der Knute zur Arbeit getrieben und diese Partei hat ihre Politik gemacht im Auftrag einer fremden Macht. Genau so wird es heute in Österreich von der kommunistischen Partei wieder im Auftrag einer fremden Macht gemacht, ob es unseren Bedürfnissen entspricht oder nicht. Ich bin der Meinung, daß die Russen die paar Kommunisten in Österreich nicht brauchen zu ihrer Unterstützung und höchstens gelegentlich durch die plumpe Art ihrer Parteipolitik in unangenehme Situationen kommen und für ihre Dummheit irgendwie geradestehen und eintreten müssen. Es ist im allgemeinen wertlos, bestimmte Leute überzeugen zu wollen, Dummköpfe kann man nicht überzeugen und Bezahlte kann man auch nicht überzeugen. Zu wem Du Dich zählst, überlasse ich Dir selbst. Das ist unmöglich, das kann man nicht! (Abg. Fischer: Ich stelle fest, daß der Herr Abg. Lackner seit 10 Minuten die unflätigsten Beschimpfungen von sich gibt und von niemand zur Ordnung gerufen wurde. Er hat vor offenem Hause erklärt: „Der Fischer ist entweder ein Dummkopf oder ein bezahltes Element“. Ich fordere den Präsidenten auf, den Lausbuben Lackner zur Ord-

nung zu rufen.“) (Präsident ruft Abg. Lackner zur Sache.) Wir Sozialdemokraten werden uns bemühen, das Einvernehmen mit allen Volksschichten nach wie vor herzustellen, die bereit sind, uns auf unserem Wege zu folgen (Zwischenruf: „Es werden immer weniger!“) und unsere Lage in Österreich zu bessern. Wir sind gerade jetzt in einer Situation, wo wir nicht wissen, wird man uns endlich die Freiheit geben oder wird man uns weiterhin in Knechtschaft halten. Wird unsere Parole endlich Wirklichkeit werden: Befreit uns von den Befreiern! ? Oder werden wir weiter warten müssen, bis wir endlich befreit werden? Wenn es gelingt, eine schönere und bessere Welt aufzubauen, dann wird es gut sein. Dann werden auch wir davon Nutzen ziehen können, aber in unserem eigenen Lande müssen wir alles tun, was menschenmöglich ist und wir als Sozialisten versprechen, daß wir unseren Teil dazu beitragen werden. (Allgemeiner, sehr lebhafter Beifall, Händeklatschen bei ÖVP. und SPÖ.)

Präsident: Abg. Dr. Illig meldet sich zum Wort.

Abg. Dr. Illig: Hohes Haus! Ich bin genötigt, einige tatsächliche Berichtigungen vorzunehmen. Zur Ernährungsdebatte habe ich nachzutragen, daß die vorliegende Statistik beweist, daß die steirischen Bauern in den meisten Sparten, mit Ausnahme einer einzigen, heuer bis zum 31. Oktober mehr abgeliefert haben als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das sind die Erhebungen des staatlichen Aufbringungsamtes. Die steirischen Bauern haben z. B. vom 1. Juli bis 31. Oktober von der Umlage an Gerste abgeliefert 33,2%, in der gleichen Zeit des Vorjahres 10,6%. Beim Hafer heuer 23%, voriges Jahr 5,5%. Beim Mais heuer 32,4%, voriges Jahr 1,8%, bei den Hülsenfrüchten heuer 27%, voriges Jahr 31,6%, lediglich beim Brotgetreide ist die Ablieferung bis zum 31. Oktober um 8% gegenüber der Ablieferung in der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgeblieben. Man kann also nicht behaupten, daß die Ablieferung heuer schlechter vonstatten gegangen sei als im Vorjahre, im Gegenteil, in den meisten Sparten ist die Ablieferungsquote des gleichen Zeitraumes des Vorjahres bedeutend überschritten.

Und nun eine weitere tatsächliche Berichtigung. Mein Vorredner, der Herr Abg. Lackner, hat beanstandet, daß ich als verantwortlicher Referent für das Landeswirtschaftsamt im Frühjahr des heurigen Jahres eine Verordnung erlassen habe, 40% der Bestände an Spinnstoffen bei den Kaufleuten zu sperren. Da möchte ich Sie nun aufklären, wie die Verhältnisse liegen und daß es sich gezeigt hat, wie richtig es war, daß ich das gemacht habe. Die Sperrlager beziehen sich auf die laufenden Eingänge an Spinnstoffen überhaupt nicht. Dies vorweg zur Kenntnis. Was uns an Textilien laufend vom Handelsministerium zugewiesen wird, und es geht alles durch das Handelsministerium, weil die Textilien zentral gesamtösterreichisch bewirtschaftet sind, diese Mengen wurden immer restlos und sofort ausgegeben. In dem Moment, wo das Telegramm des Handelsministeriums bei mir einläuft, worin steht, daß Steiermark für den Monat September oder Oktober

so oder soviel Spinnstoffe bekommt, habe ich am nächsten Tag sofort die Verteilungssitzung einberufen, in der die drei Kammern, der Gewerkschaftsbund und alle anderen zuständigen Dienststellen vertreten sind und wir haben die Verteilung restlos vorgenommen und nichts davon zurückgehalten. Lediglich von dem Textilwarenbestand, der zu Beginn des heurigen Jahres bei den Kaufleuten vorhanden war, und zwar nur Textilien, keine Schuhe oder andere Waren, habe ich 40% sperren lassen aus dem Grunde, um für vordringliche Katastrophenfälle eine eiserne Reserve zu haben, auf die ich zurückgreifen kann. Diese Fälle sind dann auch prompt eingetreten. Meine Damen und Herren, wir können auf diesem Gebiet nicht selbst bewirtschaften, das geht alles zentral von Wien aus und ich kann früher keine Bezugscheine auf etwas ausstellen lassen, bis vom Ministerium nicht die Freigabe einlangt. Leider sind infolge bürokratischen Unverständnisses diese Freigaben von Wien sehr lange nicht eingetroffen und es ist schon wiederholt vorgekommen, daß wir zwei bis drei Monate warten mußten, bis die schon gemeldete und lagernde Ware von Wien aufgerufen wurde. Um solche Vakanzen überbrücken zu können, dafür habe ich diese Sperrlager errichten lassen, um dann für Katastrophenfälle gleich etwas zur Hand zu haben und nicht erst auf die Freigabe von Wien warten zu müssen. Es war Ihrem Nationalrat Eibegger sicher sehr angenehm, daß ich ihm dienen konnte, als ein Telegramm von ihm einlief, worin er mir Heimkehrer meldete, die in einem derart desolaten Zustande angekommen sind, daß sie nur Fetzen am Leibe hatten. Es war den Gemeinden draußen unmöglich, Kleidungsstücke für diese Leute auszugeben. Da habe ich ihm antworten können, daß zur Einkleidung dieser Heimkehrer die notwendigen Bestände aus diesen Sperrlagern genommen werden können. Hätte ich diese nicht gehabt, dann hätten die Heimkehrer bis zum nächsten Aufruf aus Wien warten können. Ich bin seit jeher gegen jede bürokratische Verzögerung der Zuteilung. Ich bin für eine rasche, gerechte Aufteilung. Sie werden sich erinnern, was sich heuer im Sommer abgespielt hat. Wir Steirer haben pünktlich, wie es uns vorgeschrieben ist, bis zum 5. eines jeden Monats gemeldet, was in Steiermark an Spinnstoffen produziert wird. So haben wir auch z. B. unsere April-Produktion folgsam bis zum 5. Mai nach Wien gemeldet. Aber Ende Juni war von Wien aus diese Produktion zur Verteilung noch nicht freigegeben und so konnte es vorkommen, daß die Weißkirchner-Spinnerei bei Judenburg sagte, sie könne nicht mehr weiterarbeiten, sie habe alle ihre Lager schon voll, während in Graz Herr Krvaric mit 50 Arbeitern zu mir gekommen ist ins Landhaus und wieder gesagt hat, er müßte die Arbeiter entlassen, weil er keine Textilien habe, um weiterzuarbeiten. Das hat seine Ursachen darin, daß die zentrale Bewirtschaftung von Wien aus leider nicht richtig funktioniert hat. In solchen Fällen habe ich mich nun über diesen Bürokratismus der Zentralstellen hinweggesetzt und die Bestände in Weißkirchen von der Landesregierung aus beschlagnahmt und der Grazer Bekleidungsindustrie zugeteilt, um zu verhindern, daß beide Fabriken gesperrt werden.

Sie können versichert sein, daß in meinem Ressort im Landeswirtschaftsamt das geschieht, was vernünftig ist, wenn es auch manchmal den bürokratischen Vorschriften nicht entspricht.

Was Sie über die Kompensationsgeschäfte gesagt haben, nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis. Ich bin der Ansicht, daß damit Schluß gemacht werden muß. Ich bedaure, daß da Ihre eigenen Leute Ihrer Ordre nicht Folge leisten und anderer Meinung sind. Ich habe zum Beispiel zwei Kompensationsgeschäfte der „Elin“ in meinen Akten gefunden. Sie hat einen Elektromotor nach Kärnten verkauft und sich dafür 1600 kg Sohlenleder liefern lassen und es an die Belegschaft verteilt. Einen zweiten Elektromotor hat sie an die Firma Borkenstein geliefert und einige Tausend Meter Stoff dafür erhalten, er ebenfalls an die Belegschaft verteilt wurde. Das ist inkorrekt. Was habe ich da in der Hand? Ein Protokoll, gezeichnet von Abg. Wurm eh., daß die Angelegenheit eingehend geprüft wurde und daß auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold sich damit befaßt hat und daß beide Instanzen diese Angelegenheiten in Ordnung befunden haben. Die Elin schreibt an den Bezirkshauptmann: Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Machold und der Gewerkschaftsbund wurden hierüber informiert und haben das Geschäft — wie es hier wörtlich heißt — nachträglich genehmigt, obwohl der Gewerkschaftsbund natürlich im Bereich des Landeswirtschaftsamtes gar nichts zu genehmigen hat, weil er für eine solche Genehmigung nicht zuständig ist. Ich sehe, daß der Landeshauptmannstellvertreter mit dem Kopfe schüttelt und ablehnt, daß also die Genehmigung von seiner Seite nicht erteilt wurde. Die Unterschrift „Wurm eh.“ ist aber hier. Ich sehe ein, daß manchmal ein solches Kompensationsgeschäft nicht zu umgehen ist. Ich bitte aber, das zu unterdrücken, damit auch für die Allgemeinheit etwas übrig bleibt und wir nach gerechten Grundsätzen vorgehen können. Sie sind sonst ein sachlicher Mitarbeiter und haben mich wiederholt bei Verteilungssitzungen entsprechend unterstützt, manchmal auch gegen die Bestrebungen Ihrer eigenen Leute und ich bitte Sie, mir in dieser Richtung weiter zu helfen.

Zum Schluß noch etwas allgemeines: Die Kommunisten und die kommunistische Presse entfachen täglich ihre schon zur Genüge bekannte Hetze gegen die bürgerlichen Stände. Der Bauer liefert nichts ab, der Gewerbetreibende, der Industrielle begehen fortwährend Preisexzesse, der Kaufmann versteckt die Waren. Dazu ist zu sagen: Wir müssen das wirtschaftliche Problem Österreichs als Ganzes betrachten oder allgemein betrachten. Es gibt Hunderte von Mangelwaren, aber nicht nur Kleider, Fleisch, Brot, Schuhe sind Mangelwaren, es gibt noch eine andere Mangelware und vielleicht die wichtigste von allen und das ist die Arbeit und mit dieser Mangelware „Arbeit“ wird vielfach am meisten Schindluder getrieben und derjenige, der so wie Sie und Ihre Partei fortgesetzt zur passiven Resistenz, zum Streik aufhetzt, der verschleicht diese Mangelware und ist genau so Saboteur, wie die Bauern, die nicht abliefern, wie der Kaufmann, der seine Ware versteckt. Ja, vielleicht, noch ein schlimmerer Saboteur, weil bei der Arbeit die ganze

Sache anfängt. Dafür haben wir genug Beispiele. Es ist, und das muß ausgesprochen werden, eine Gemeinheit, dem Volke einzureden, durch Ausdrücke, wie „Streikschnitzel“, einzureden und weißmachen zu wollen, das Volk hätte ein Schnitzel erhalten, weil Sie mit Streik gedroht haben. In der heutigen „Wahrheit“ hat der Primus Unterwegger das Volk aufgefordert zu noch größeren Aktionen und wollte weißmachen, daß es dann alles erhalten wird. Nach dieser Theorie würden wir alle in Milch, Fleisch, Brot, Butter und Honig schwimmen, wenn wir die Arbeit einstellen. Nach Ihrem Rezept führt der Generalstreik dazu, daß man dann am allermeisten bekommt. Das heißt, die Dinge auf den Kopf stellen, das Volk bewußt verhetzen, um allgemeines Chaos und Elend herbeizuführen, wo Sie glauben, dann ernten zu können. Wenn man überall streng bewirtschaftet und hinter jedem Kaufmann, jedem Bauern einen Gendarm hinstellt, müßte man auch hinter jedem Arbeiter einen Gendarm hinstellen, um zu sehen, wie er die Feile hält und die Drehbank bedient.

Nun noch ein letztes Wort zur Volksdemokratie, über die Fischer uns aufklären wollte. (Zwischenruf Abg. Pölzl.) Was Sie gesagt haben, kann nur Gelächter hervorrufen, Abg. Lackner hat es Ihnen ja treffend gegeben. Ich will meine Ausführungen noch durch ein Beispiel ergänzen. Der Herr Fischer hat mich im Frühjahr in der Handelskammer aufgesucht, er hat sich nicht gescheut, die berühmte Raubritterburg, wo die Schieber und Schleihändler ihre Organisation haben, aufzusuchen, um mich um meine Intervention zu ersuchen. Die kommunistische Partei betreibt seit Jahr und Tag in Leoben unbefugter Weise eine Druckerei. Von irgendjemand ist Papier beschlagnahmt worden und Fischer dachte sich: Das hat der böse Illig gemacht und hat mich in meiner Kanzlei in der Handelskammer aufgesucht, um die angeblich von mir verhängte Beschlagnahme zur Aufhebung zu bringen. Ich habe ihm mitgeteilt, ich weiß von dieser Geschichte nichts, ich bin unschuldig, werde aber in Kürze darangehen, diesen unbefugten gewerblichen Betrieb da oben zu schließen. Bei dieser Gelegenheit bemühte er sich, einen Vortrag über Volksdemokratie zu halten in der Höhle des Löwen und hat versucht, mir die Überzeugung beizubringen, die einzig wahre Demokratie sei diejenige, die in Rußland daheim ist. Ein merkwürdiger Zufall. Es erschien am selben Tage in der „Wahrheit“ ein wüster Hetzartikel gegen die Bundesregierung: Das werktätige Volk muß aufstehen und diese Regierung, wenn es nicht anders geht, mit Gewalt hinwegfegen. (Abg. Fischer: „Wo steht denn das? Ist ja gar nicht wahr. So einen Blödsinn schreibt die „Wahrheit nicht!“) An dem Besuchstage, als Sie bei mir waren, stand das in der „Wahrheit“ und ich habe zum Herrn Fischer gesagt: „Schauen Sie, lieber Herr Kollege, stellen Sie sich vor, Landesrat Illig wäre in Moskau und würde dort in einer Zeitung schreiben: Die unfähige Regierung des Generalissimus Stalin muß vom werktätigen Volk hinweggefegt werden.“ Was würde mir dort passieren? Glauben Sie, ich könnte dort im Landtage sitzen oder glauben Sie, ich könnte am selben

Tage einen führenden Politiker der Stalinpartei in seiner Kanzlei aufsuchen und ihm um eine Gefälligkeit bitten, wie Sie es am selben Tage getan haben und ich habe sie nicht einmal hinausgeschmissen. (Gelächter, Bravorufe). Das ist wahre Demokratie! (Erneuter Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Abg. Landesrat Krainer.

Abg. Krainer: Ich möchte nur, um alle Irrtümer hintanzuhalten, eine Feststellung machen. Es wird immer wieder versucht, Gutsbesitzer und Kleinbauern gegeneinander auszuspielen. Weil man eventuell annehmen könnte, daß dort und da ein Bürgermeister irgendwie beeinflussbar wäre, wurde es auch im heurigen Jahr wieder so gemacht, daß die Kontingente für die großen Besitzer von Graz aus, und zwar vom Aufbringungsamt aus, vorgeschrieben werden. Sämtliche Vorschreibungen werden daher von Amts wegen direkt an den betreffenden Besitzer hinausgegeben, so daß keine Sorge aufzukommen braucht, daß nicht gerecht oder nicht im nötigen Ausmaß vorgeschrieben wird. Der Herr Abg. Lackner hat gemeint, daß der Vieh Schlüssel von 80 kg Schlachtgewicht eine solche Ungerechtigkeit gegenüber den Kleinen sei, daß er es nicht verstehe, daß wir einem solchen Schlüssel die Zustimmung gegeben haben. Ich stelle ausdrücklich fest, dieser Schlüssel wurde unter Einrechnung der Selbstversorgerquote zum Schutze der Kleinbesitzer erstellt, weil wir der Ansicht waren, daß gerade beim Kleinbesitzer die Familie groß ist; auf diese Art und Weise, wenn nur ein oder zwei Kühe da sind, ist wohl eine Vorschreibung erfolgt, aber eine Ablieferung kommt dann wegen der großen Personenzahl an Selbstversorgern nicht zustande. Ich will dadurch nur klar zum Ausdruck bringen, daß wir stets bemüht sind, gegen alle gerecht vorzugehen.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Fischer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Fischer: Hohes Haus! Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Ich habe meiner Meinung zu dem Ernährungsproblem bereits Ausdruck gegeben. Aber es scheint mir trotzdem notwendig, ein paar Worte zu den unflätigen Beschimpfungen zu sagen, die hier im Hause an meine Adresse und an die Adresse meiner Partei gelangt sind. Ich möchte nur eines sagen: Ich bitte die Abgeordneten des Hohen Hauses und auch die anderen Zuhörer, in aller Ruhe einen Vergleich zu ziehen, welches waren die Taktiken und Methoden, mit denen die nationalsozialistische Partei ihren Kampf seinerzeit begonnen und leider mit Erfolg bis zur Herrschaft durchgeführt hat? Dieselben, die der Herr Kollege Lackner und der Herr Dr. Illig hier anwenden. Mit der Methode der wildesten und gemeinsten Verleumdung jener Kommunisten, die für die Freiheit Österreichs gestorben sind. (Zwischenruf: Das müssen Sie ausgerechnet dem Lackner sagen, der zehn Jahre gesessen ist.) Es ist umso trauriger, daß Lackner in diesen zehn Jahren nichts anderes gelernt hat, als Goebbels-Methoden. (Abg. Lackner: „Weil

ich Euch kennen gelernt habe!“) Es ist traurig, daß jene Herren, die sich so sehr für Demokratie einsetzen, aus der Vergangenheit nicht mehr gelernt haben. Wenn es auf sie ankäme, dann ginge unser unglückliches Österreich noch einmal den Weg, den es schon gegangen ist. Aber seien Sie überzeugt, es wird letzten Endes nicht auf die 46 anderen in diesem Hause, sondern nur auf die zwei kommunistischen Abgeordneten ankommen. Schimpfen Sie, lachen Sie, ahmen Sie einen Goebbels oder Hitler nach so viel Sie wollen, seien Sie überzeugt, die Wahrheit wird siegen, so wie sie in einem großen Teil der Welt bereits gesiegt hat. (Tumult, erregte Zwischenrufe: „Die Gewalt der Knüppel . . .“) Wenn Sie sich auch nicht anhören können, was man Ihnen sagt. Trotz Ihres hysterischen Geschreis: Seien Sie überzeugt, das Volk, der Kommunismus, wird siegen!

Präsident: Die Rednerliste ist nunmehr erschöpft. Der Herr Abg. **M r a z e k** hat folgenden Beschlußantrag eingebracht:

„Der Landtag nimmt den über die Ernährungslage in Steiermark erstatteten Bericht des Landeshauptmannstellvertreters **M a c h o l d** zur Kenntnis und fordert die Landesregierung auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die ungestörte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen und in der vorgesehenen Kalorienhöhe herbeizuführen.

Im besonderen sind alle Schritte zu unternehmen, damit die Aufbringung der Lebensmittelkontingente im Lande herbeigeführt wird. Auf die Selbstversorgerquote und die Mißernte des heurigen Jahres muß Bedacht genommen werden.

Im weiteren hat die Landesregierung alles zu unternehmen, damit die Differenzen in der Auffassung, betreffend Vorschreibungs- und Aufteilungs-möglichkeiten der Kontingente so rasch als möglich die notwendige Klarheit erfahren“.

Ich bringe diesen Beschlußantrag zur Abstimmung und bitte diejenigen Abgeordneten, die dafür sind, eine Hand zu erheben. Ich konstatiere die Annahme dieses Antrages.

Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung unserer Sitzung, Punkt 1:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 47, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 1. April 1947, LGBl. Nr. 17, über die Fischerkartengebühren und fischereipolizeilichen Maßnahmen abgeändert wird.

Berichterstatter Abg. **F r i e d r i c h H o f m a n n**. Ich erteile dem Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Abg. **H o f m a n n**: Hohes Haus! In Beilage Nr. 47, die Ihnen ja vorliegt, ist eine Abänderung, und zwar bezüglich Erhöhung der Fischerkartengebühren um 50% enthalten. Ich bitte, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte diejenigen Abgeordneten, die ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich komme zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 48, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 13, betreffend die Einhebung einer Abgabe für die Ausübung des Jagdrechtes, in der Fassung des Gesetzes vom 1. April 1947, LGBl. Nr. 15, geändert wird.

Ich erteile dem Berichterstatter Abg. **J o s e f E g g e r** das Wort.

Berichterstatter Abg. **E g g e r**: Hohes Haus! Der Finanzausschuß sieht sich des öfteren genötigt, sozusagen auf die Börse des Staatsbürgers ein Attentat zu verüben. In der vergangenen Woche hat der Landesfinanzausschuß in seiner Sitzung ebenfalls wieder ein solches Attentat verübt, und zwar ist diesmal die steirische Jägerschaft das Opfer geworden. Der Finanzausschuß hat beschlossen, daß die Abgabe für die Ausübung des Jagdrechtes gleich um 50 Prozent erhöht werden soll. Ich bin überzeugt, daß schließlich und endlich Jagd von vielen als ein Vergnügen bezeichnet wird, aber es ist heute wahrlich ein sehr kostspieliges und teures. Aber nichtsdestoweniger haben wir in Kenntnis dessen, daß auch der Finanzreferent des Landes Steiermark seine Sorgen hat, den einstimmigen Beschluß gefaßt, dem heutigen Landtag dieses Gesetz vorzulegen. Es lautet folgend:

Artikel I.

Der § 3, Abs. (1 a), des Gesetzes vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 13, betreffend die Einhebung einer Abgabe für die Ausübung des Jagdrechtes in der Fassung des Gesetzes vom 1. April 1947, LGBl. Nr. 15, wird außer Kraft gesetzt und hat in Hinblick wie folgt zu lauten: § 3 (1): Die jährliche Abgabe beträgt

a) bei Eigenjagden und durch Sachverständige ausgeübten Gemeindejagden bei einer Grundfläche bis zu 200 ha S 45.—. Sie steigt bei einer Grundfläche von 201 bis 1000 ha für je weitere angefangene 100 ha um S 22.50, bei einer Grundfläche von 1001 bis 10.000 ha für je weitere angefangene 100 ha um weitere S 30.— und bei einer Grundfläche von über 10.000 ha für je weitere angefangene 1000 ha um weitere S 450.—.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1948 in Wirksamkeit. Mit seiner Durchführung ist die steiermärkische Landesregierung betraut.

Ich möchte nun das Hohe Haus bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte diejenigen Abgeordneten, die dem Antrag die Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die Annahme.

Präsident: Punkt 3 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 49, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 11, über die Festsetzung der Jagdkartengebühren abgeändert wird.

Berichterstatter ist Herr Abg. Egger, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Egger: Hohes Haus! Ebenfalls wie im vorerwähnten Gesetz hat der Finanzausschuß auch die Festsetzung der Jagdkartenabgabe neu geregelt, und zwar für Jagdkarten mit Gültigkeit für einen Verwaltungsbezirk S 30—, für Jagdkarten mit Gültigkeit für das ganze Land S 75—, für Jagdkarten für das beedete Jagdpersonal S 15— und für Jagdgastkarten S 30—. Es ist auch in diesem Falle eine 50prozentige Erhöhung vorgesehen und ich möchte bitten, diesem Antrag des Finanzausschusses ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere die Annahme.

Punkt 4:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 50, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 22. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz) in der Fassung des Gesetzes vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 10, abgeändert wird.

Berichterstatter ist Herr Abg. Operschal, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Operschal: Hohes Haus! Namens des Finanzausschusses habe ich zu berichten über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 50, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 22. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 10, abgeändert wird. Die Vorlage liegt Ihnen im Wortlaut vor, ich bitte um unveränderte Annahme des Gesetzes.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich bringe den Antrag zur Abstimmung und ersuche diejenigen Abgeordneten, die damit einverstanden sind, zum Zeichen ihrer Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Punkt 5:

Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abg. Holik, Kaplan, Wabneg und Wolf, Einl.-Zl. 49, betreffend die Errichtung einer mit erweiterten Befugnissen und Vollmachten ausgestatteten Dienststelle der österreichischen Staatseisenbahnen für das Land Steiermark in Graz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Witrissal, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Witrissal: Hohes Haus! Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit den katastrophalen Verkehrsverhältnissen in der Steiermark befaßt und ist zur Erkenntnis gekommen, daß das größte Bundesland unseres Staates, die Steiermark und ihre Hauptstadt Graz als zweitgrößte Stadt Österreichs bis heute ohne leitende Eisenbahndienststelle ist. Die Geschieke der steirischen Staatsbahnlinien werden seit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 zuerst von Wien, dann von Villach geleitet. Dies ist ein Umstand, der unhaltbar ist, da die Eisenbahn eines Landes, das in seinen nördlichen Teil die höchstentwickelte Industrie, im südlichen, östlichen und westlichen Teil, abgesehen von dem großen Köflacher Kohlenrevier, eine ausgedehnte Land- und Obstbauwirtschaft besitzt, nicht auf die Dauer von Wien oder Villach geleitet werden kann. Die bisher geschaffenen Zwischenstellen in Form einer sogenannten Geschäftsstelle der Generaldirektion, später der Betriebsinspektor in Graz und nunmehr die Geschäftsstelle der Staatsbahndirektion Villach in Graz erwiesen sich als vollkommen unzulänglich. Sie entsprechen keineswegs den Bedürfnissen des Handels, Gewerbes, der Industrie schon infolge der Begrenzung ihrer Befugnisse und ihres beschränkten örtlichen Einflusses, da sie nur eine untere Aufsichtbehörde für einen Teil der steirischen Linien der Staatsbahnen ist. Steiermark benötigt eine mit erweiterten Befugnissen ausgestattete Verwaltungsstelle in Graz in Form einer selbständigen Staatsbahndirektion oder eines Landesinspektorates, die in der Lage ist, mit allen Landesbehörden, Kammern, mit allen Wirtschafts- und Industriekreisen in betrieblicher oder kommerzieller Hinsicht rasch und verantwortlich zu verkehren. Eine Stelle, die nur zur Weiterleitung von Wünschen oder platonischer Antragstellung oder zur sogenannten vorbereitenden Arbeit berufen ist, wäre für die Belange der steirischen Bahninteressenten vollkommen ungenügend, da eine derart geschaltete Zwischenstelle nur hemmend und zeitraubend wirkt. Da die Steiermark in ihrer Landeshauptstadt schon von jeher in allen staatlichen Ämtern als höchste Landesdienststelle eine Postdirektion, eine Finanzlandesdirektion, ein Gerichtspräsidium und dergleichen besitzt, muß dieses Amt auch für den wichtigen Eisenbahnverkehr in Graz geschaffen werden.

Vom Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß wird der Antrag gestellt:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung zu erwirken, daß ehestens alle Maßnahmen für die Errichtung einer übergeordneten Dienststelle der österreichischen Staatsbahnen in Graz getroffen werden. Diese Stelle muß mit den Rechten einer selbständigen Direktion für den gesamtsteirischen Bereich ausgestattet sein und den in der Landeshauptstadt Graz bereits befindlichen höchsten Landesamtstellen für Finanz, Post, Justiz und dergleichen mit Befugnissen gleichgeordnet sein.“

Ich bitte den Hohen Landtag um Annahme des Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört und ich bitte jene Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die Annahme.

Hiemit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erschöpft.

Da die Abg. Lackner und Fischer heute in ihren Ausführungen soweit gegangen sind, daß

damit der Anstand verletzt wurde, erteile ich ihnen nachträglich den Ordnungsruf.

Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 21 Uhr 20 Minuten.)